

Weitere Informationen: <http://www.gesundheitsladen-berlin.de/WIBB/>

Solidarische Ökonomie
auf der Basis von
Reproduktionsgenossenschaften
Wolfgang Fabricius

W.Fabricius@ISP-eG.de
Stand: 28.03.2008

Gliederung

- Darstellung und kritische Wertung des neoliberalen Umfelds
- Grundzüge der Solidarwirtschaft
- Historische und aktuelle Beispiele im In- und Ausland

Michael Krätke und Karl Heinz Roth (Hrg.) in:
Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre
Gesellschaft (VSA 2004):

Nach einer kurzen Blütezeit in den sechziger
und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts erlebte
die politische Ökonomie in der Bundesrepublik
einen **gravierenden Terrain- und Niveauverlust**.
Wie nirgends sonst auf der Welt beherrscht seither
das Einheitsdenken der neokonservativen und
neoliberalen Orthodoxie die Lehrstühle, Medien-
redaktionen, dominiert die gesellschaftliche Debatte
und bestimmt die gesellschaftspolitischen
Weichenstellungen.

Profitminimierung

Um unsere Gesellschaft von den, die soziale und ökologische Substanz vernichtenden exponentiell wachsenden leistungslosen Einkommen zu befreien sind zwei Strategien möglich:

1. Es wird versucht, in die Hände von Profiteuren geratenes Kapital über Steuern zumindest teilweise zurückzuholen, wobei noch nicht einmal die laufenden Profite zu wesentlichen Teilen zurückzuholen sein werden.
2. Wirksamer könnte sein, das Kapital gar nicht erst in die Hände von Profiteuren geraten zu lassen und auch die laufenden Profite zu beseitigen. Wenn keine Profite mehr möglich sind, müssen die Profiteure von der Substanz leben oder ihr Einkommen eigenhändig erwerben.

Gustav Landauer:

„Einen Tisch kann man umwerfen und eine Fensterscheibe zertrümmern, aber die sind eitle Wortmacher und gläubige Wortanbeter, die den Staat für so ein Ding halten, den man zertrümmern kann, um ihn zu zerstören. Der Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält. Der absolute Monarch konnte sagen: „Ich bin der Staat“. Wir, die wir im absoluten Staat uns selbst gefangengesetzt haben, wir müssen die Wahrheit erkennen: Wir sind der Staat - und sind es so lange, als wir nichts anderes sind, als wir die Institution nicht geschaffen haben, die eine wirkliche Gemeinschaft und Gesellschaft der Menschen sind.“

*„Die Randströmungen ... des heute historisch gewordenen Marxismus ... haben eines gemeinsam: sie weigern sich standhaft, die logische Formel **"negatio est determinatio"** anzuerkennen; d.h. sie schweigen wie das Grab über die konkrete Aufhebung der fetischistischen, vom Wert gesetzten Formbestimmtheit kapitalistischer Reproduktion.*

Diese Ignoranz, die ja zunächst einmal selber eine theoretische ist, speist sich daraus, dass die Frage der Aufhebung auseinandergerissen wird in die reine Negation einerseits ("hiermit erklären und unterschreiben wir, daß wir gegen den Kapitalismus/Imperialismus sind und ihn stürzen wollen") und in einen inhaltlich völlig leeren, erst postkapitalistisch (nach dem "Sturz" der kapitalistischen Macht) in Gang zu setzenden Praxis-Pragmatismus der "befreiten Gesellschaft" andererseits.

Man könne alsdann, wenn die Schwierigkeit der Machtfrage überwunden sei, ganz leicht und geradezu nach dem Muster von Reklamesprüchen ("dann geht alles wie von selbst") die vom Kapitalismus hervorgebrachten Produktivkräfte zum Wohle aller regulieren.

... das Programm dafür [könne man] in einer Viertelstunde schreiben ... aber das sei angesichts des ungebrochen herrschenden Kapitalismus gar nicht das Problem.“

Robert Kurz: *Antiökonomie und Antipolitik. - Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des 'Marzismus', 2001*

*„Arbeit als Verhaltensstörung
der Moderne hat zu einer
Gesellschaft der allgemeinen
Unzurechnungsfähigkeit
geführt“*

Robert Kurz in „Feierabend!“

Richard Sennett:

*„Die Frage ist nicht,
welche Gefühle ich für
diese Welt empfinde,
sondern wie sie
beschaffen ist.“*

*Friedrich Engels: Ergänzung und Nachtrag zum
III. Buche des „Kapital“, 1894:*

„Mit einem Wort: das Marxsche Wertgesetz gilt allgemein, soweit überhaupt ökonomische Gesetze gelten, für die ganze Periode der einfachen Warenproduktion, also bis zur Zeit, wo diese durch den Eintritt der kapitalistischen Produktionsform eine Modifikation erfährt. ...

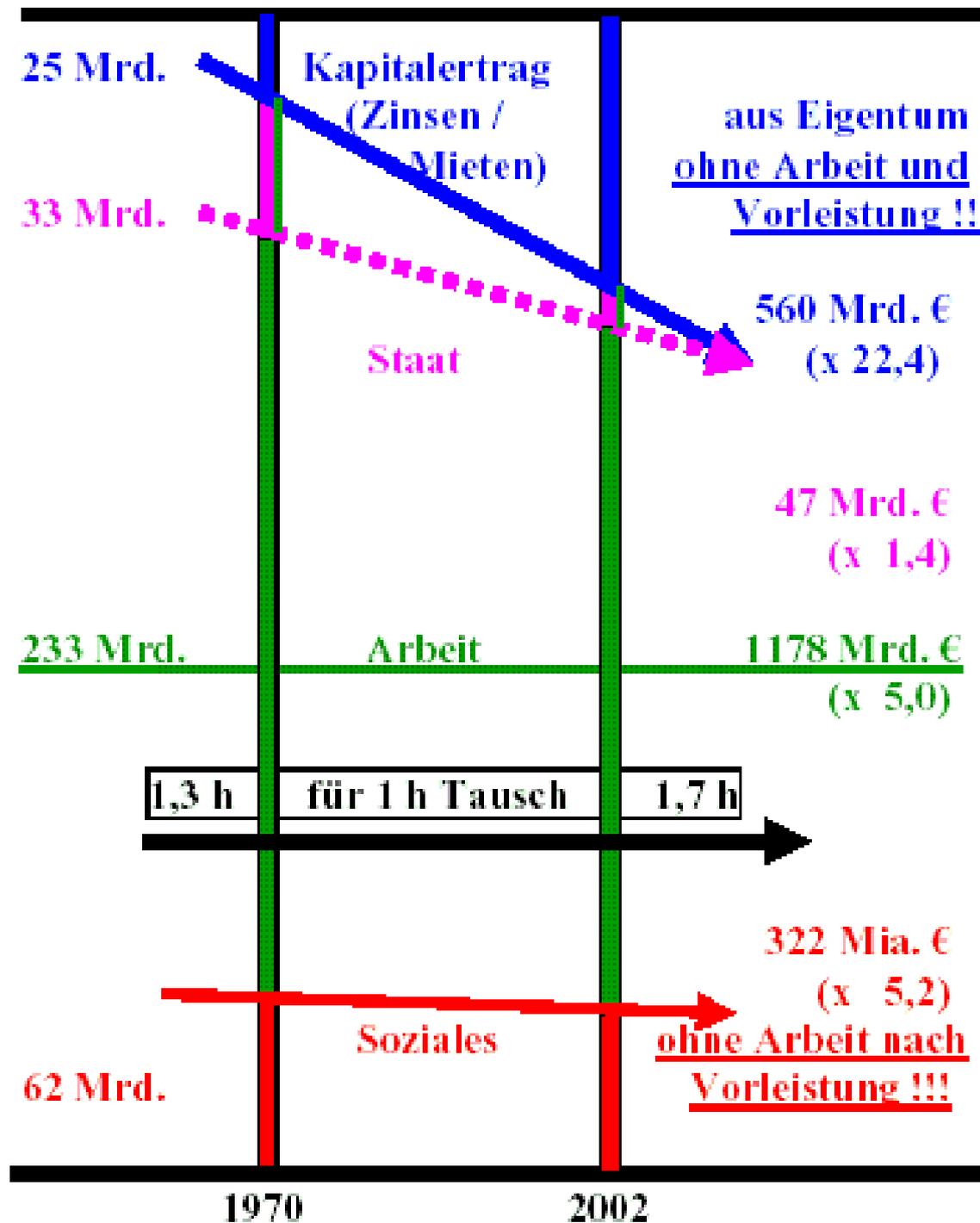
... Das Marxsche Wertgesetz hat also ökonomisch-allgemeine Gültigkeit für eine Zeitdauer, die vom Anfang des die Produkte in Waren verwandelnden Austausches bis ins fünfzehnte Jahrhundert unsrer Zeitrechnung dauert.“

*Friedrich Engels: Ergänzung und Nachtrag zum
III. Buche des „Kapital“, 1894:*

„ . . . seit 1865, wo das Buch verfasst [wurde], [ist] eine Veränderung eingetreten, die der Börse heute eine um ein Bedeutendes gesteigerte und noch stets wachsende Rolle zuweist und bei der ferneren Entwicklung die Tendenz hat, die gesamte Produktion, industrielle wie agrikulturelle, und den gesamten Verkehr, Kommunikationsmittel wie Austauschfunktion, in den Händen von Börsianern zu konzentrieren, so dass die Börse die hervorragendste Vertreterin der kapitalistischen Produktion selbst wird.

Nettoverteilung des Arbeitsertrages

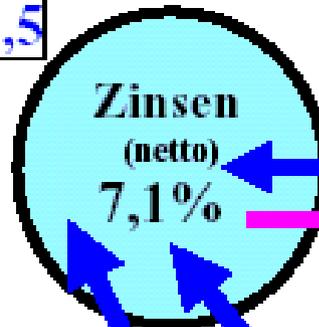
352 Mrd. € 2.107 Mia. € BIP (x 6,0)



100% BIP 1970 = 352 Mia. €

Zinsquote (Brutto)

11,5

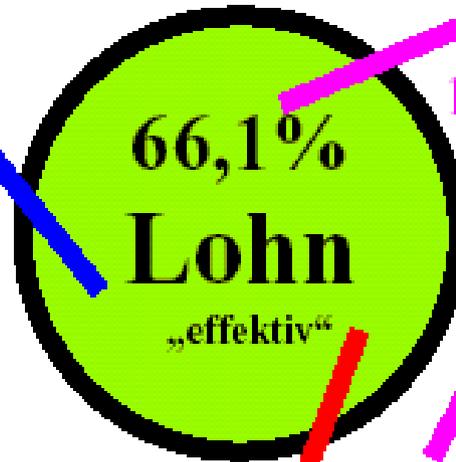


(Brutto) Steuerquote

23,5

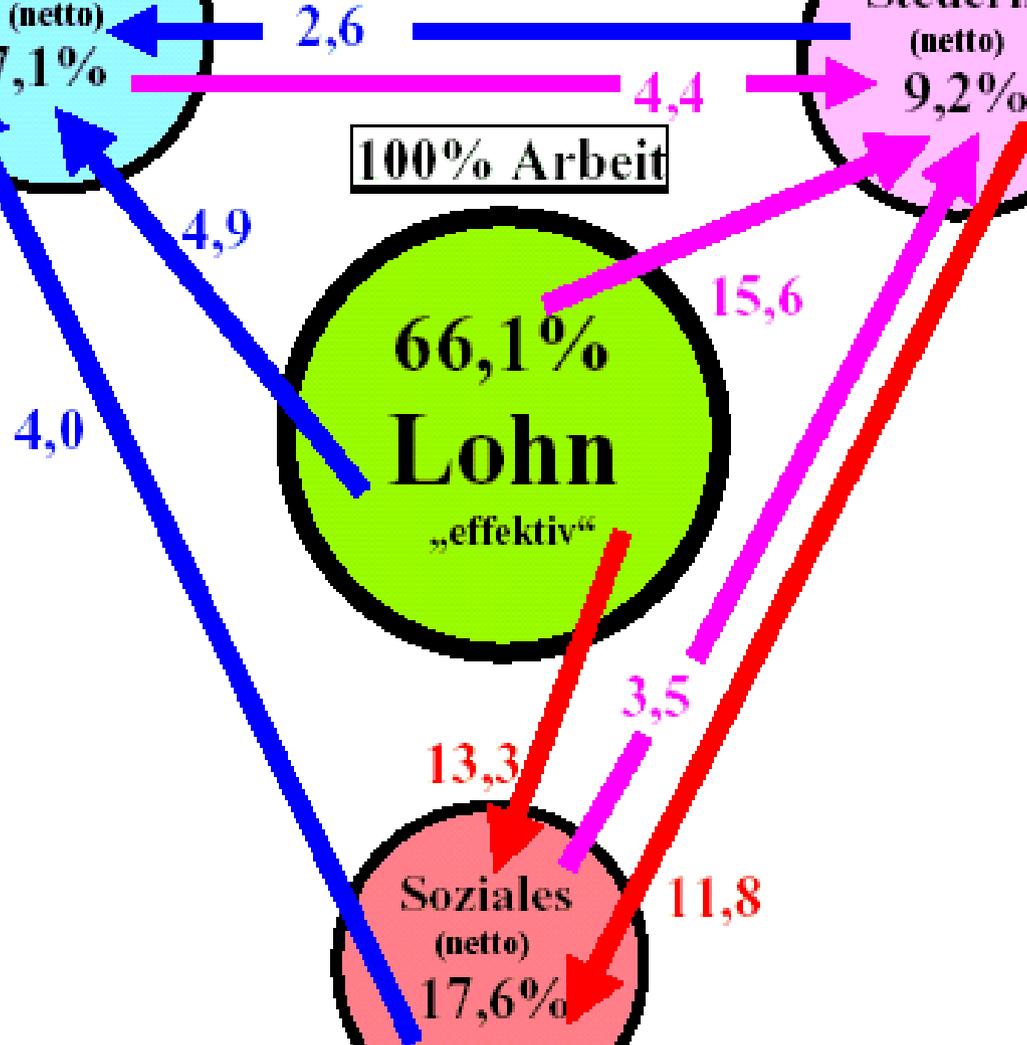


100% Arbeit



Sozialquote (Brutto)

25,1



Brutto - Kaufkraft / Euro - 1970 - Netto

27.01.05

100% BIP Arbeit

352 Mrd.

7,1 % BIP	7,1 % Kapital	25 Mrd.	
9,2 % BIP	9,2 % Steuern	33 Mrd.	
17,6 % BIP	17,6 % Soziales	62 Mrd.	
66,1 % BIP	66,1 % Kaufkraft	233 Mrd.	<u>66,1% BIP</u>

23,5% BIP Steuern

82,7 Mrd.

2,5 % BIP	11 % Kapitalertrag	9,0 Mrd.	
11,8 % BIP	50 % Soziales	41,3 Mrd.	
	39 % Kaufkraft	32,4 Mrd.	<u>9,2% BIP</u>

25,1% BIP Sozialabgaben

88,4 Mrd.

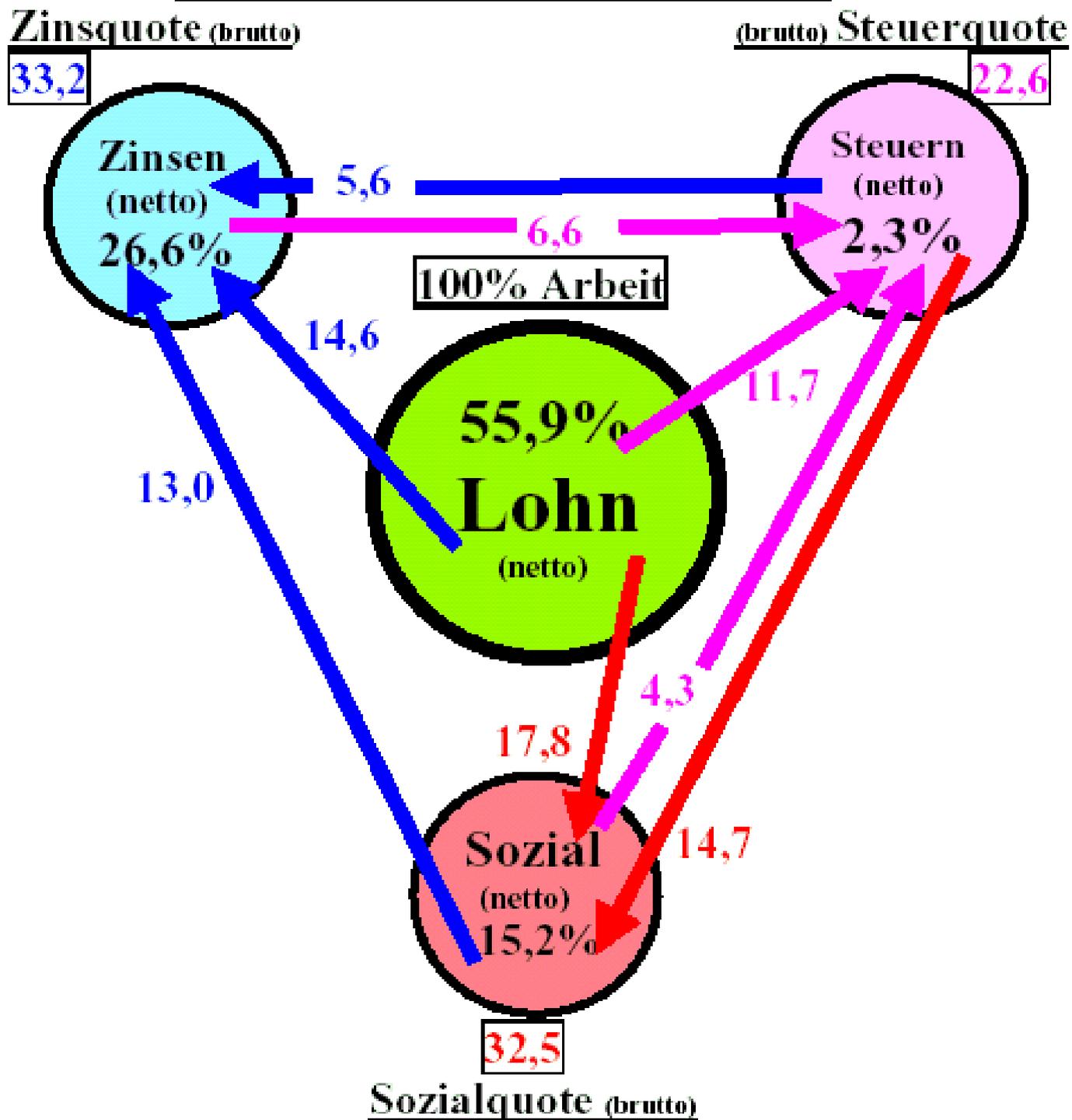
4,0% BIP	16 % Kapital	14,1 Mrd.	
3,5% BIP	14 % Staat	12,3 Mrd.	
	70 % Kaufkraft	62,0 Mrd.	<u>17,6% BIP</u>

11,5 % BIP Kapitalertrag

40,5 Mrd.

4,4% BIP	38 % Staat	15,5 Mrd.	
	<u>0 % Soziales</u>	<u>0,0 Mrd.</u>	
	62 % Kaufkraft	25,0 Mrd.	<u>7,1% BIP</u>

100% BIP 2002 = 2.107 Mia. €uro



Brutto Kaufkraft / Euro-2002 Netto

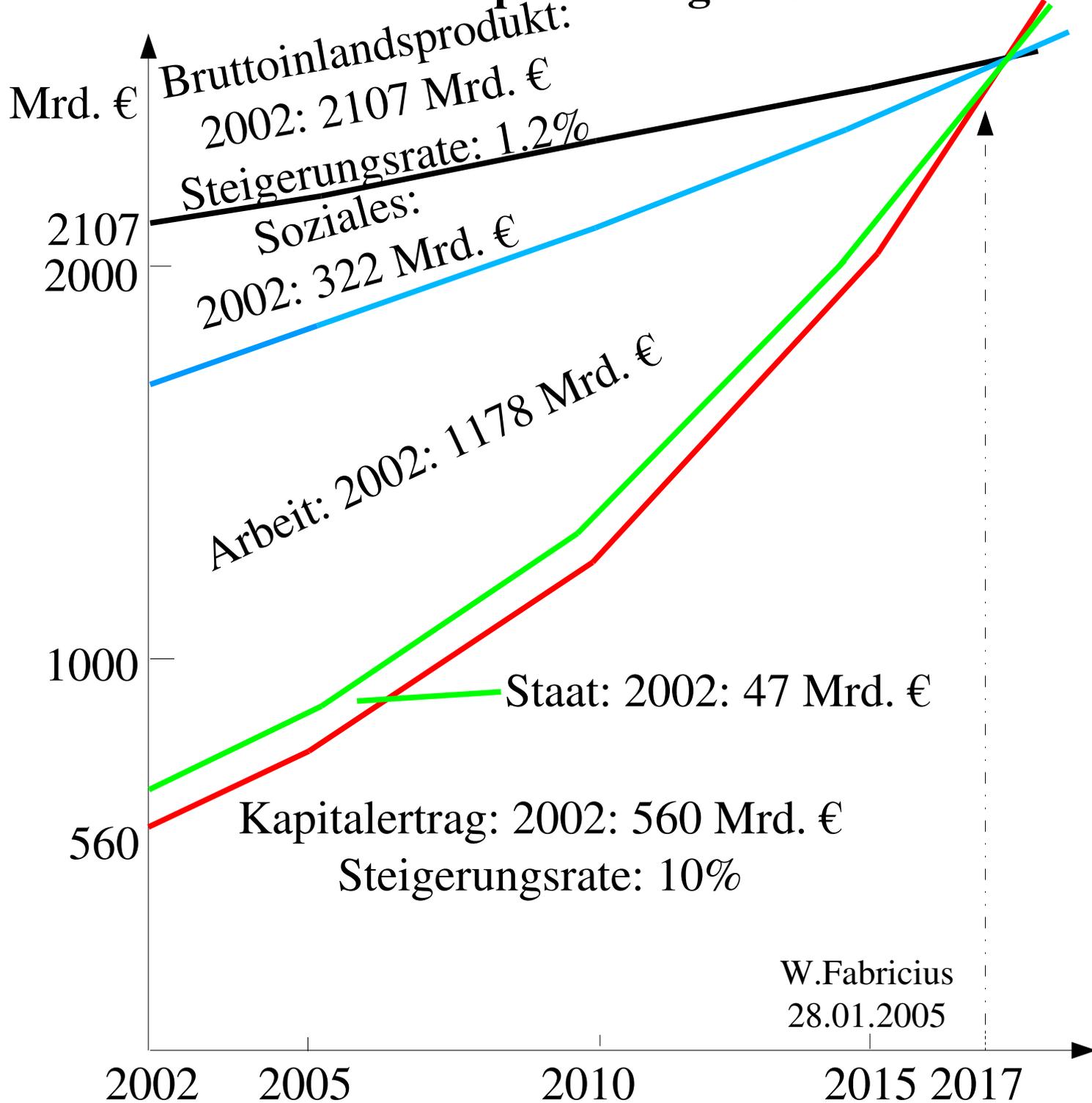
<u>100% BIP Arbeit</u>		2.107 Mrd.	
2,3% BIP	2,3 % Staat	48 Mrd.	
15,2% BIP	15,2 % Soziales	320 Mrd.	
26,6% BIP	26,6 % Kapital	560 Mrd.	
55,9% BIP	55,9 % Arbeit	1.178 Mrd.	<u>55,9% BIP</u>

<u>22,6% BIP Steuerquote</u>		476 Mrd.	
5,6% BIP	25 % Kapital	119 Mrd.	
14,7% BIP	65 % Soziales	310 Mrd.	
	10 % Kaufkraft	47 Mrd.	<u>2,3% BIP</u>

<u>32,5% BIP Sozialbudget</u>		685 Mrd.	
13,0% BIP	40 % Kapital	274 Mrd.	
4,3% BIP	13 % Staat	91 Mrd.	
	47 % Kaufkraft	322 Mrd.	<u>15,2% BIP</u>

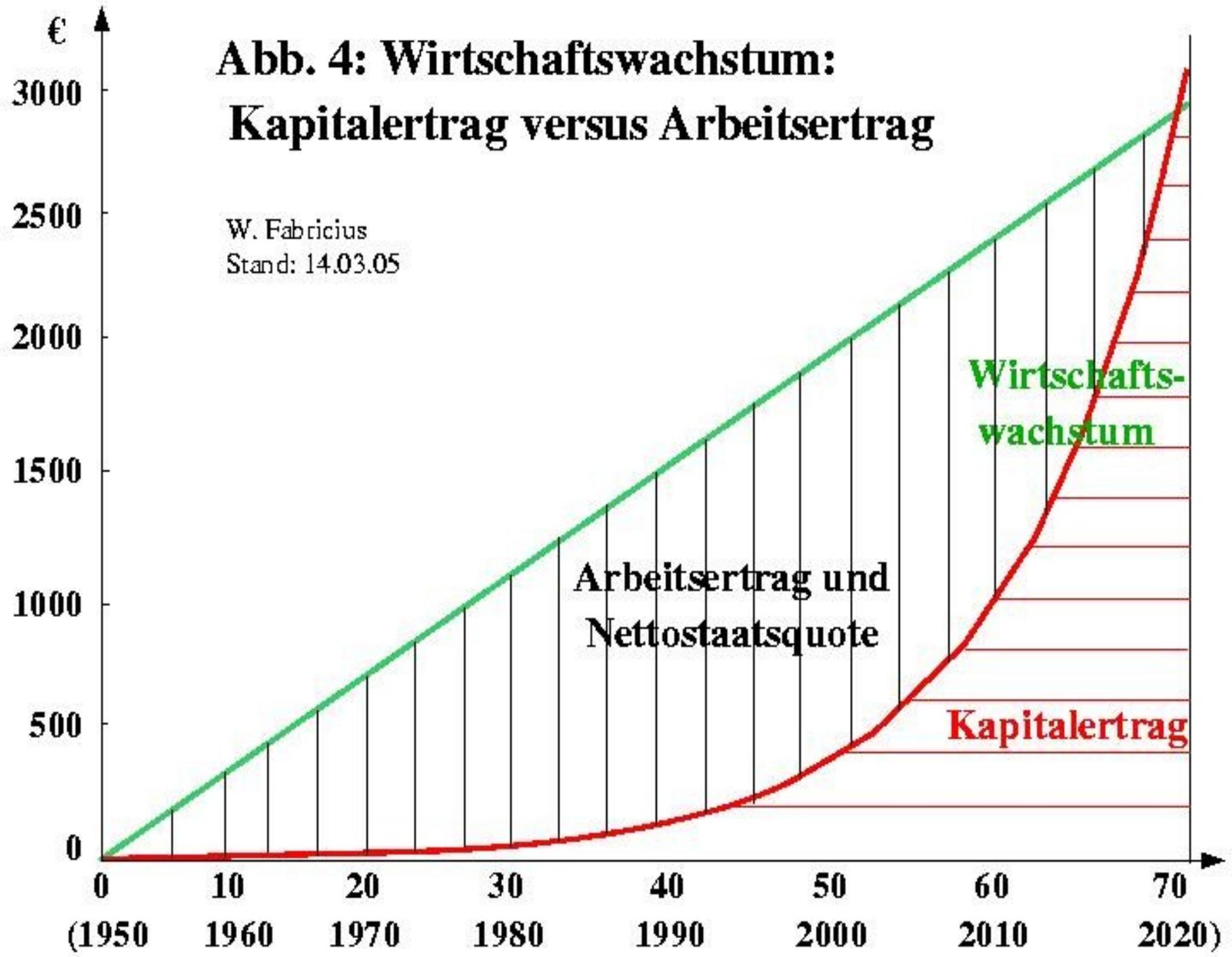
<u>33,2% BIP Kapitalertrag</u>		700 Mrd.	
6,6% BIP	20 % Staat	140 Mrd.	
	0 % Soziales	0,00	
	80 % Kaufkraft	560 Mrd.	<u>26,6% BIP</u>

Abb. 2: Kapitalertrag und BIP



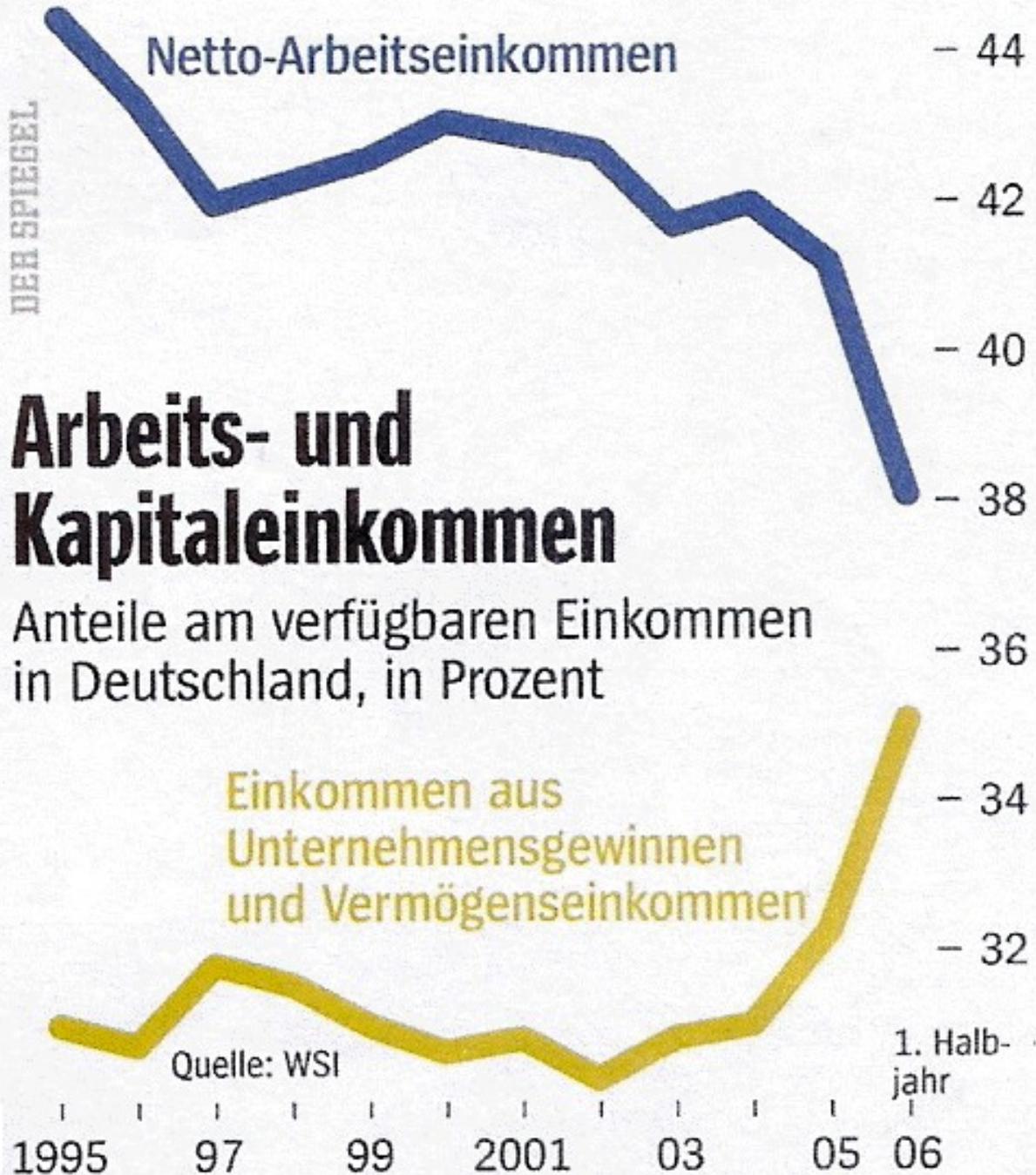
**Abb. 4: Wirtschaftswachstum:
Kapitalertrag versus Arbeitsertrag**

W. Fabricius
Stand: 14.03.05



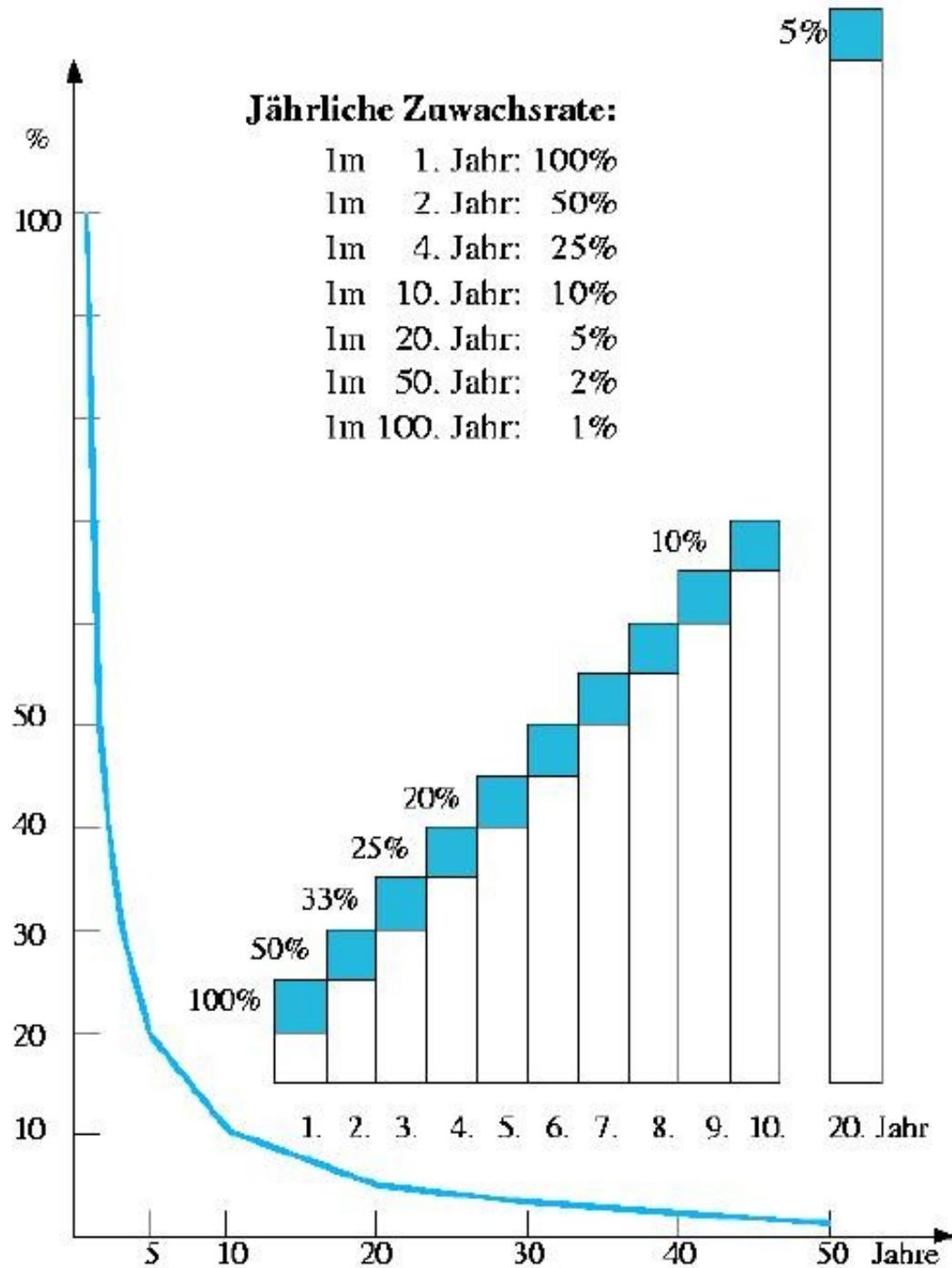
Arbeits- und Kapitaleinkommen

Anteile am verfügbaren Einkommen in Deutschland, in Prozent

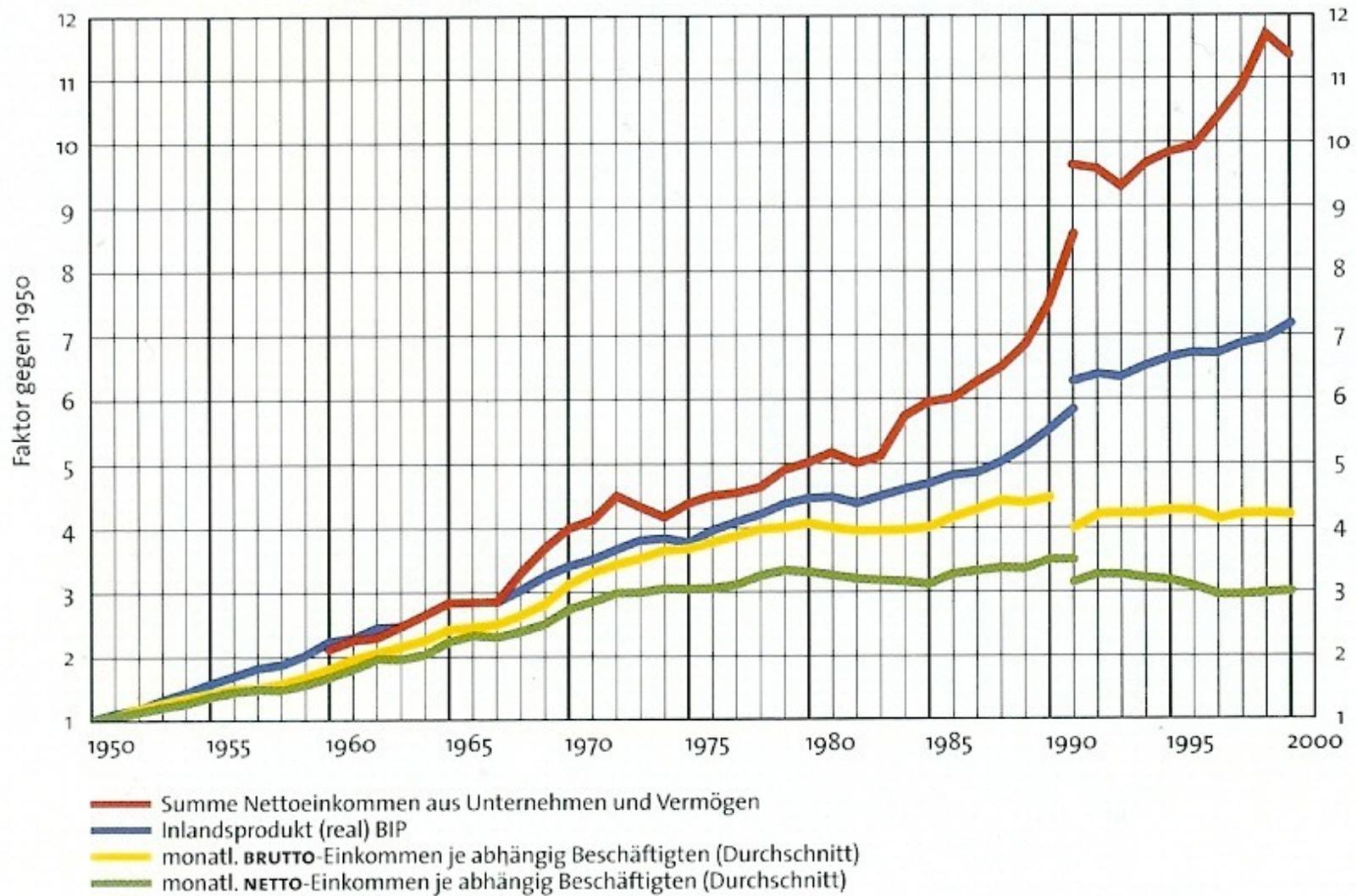


Alexander Jung et al.:
Gipfel der Ungerechtigkeit.
Der Spiegel 23/2007, S. 40
und
Michael Sauga:
Doppeltes Risiko.
Der Spiegel 27/2007, S. 97

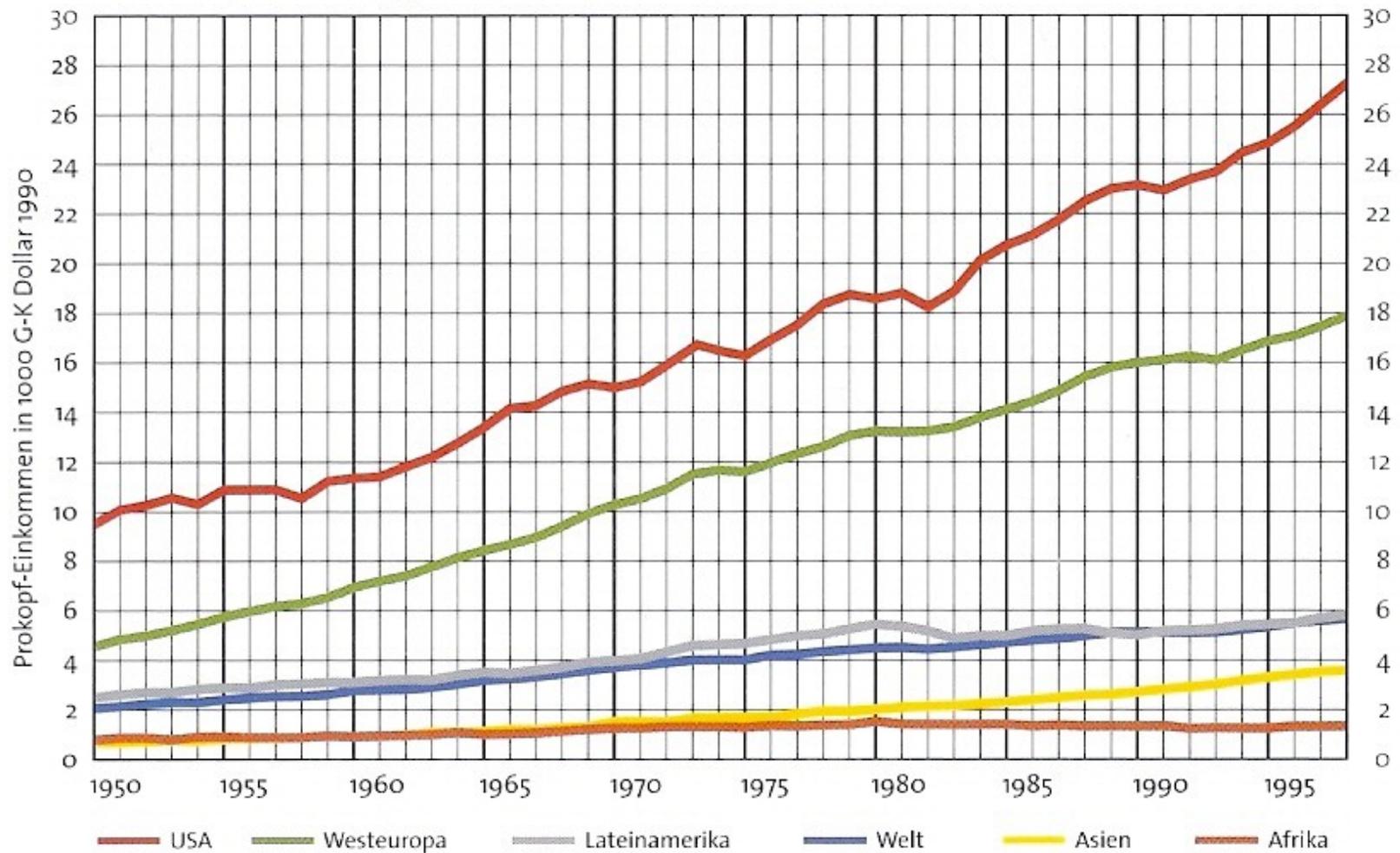
Abb. 2: Lineares Wirtschaftswachstum



Grafik C Die Spaltung der Gesellschaft der Bundesrepublik



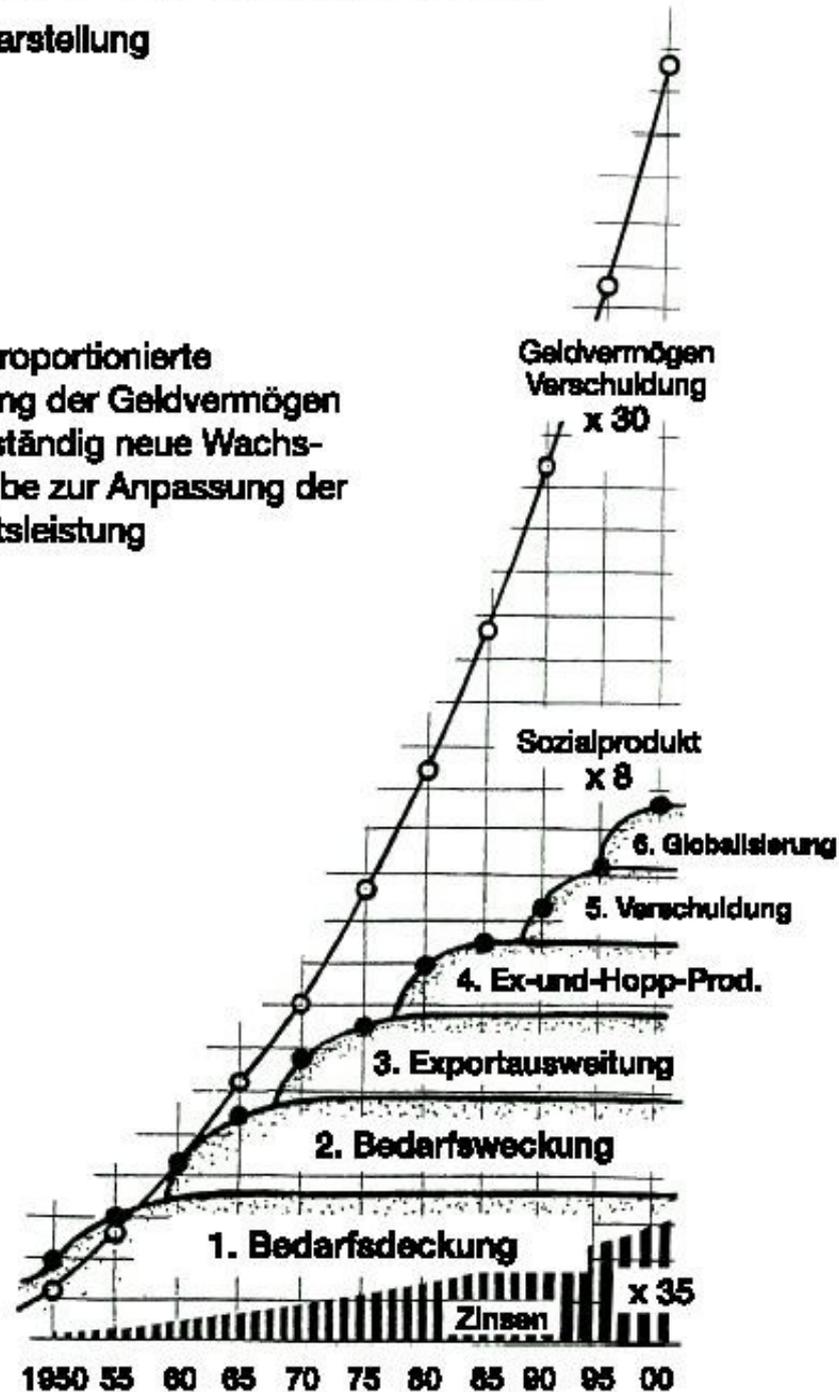
Grafik H Die Ungleichheit wächst: Gewinner und Verlierer

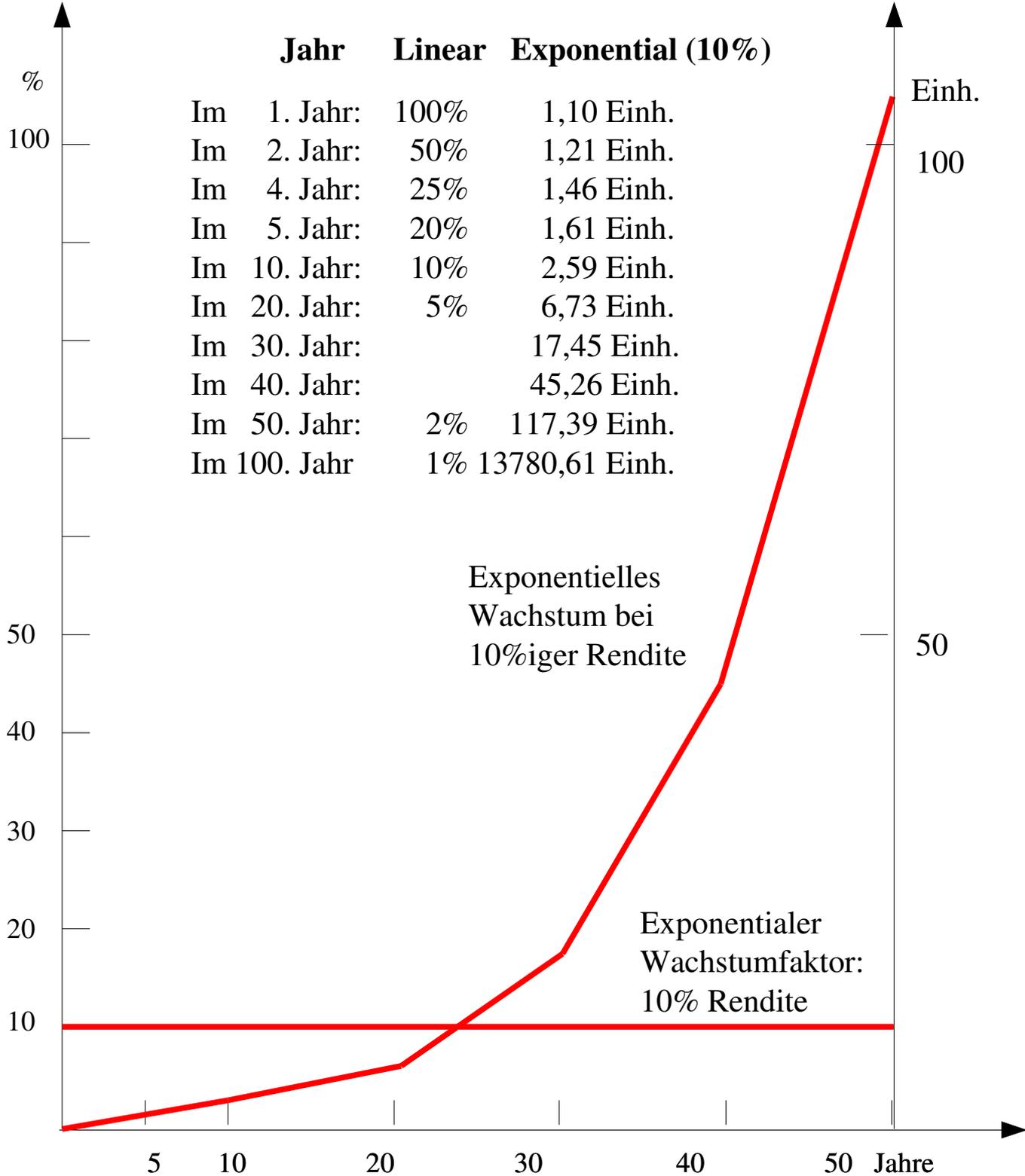


Wachstum und Geldvermögen

Schemadarstellung

Die überproportionierte Entwicklung der Geldvermögen erzwingt ständig neue Wachstumsschübe zur Anpassung der Wirtschaftsleistung





	Jahr	Linear	Exponential (10%)
Im	1. Jahr:	100%	1,10 Einh.
Im	2. Jahr:	50%	1,21 Einh.
Im	4. Jahr:	25%	1,46 Einh.
Im	5. Jahr:	20%	1,61 Einh.
Im	10. Jahr:	10%	2,59 Einh.
Im	20. Jahr:	5%	6,73 Einh.
Im	30. Jahr:		17,45 Einh.
Im	40. Jahr:		45,26 Einh.
Im	50. Jahr:	2%	117,39 Einh.
Im	100. Jahr	1%	13780,61 Einh.

1. Jahr (1950):	3,5 Mrd. €
8. Jahr (1957):	7 Mrd. €
15. Jahr (1964):	13 Mrd. €
22. Jahr (1971):	26 Mrd. €
29. Jahr (1978):	50 Mrd. €
36. Jahr (1985):	98 Mrd. €
43. Jahr (1992):	191 Mrd. €
50. Jahr (1999):	373 Mrd. €
57. Jahr (2006):	727 Mrd. €

Josephspfennig

(nach Wikipedia vom 18.7.2007)

Wenn Joseph seinem Sohn Jesus bei dessen Geburt **einen einzigen Pfennig** auf einer Bank angelegt hätte, wäre dieser bei einer jährlichen **Verzinsung von 5%** im Jahre 2000 mit Zinseszinsen auf den fiktiven Gegenwert von **132 Milliarden Erdkugeln aus purem Gold** angewachsen. In der gesamten Geschichte der Menschheit wurden aber schätzungsweise erst **155.000 t Gold** geschürft, die gerade in einen **Würfel der Kantenlänge 20,025 Meter** passen würden.

Josephspfennig (nach Wikipedia vom 18.7.2007)

Wenn Joseph seinem Sohn Jesus bei dessen Geburt **einen einzigen Pfennig** auf einer Bank angelegt hätte, wäre dieser bei einer jährlichen **Verzinsung von 5%** im Jahre 2000 mit Zinseszinsen auf $2,3911... * 10^{40}$ Mark angewachsen, d. h. auf den fiktiven Gegenwert von $7,8873 * 10^{32}$ Tonnen Gold, was der Masse nach **132 Milliarden Erdkugeln** (zu je $5,974 * 10^{21}$ Tonnen) aus purem Gold entspräche, wenn man die Jahresschlusskurse von 2006 mit 636,05 US-\$ pro Feinunze Gold (= 31,1034768 g) und 1 € = 1,3193 US-\$ zugrunde legt, während 1 € = 1,95583 Mark entspricht.

In der gesamten Geschichte der Menschheit wurden aber schätzungsweise erst **155.000 t Gold** geschürft, die gerade in einen **Würfel der Kantenlänge 20,025 Meter** passen würden.

Aristoteles (384-322, Politeia, 1. Buch)

"So ist der Wucher hassenswert, weil er aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist.

Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst.

Durch den Zins entsteht Geld aus Geld.

Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur."

Die Sparda-Bank Berlin eG

schreibt in „sparda-aktuell 04/2006:

„Am 12. April 1956 legte unser Partner Union Investment ihren Unifonds, einen der ersten Fonds in Deutschland, auf. ...

In 50 Jahren steigerte sich
der Wert einer Anlage
von **10.000 Euro** auf **über 753.000 Euro**,
das entspricht einer Wertentwicklung
von **über 9 Prozent pro Jahr**“.

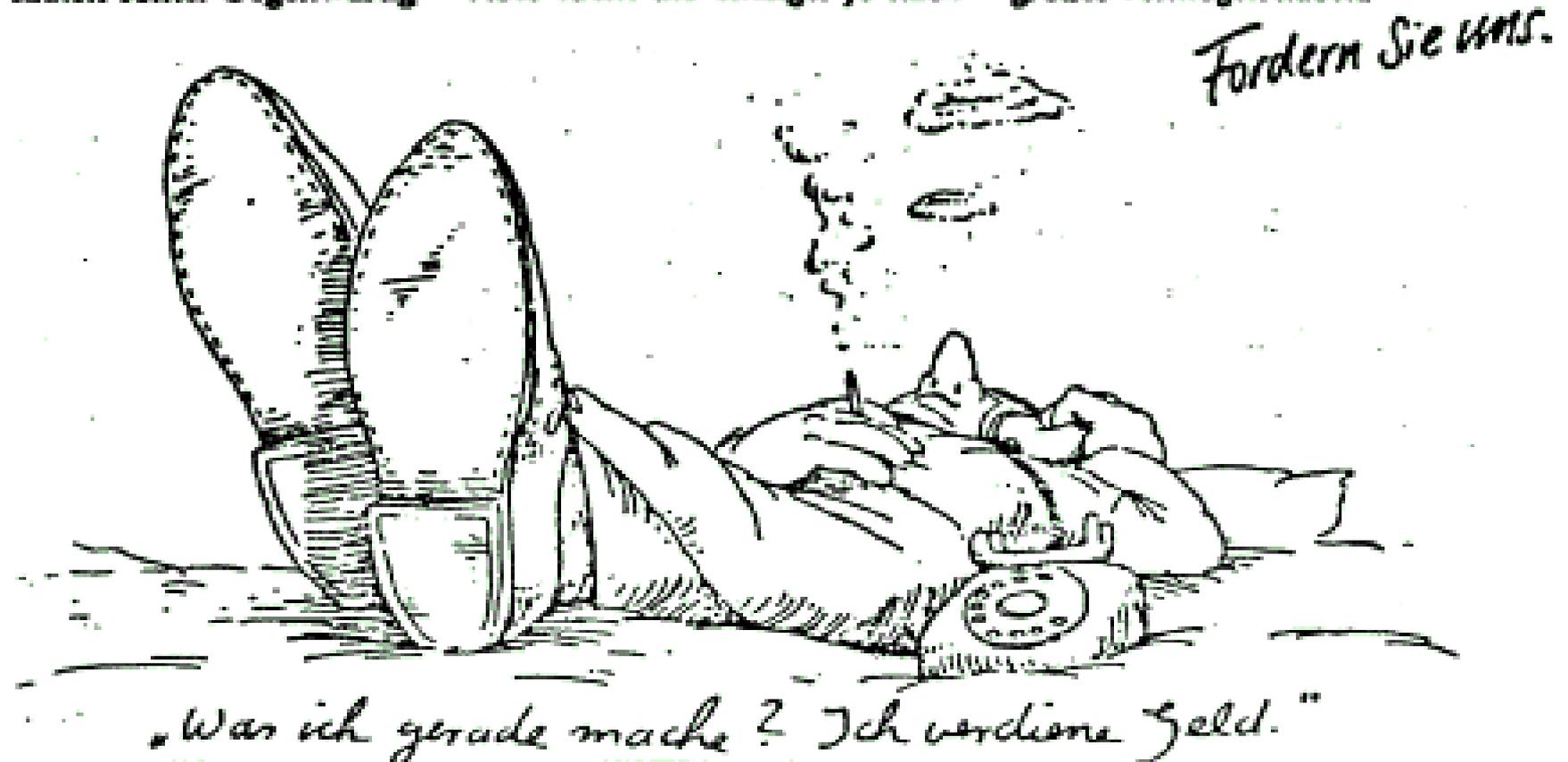
Wie Sie zu Geld kommen, ohne einen Finger krumm zu machen.

Bereits mit 1.000 Mark können Sie einen BfG-Kapitalsparbrief kaufen. Vier Jahre lang bekommen Sie feste und zugleich hohe Zinsen, die sich nicht ändern, auch wenn das allgemeine Zinsniveau sinken sollte. Gegenwärtig

liegt der Zinssatz bei neun Prozent jährlich.

Der BfG-Kapitalsparbrief ist eine Möglichkeit, wie Sie bei uns Ihr Geld ohne ein Kursrisiko mit guten Renditen anlegen können. Aber nicht die einzige: Je nach

Ihrer persönlichen Situation und Ihren Anlagezielen gibt es verschiedene Wege, Ihr Geld etwas dazuverdienen zu lassen. Wir rechnen das gern mal mit Ihnen durch – auch wenn Sie kein großes Vermögen haben.



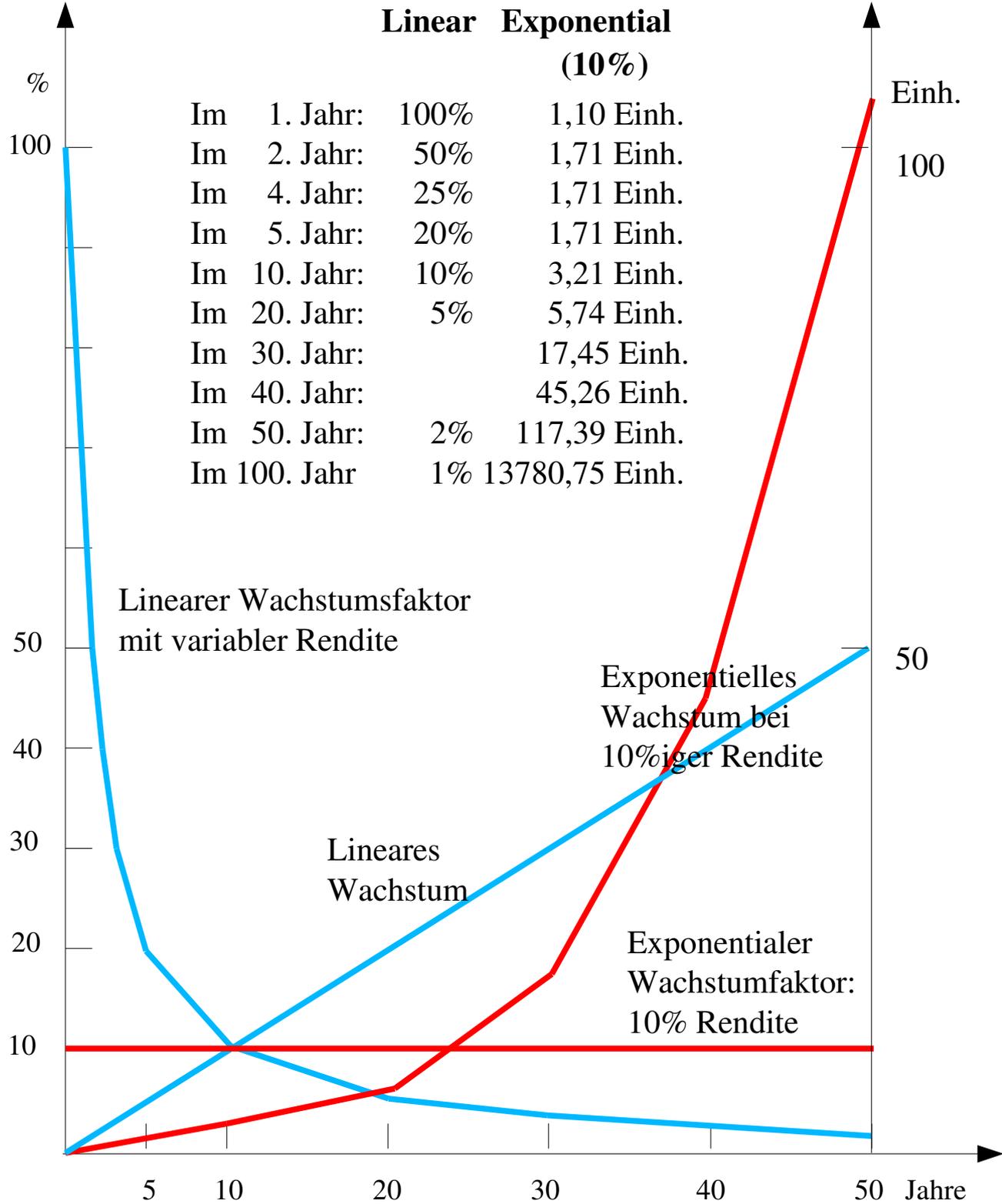
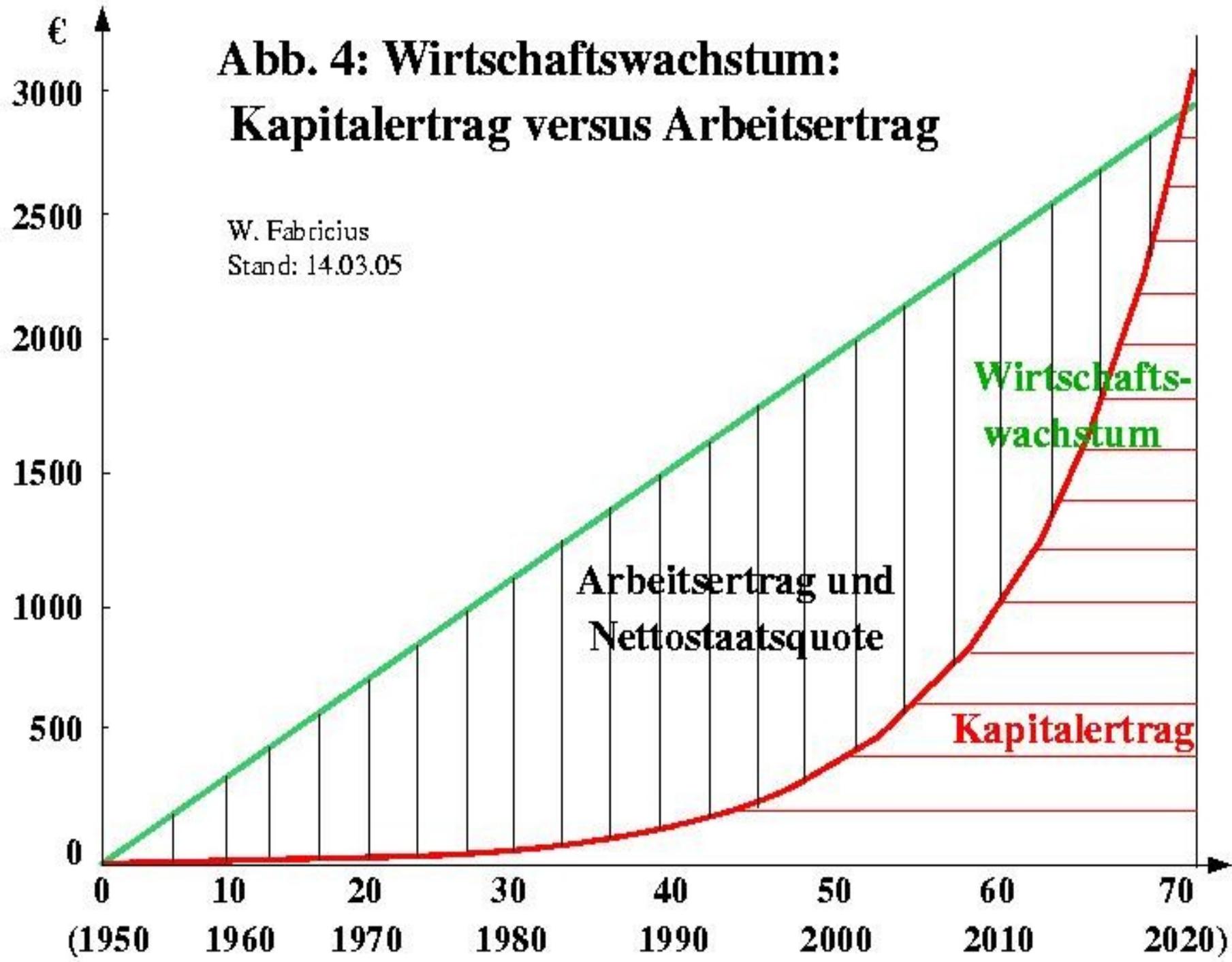


Abb. 4: Wirtschaftswachstum: Kapitalertrag versus Arbeitsertrag

W. Fabricius
Stand: 14.03.05



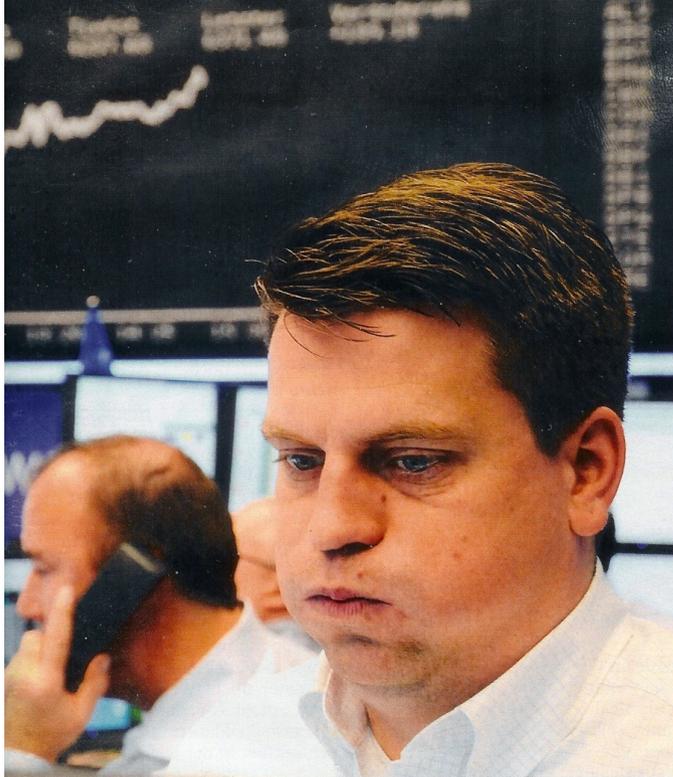
Wachstum der Kapitalerträge

Jahre	Projeziert auf Kalender-Jahr	Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. Euro	Kapitalertragswachstum (KEW) in Mrd. Euro (10%/Jahr)	Verhältnis KEW/jBIPW
0	1950	40	3,5	~ 0,1
10	1960	400	9,24	~ 0,25
20	1970	800	24,42	~ 0,6
30	1980	1200	64,49	~ 1,6
40	1990	1600	170,35	~ 4,25
50	2000	2000	449,93	~ 11
60	2010	2400	1188,40	~ 30
70	2020	2800	3138,92	~ 80

jBIPW: Jährliches Wachstum des BIP = ~ 40 Mrd.Euro

„Die Situation gleicht der einer Kollektivspeisung, bei der mehr Essensmarken ausgegeben werden als Portionen vorhanden sind.“

Roland Baader, 2008



1322
Mrd. €

langjähriger Vorstandschef kurz vor dem Zusammenbruch seines Unternehmens 28 Millionen Dollar für ein 600-Quadratmeter-Doppel-Appartement am New Yorker Central Park hinblättert? Oder dass die krisengeschüttelte Schweizer Großbank UBS wegen Versagens drei ihrer Vorstände feuert – um ihnen anschließend rund 60 Millionen Franken zu überweisen?

Noch drücken sich die Notenbanken und Regierungen der großen Industriestaaten vor den Antworten auf diese Fragen. Sie sehen sich in der Rolle eines Notarztes, der akut Hilfe leisten muss. Wie ein gefährlicher Virus hat die Krise am amerikanischen Immobilienmarkt weite Teile des weltweiten Finanzsystems infiziert. Nachdem reihenweise faule Kredite geplatzt sind, trauen sich die Banken inzwischen keinen Millimeter mehr über den Weg. Ihr wichtigstes Gut, das Vertrauen, haben sie verspielt.

Die Katastrophen-Szenarien von Untergangspropheten wie dem amerikanischen Ökonomen Nouriel Roubini gewinnen von Woche zu Woche an Wahrscheinlichkeit. Seit Monaten schon warnt der New Yorker Professor vor dem Risiko einer „Kernschmelze“ der Weltfinanzsysteme („Zwölf Schritte ins finanzielle Desaster“). Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds drohen globale Verluste von 800 Milliarden US-Dollar oder mehr.

Die amerikanische Volkswirtschaft befindet sich vermutlich bereits in der Rezession, und das hat Auswirkungen auf den

Rest der Welt. Experten rechnen auch für Deutschland mit spürbar weniger Wachstum und damit weniger neuen Jobs. Verschlechtert sich die Wirtschaftslage, drohen dem Staat Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Die Große Koalition könnte ihr wichtigstes Ziel, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, zu den Akten legen.

In dieser Situation rufen inzwischen selbst die eifrigsten Jünger des freien Marktes nach der starken Hand des Staates. „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte“, bekannte Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann am vergangenen Montag bei einem Vortrag in Frankfurt am Main. Das Beispiel Amerika zeige, dass jetzt die Regierungen und Notenbanken gefragt seien.

Auch sein Kollege Klaus-Peter Müller von der Commerzbank meint, die derzeitige Situation habe das Potential, „sich zur größten Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte“ zu entwickeln, jedenfalls, „wenn man die Märkte unkontrolliert weiterlaufen“ lasse. Sein Vorschlag: „Es wäre daher sinnvoll, den Banken rückwirkend auf 1. Januar befristet zu erlauben, Wert-

Einladung, die staatliche Absicherung sofort auszunutzen.

Wie brisant ihre Absprache ist, wissen alle Beteiligten. Sie bedeutet nichts anderes, als dass die Gewinne der Banken privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden. In einer Welt, in der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, ist das politischer Sprengstoff.

Doch die Notenbanker sehen keine andere Möglichkeit mehr. Eine Bankenkrise wie 1931 in Deutschland ist für sie der Alptraum. Nachdem eine Berliner Großbank damals nicht mehr liquide war, trieb ein Massenansturm der verunsicherten Bevölkerung auch andere Geldhäuser in die Zahlungsunfähigkeit. Jahrzehntelang schien eine Wiederholung undenkbar, doch seit der frühere amerikanische Notenbankchef Alan Greenspan die derzeiti-

ge Finanzkrise zur schlimmsten seit Ende des Zweiten Weltkriegs geadelt hat, gelten die alten Gewissheiten nicht mehr.

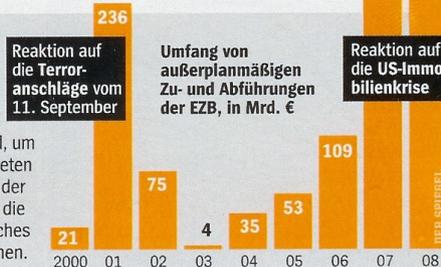
Was aber gilt dann? Darf der Staat mit dem Geld seiner Bürger für die skrupellosen Spekulationen gieriger Banker einstehen? Darf er Milliarden in die Rettung maroder Institute pumpen, obwohl er damit neue Risiken und Nebenwirkungen produziert? Darf man, um es mit den Worten eines Frankfurter Investmentbankers zu sagen, „einen Drogenabhängigen mit Kokain behandeln“?

Und wie soll man braven Steuerzahlern verständlich machen, dass sie für eine Bank wie Bear Stearns einspringen sollen, deren

bis
Mitte
März
414

Nervöser Markt

In regelmäßigen Abständen versorgt die EZB die Banken mit frischem Geld in dreistelliger Milliardenhöhe. Dazwischen leihen sich die Banken untereinander Geld, um so kurzfristig überschüssiges Geld anzubieten oder sich Liquidität zu verschaffen. Gerät der Geldmarkt aus dem Gleichgewicht, muss die EZB mit sogenannten Schnelltendern frisches Geld nachschießen oder Liquidität einziehen.



„Wo Geld ohne Bedarf ist, dort stellt sich auch Einkommen ohne Leistung ein, und das wiederum bewirkt, daß noch mehr Geld ohne Bedarf und noch mehr Einkommen ohne Leistung entstehen. Dieser "Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung" steht die Arbeitslosigkeit als "eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen" gegenüber: Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.“

Dieter Suhr, 1983

*„Es gibt keinen Weg, den finalen Zusammenbruch
eines Booms zu vermeiden,
der durch Kreditexpansion erzeugt worden ist.
Die Alternative kann nur sein:
Entweder die Krise kommt früher
– als ein Ergebnis der freiwilligen
Einstellung der Kreditexpansion –
oder später als eine finale und totale
Katastrophe des betreffenden Währungssystems.“*

Ludwig von Mises: Habilitationsschrift 1922

Georg Soros:

Die übermäßigen Freiheiten der Finanzmärkte haben *„nicht eine normale Krise, sondern das Ende einer Ära“* herbeigeführt, denn *„diese Krise unterscheidet sich von allen, die wir in den letzten 60 Jahren gesehen haben - sie ist schlimmer“*, eine Krise, bei der *„alles schiefging, was schiefgehen konnte.“* *„Die Gefahr besteht darin, dass dadurch entstehende Spannungen, einschließlich des Protektionismus der USA, die Weltwirtschaft zerschlagen und die Welt in eine Rezession – oder etwas noch Schlimmeres – stürzen könnten.“*

Der Spiegel, 5/2008, vom 28.01.2008

2. Armuts- und Reichstumsbericht der Bundesregierung 2004/5

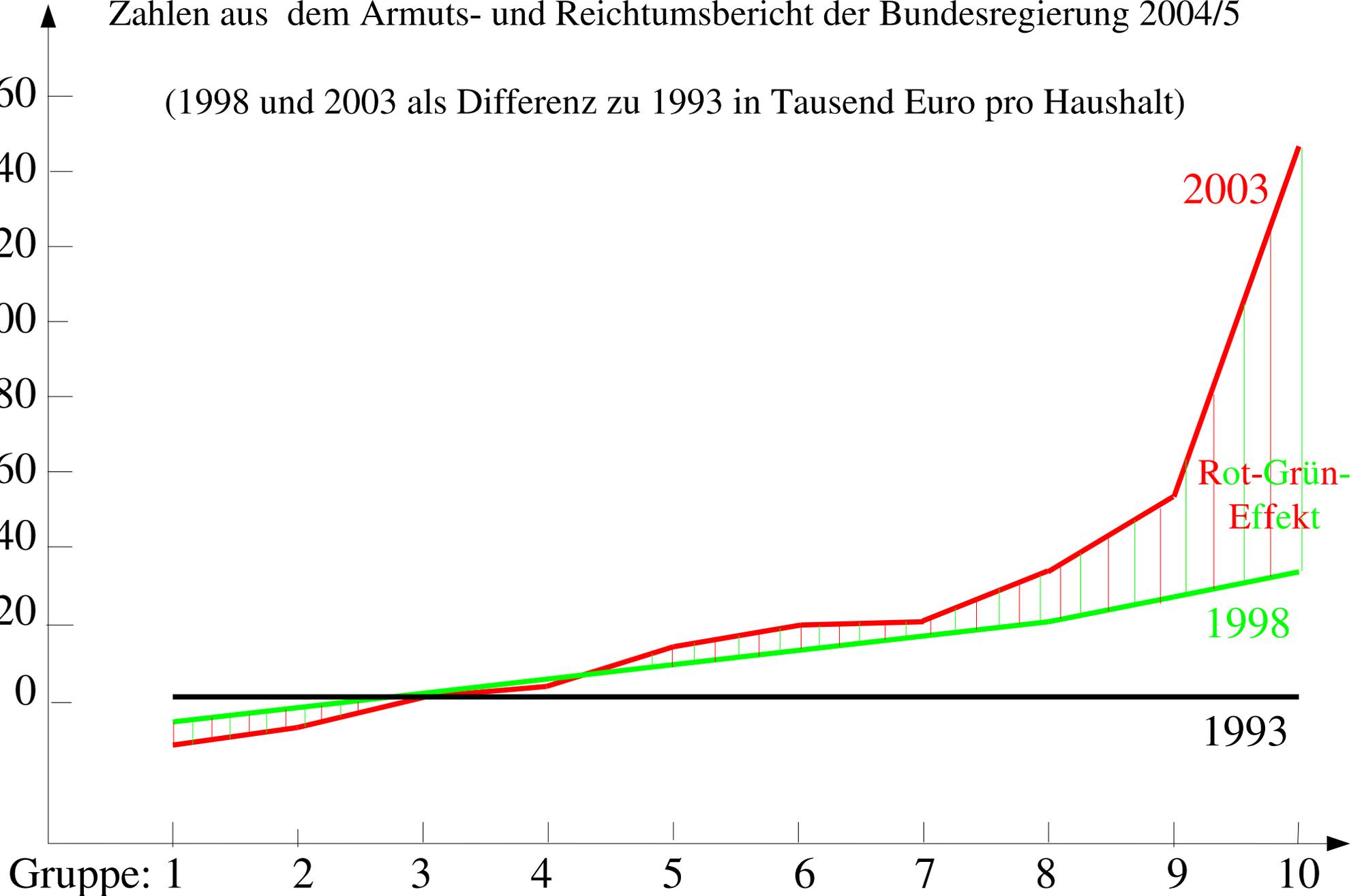
Mittelwerte und Anteile von Zehnteln der Haushalte am gesamten Nettovermögen

Zehntel	Mittelwerte in 1.000 Euro			Anteile		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
Deutschland						
1	-2,1	-3,9	-7,9	-0,2%	-0,3%	-0,6%
2	2,4	1,3	0,8	0,2%	0,1%	0,1%
3	6,3	5,9	6,1	0,6%	0,5%	0,5%
4	12,5	13,4	16,2	1,2%	1,2%	1,2%
5	23,9	27,3	34,9	2,3%	2,4%	2,6%
6	50,7	58,5	70,5	4,8%	5,1%	5,3%
7	105,7	112,1	123,6	10,0%	9,9%	9,3%
8	160,3	171,2	190,0	15,1%	15,1%	14,2%
9	227,3	247,0	275,8	21,4%	21,7%	20,7%
10	474,7	504,3	624,1	44,7%	44,4%	46,8%

Verteilung der Armut und des Reichtums

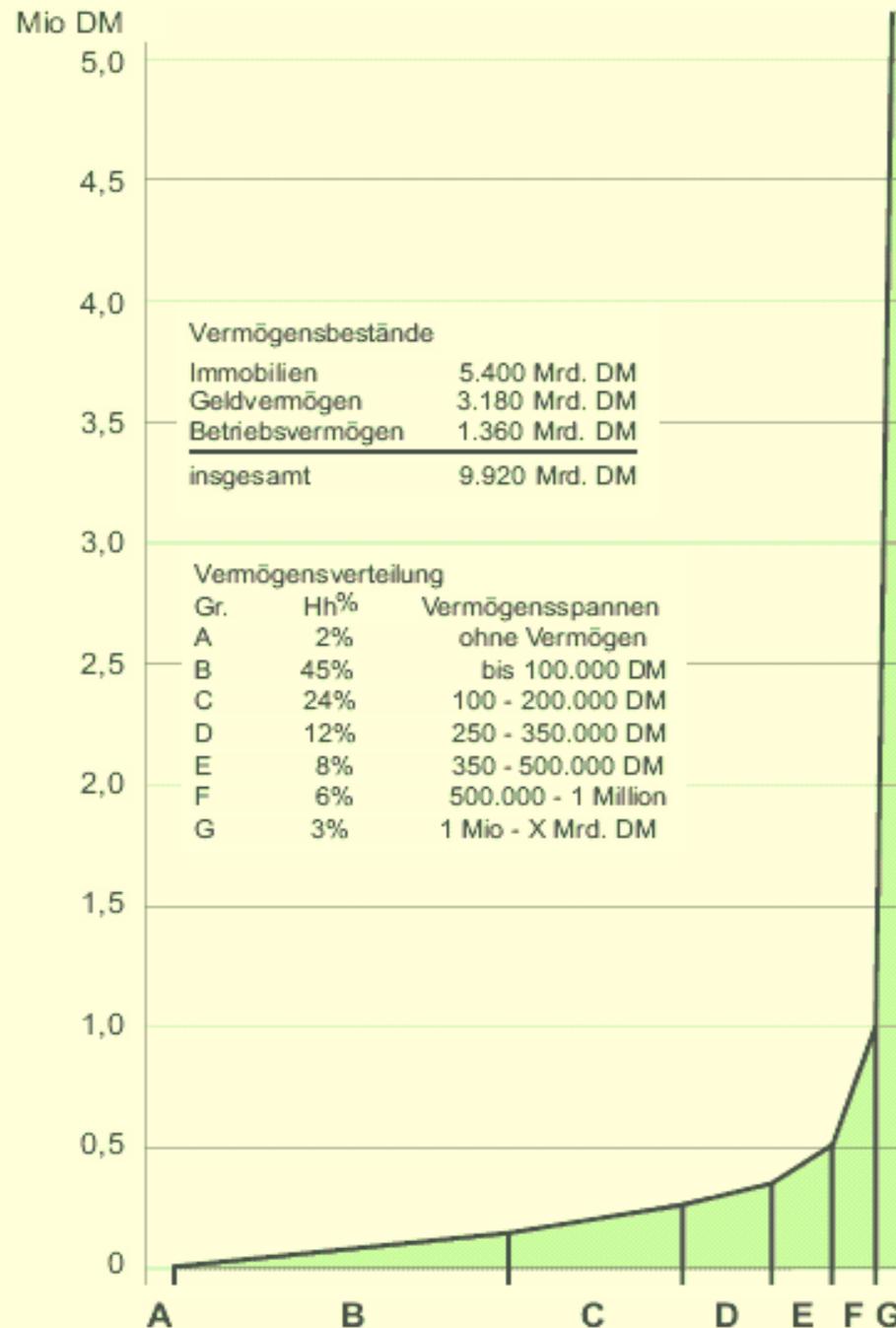
Zahlen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2004/5

(1998 und 2003 als Differenz zu 1993 in Tausend Euro pro Haushalt)



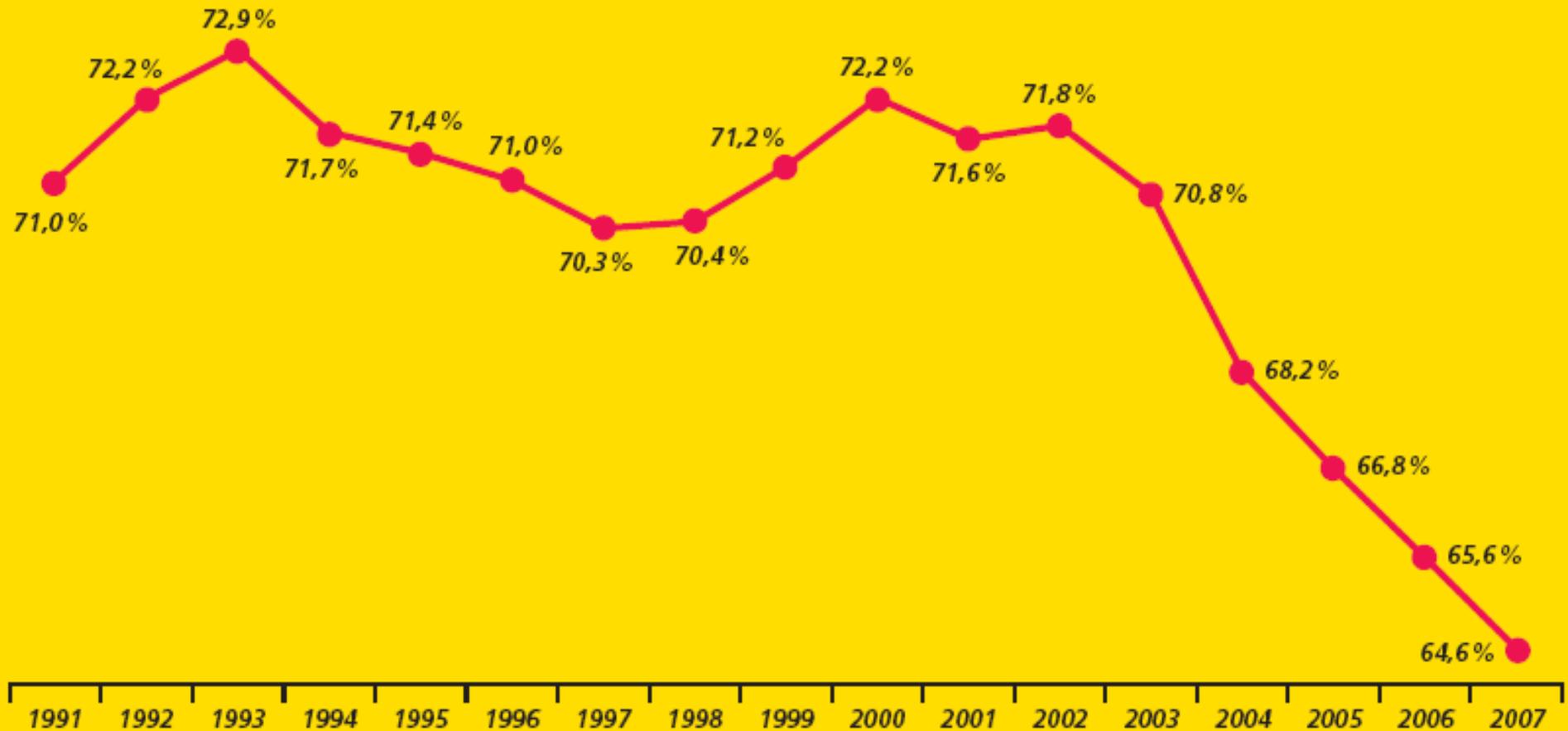
Privatvermögen in Deutschland

Bestand und Verteilung, 1993



Der Absturz der Lohnquote

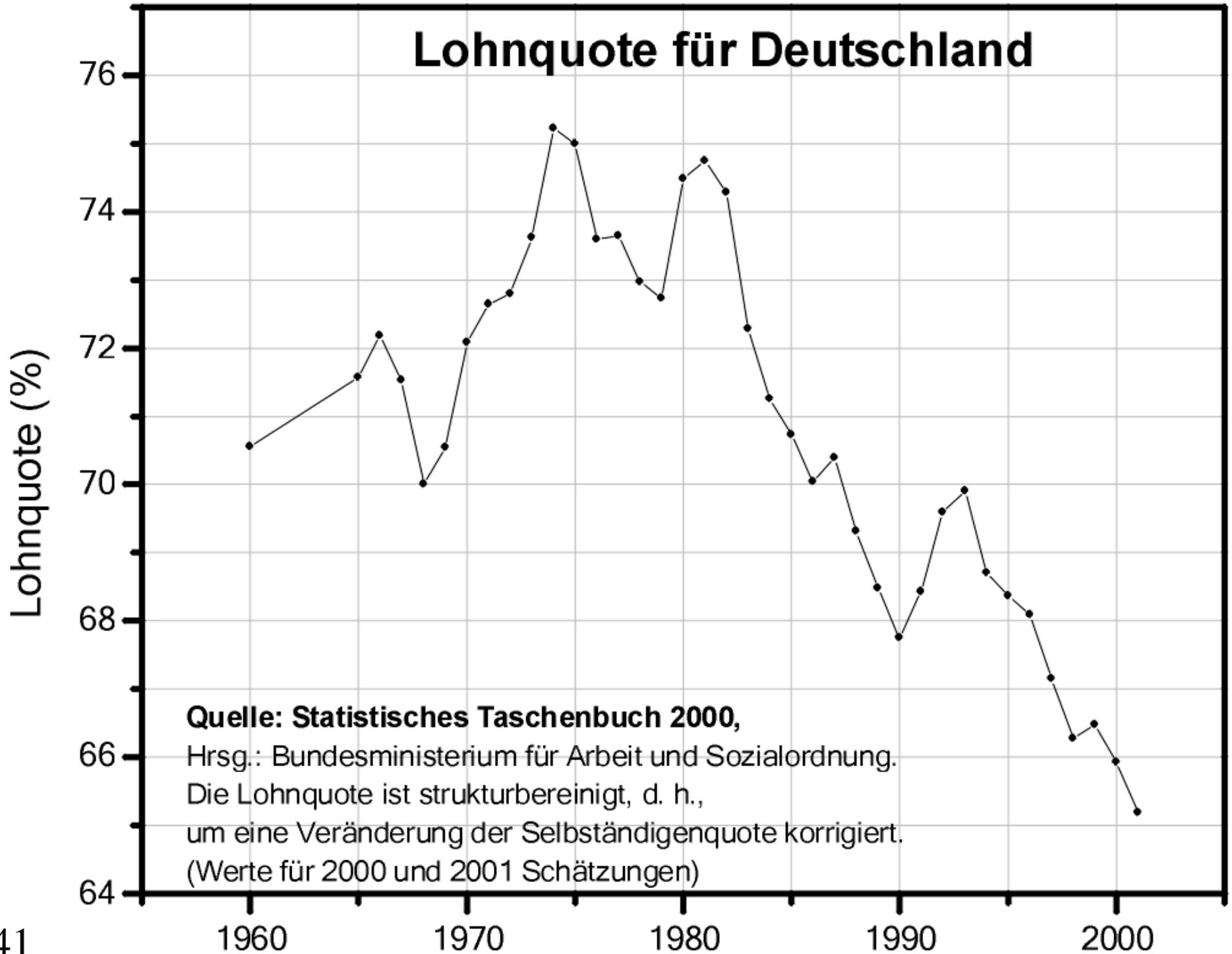
Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen



Die Beschäftigten erhalten einen immer geringeren Anteil am Volkseinkommen. 1991 waren es noch 71 Prozent. Heute sind es weniger als 65 Prozent. Spiegelbildlich ist der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen – die Gewinnquote – von 29 Prozent auf über 35 Prozent angestiegen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Lohnquote für Deutschland



Quelle: Statistisches Taschenbuch 2000,

Hrsg.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

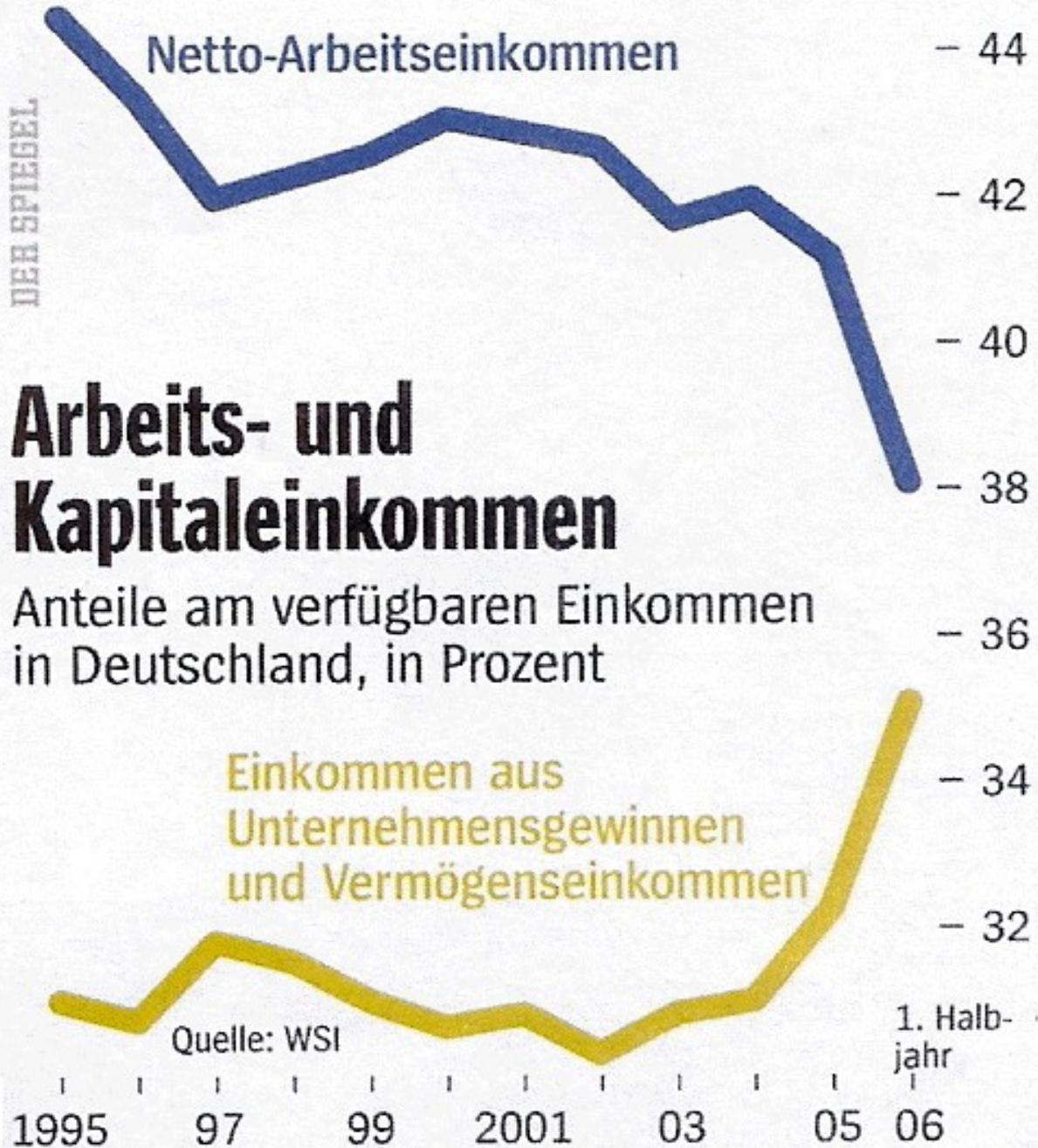
Die Lohnquote ist strukturbereinigt, d. h.,

um eine Veränderung der Selbständigenquote korrigiert.

(Werte für 2000 und 2001 Schätzungen)

Arbeits- und Kapitaleinkommen

Anteile am verfügbaren Einkommen in Deutschland, in Prozent



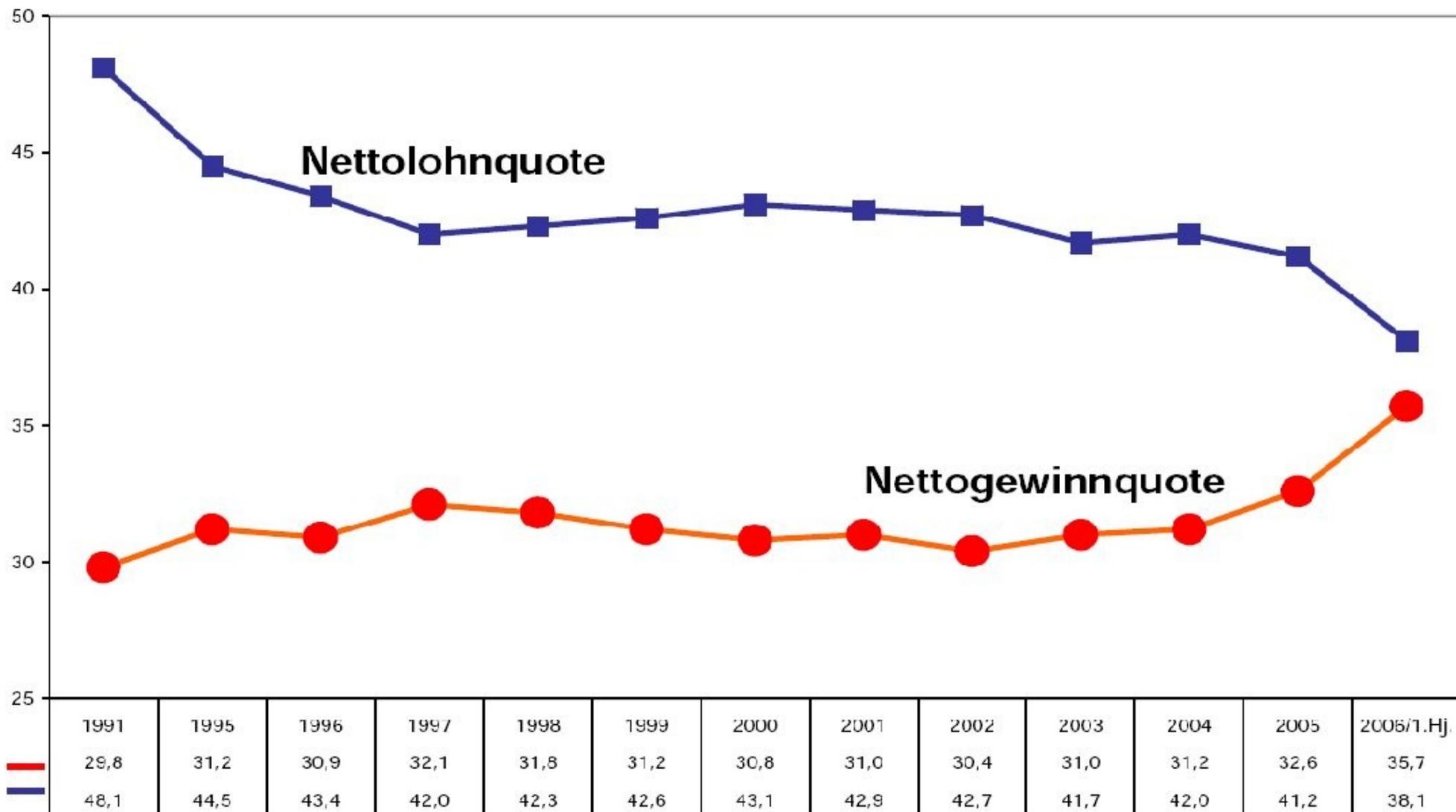
Alexander Jung et al.:

Gipfel der Ungerechtigkeit.
Der Spiegel 23/2007, S. 40
und

Michael Sauga:

Doppeltes Risiko.

Der Spiegel 27/2007, S. 97



Quelle: Statistisches Bundesamt/Claus Schäfer

Tabelle 2: Nettolohn- und -gewinnquote in Deutschland¹⁾²⁾
Das Einkommen des Sektors private Haushalte vor und nach der öffentlichen Umverteilung in %

Jahr	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte Mrd. € = 100%	Masseneinkommen					Gewinn- und Vermögenseinkommen						Korrekturfaktoren ¹⁰⁾	nachrichtl.	
		Bruttolöhne und -gehälter (ohne Arbeitgeberbeiträge)	Lohnsteuer der Arbeitnehmer	Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	Nettolöhne und -gehälter ³⁾	Netto: monetäre Sozialleistungen (empfangene laufende Übertragungen, saldiert) ⁴⁾	Brutto: Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen ⁵⁾	Brutto: Vermögenseinkommen (saldiert) ⁶⁾	Steuern auf Gewinn- u. Vermögenseinkommen ⁷⁾	Sozialbeiträge (Sozialabg. u.ä.) ⁸⁾	Netto-Gewinn- u. Vermögenseinkommen ⁹⁾	A ¹²⁾		B ¹³⁾	Brutto-Vermögenseinkommen (unsaldiert) ¹¹⁾
– alte Bundesländer – ¹⁾															
1960	96,1	66,2	4,2	6,2	55,8	43,7	20,9	28,7	3,0	6,3	1,0	24,4	19,1	1,1	3,0
1970	218,8	71,9	8,5	7,7	55,7	44,4	21,2	26,6	5,5	5,2	0,9	25,9	20,6	2,8	5,5
1980	491,0	73,9	11,7	9,5	52,7	43,8	26,2	22,5	7,6	4,6	1,2	24,3	20,2	3,2	7,6
1990	783,7	69,8	11,3	9,9	48,5	38,5	24,8	24,1	9,9	3,3	1,0	29,7	23,6	3,0	9,9
– alte und neue Bundesländer – ²⁾															
1991	1000,5	69,3	11,3	9,9	48,1	40,3	21,8	16,0	17,5	2,7	1,0	29,8	25,0	0,3	22,8
1995	1188,0	67,8	12,6	10,6	44,5	37,9	23,8	16,5	17,6	1,7	1,2	31,2	26,6	0,5	23,1
1996	1212,6	67,1	13,0	10,8	43,4	37,1	25,3	16,3	17,3	1,4	1,3	30,9	26,4	0,4	22,5
1997	1233,0	65,9	12,9	11,0	42,0	36,0	25,4	16,0	18,5	1,2	1,3	32,1	27,5	0,5	23,5
1998	1253,4	66,2	12,9	11,0	42,3	36,1	25,5	15,4	19,2	1,6	1,2	31,8	27,2	0,4	24,2
1999	1285,5	66,5	13,0	10,9	42,6	36,8	25,7	14,6	19,9	2,1	1,2	31,2	27,0	0,5	24,6
2000	1322,2	66,8	13,0	10,8	43,1	37,4	25,7	14,4	20,3	2,7	1,2	30,8	26,7	0,4	25,5
2001	1374,1	65,6	12,2	10,5	42,9	37,8	25,8	13,9	20,9	2,7	1,2	31,0	27,3	0,3	26,0
2002	1385,2	65,6	12,3	10,6	42,7	37,6	26,5	14,2	19,7	2,3	1,2	30,4	26,7	0,4	24,4
2003	1411,3	64,4	12,0	10,6	41,7	36,9	26,8	13,6	20,4	1,9	1,1	31,0	27,4	0,5	24,6
2004	1435,7	63,7	11,2	10,5	42,0	36,5	26,3	13,7	20,5	1,9	1,1	31,2	27,1	0,5	24,4
2005	1459,8	62,4	10,8	10,5	41,2	35,9	25,9	13,5	22,3	2,2	1,0	32,6	28,4	0,3	26,0
2006 1.Hj.	738,6	58,9	10,6	10,2	38,1	34,0	25,8	–	–	–	–	35,7	31,8	0,4	–

1) Bis 1990: Angaben nach dem aufgegebenen System der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (dVGR). – 2) Ab 1991: Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und der Datenrevision zurück bis 1991. – 3) Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben. – 4) Im ESVG: Empfangene monetäre Sozialleistungen und übrige laufende Transfers von Staat und anderen Sektoren (ohne Schadensversicherungsleistungen) abzüglich: Lohnsteuer auf Pensionen, Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren. – 5) Im früheren dVGR: Entnommene Gewinne; im ESVG: Betriebsüberschuss bzw. Selbstständigeneinkommen aller Personengesellschaften. – 6) Im ESVG: Empfangene Vermögenseinkommen (einschließlich Ausschüttung von Kapitalgesellschaften) abzüglich geleisteter Vermögenseinkommen (einschließlich Zinsen auf Betriebskredite von Personengesellschaften und Hypothekenzinsen für den privaten Immobilienbau bzw. –kauf.) – aber vor Abzug von direkten Steuern auf Vermögenseinkommen. Im dVGR: unsaldierte Vermögenseinkommen. – 7) Veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer. – 8) Sozialbeiträge der Selbstständigen und Nichterwerbstatigen. – 9) Diese Kategorie wird vom Statistischen Bundesamt nicht explizit ausgewiesen: Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen (s. Fußnote 6), abzüglich: direkte Steuern auf private Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Sozialbeiträge (s. Fußnote 7 und 8). – 10) Mit negativen Vorzeichen im dVGR: Konsumentenkreditzinsen und „Nicht zurechenbare geleistete laufende Übertragungen“, im ESVG dagegen mit positiven Vorzeichen: Weitere empfangene Transfers (z. B. Schadensversicherungsleistungen) abzüglich sonstiger geleisteter Transfers (z. B. Nettoprämien für Schadensversicherungen). – 11) Im Gegensatz zur Spalte „Vermögenseinkommen“ unter den „Gewinn- und Vermögenseinkommen“ werden hier die empfangenen Vermögenseinkommen unsaldiert ausgewiesen (s. auch Fußnote 6). – 12) A: Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. – 13) B: Anteil am Volkseinkommen, d.h. derselben Bezugsgröße wie für die Quoten in Tabelle 1.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Aug. 2006); Berechnungen des WSI.

Mittleres Äquivalenzeinkommen und Armutsrisikogrenze in Deutschland

Jahr	Region	Mittleres Äquivalenzeinkommen in Euro/Monat (Median)	Armutsrisikogrenze in Euro/Monat (60%)
2003	Bund ^{1.)}	1564	938
2004	Bund ^{2.)}	1427 (-8,8%)	856
2005	Bund ^{5.)}	1301 (-16,8%)	781
2005	Bund ^{4.)}	1216 (-19,4%)	50%: 630 / 60%: 756
2004	BW ^{3.)}	1491	895
2005	NRW ^{4.)}	1229	50%: 615 / 60%: 737

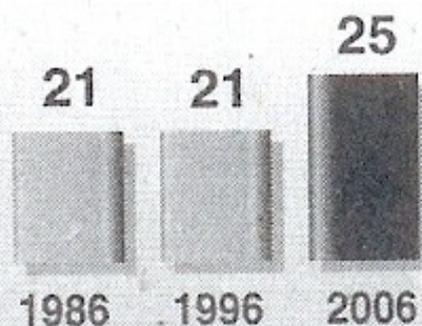
2. Armuts- Reichtumsbericht der Bundesregierung: <http://www.bmas.bund.de/BMAS/Redaktion/Pdf/Publikationen/Armuts-und-Reichtumsbericht/lebenslagen-in-deutschland-armutsbericht1,property=pdf,bereich=bmas,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA - für Deutschland 2005: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/EU-Silc/Pressebrochure_EU_Silc,property=file.pdf
- 1,5 Millionen Menschen in Baden-Württemberg von relativer Armut betroffen: <http://www.statistik-bw.de/Pressemit/2007025.asp>
- Sozialbericht NRW 2007 - IV Einkommen, Armut und Reichtum http://www.mags.nrw.de/sozialberichte/sozialindikatoren_nrw/einkommen/einkommensarmut/Einkommensarmut_110407.pdf
- Pressemitteilung Nr. 028 vom 21.01.2008 LEBEN IN EUROPA 2006 - EU-Indikatoren für Deutschland http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/01/PD08_028_634,templateId=renderPrint.psml

Einkommensverteilung in Deutschland

Personen in Privathaushalten in Prozent

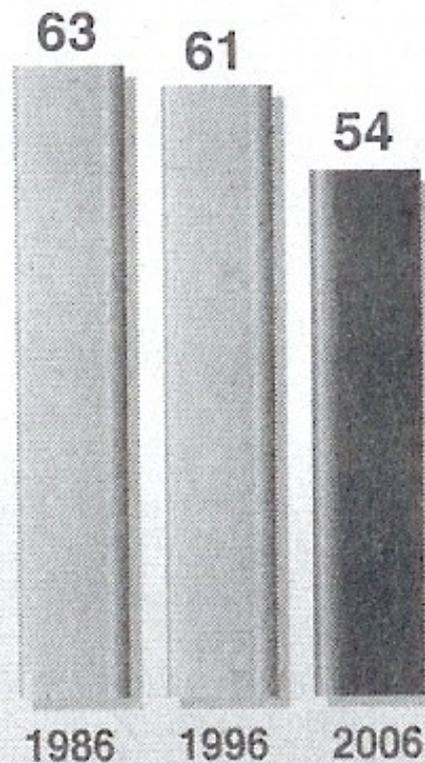
Niedrigverdiener

weniger als 70%
eines Durchschnitts-
verdieners



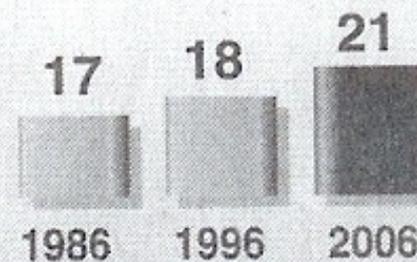
„Mittelschicht“

Durchschnittsverdiener
rund 16.000 Euro Netto-
haushaltseinkommen
pro Jahr und Person



Spitzenverdiener

mehr als 150%
eines Durchschnitts-
verdieners



Quelle: DIW, Zahlen gerundet

20080304-DE02 **AFP**

Einkommensverteilung

in Deutschland

Personen in Privathaushalten in Prozent



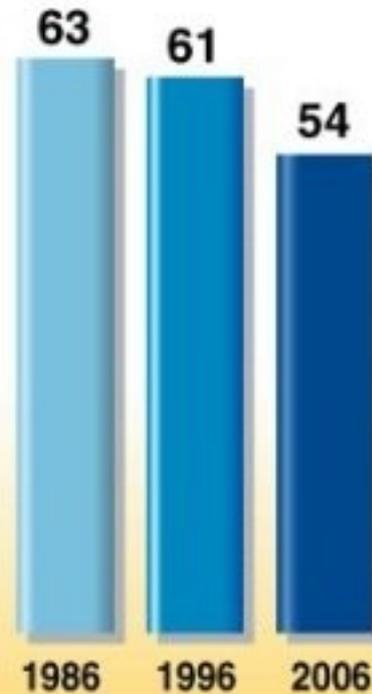
Niedrigverdiener

weniger als 70%
eines Durchschnitts-
verdieners



„Mittelschicht“

Durchschnitts-
verdiener



Spitzenverdiener

mehr als 150%
eines Durchschnitts-
verdieners

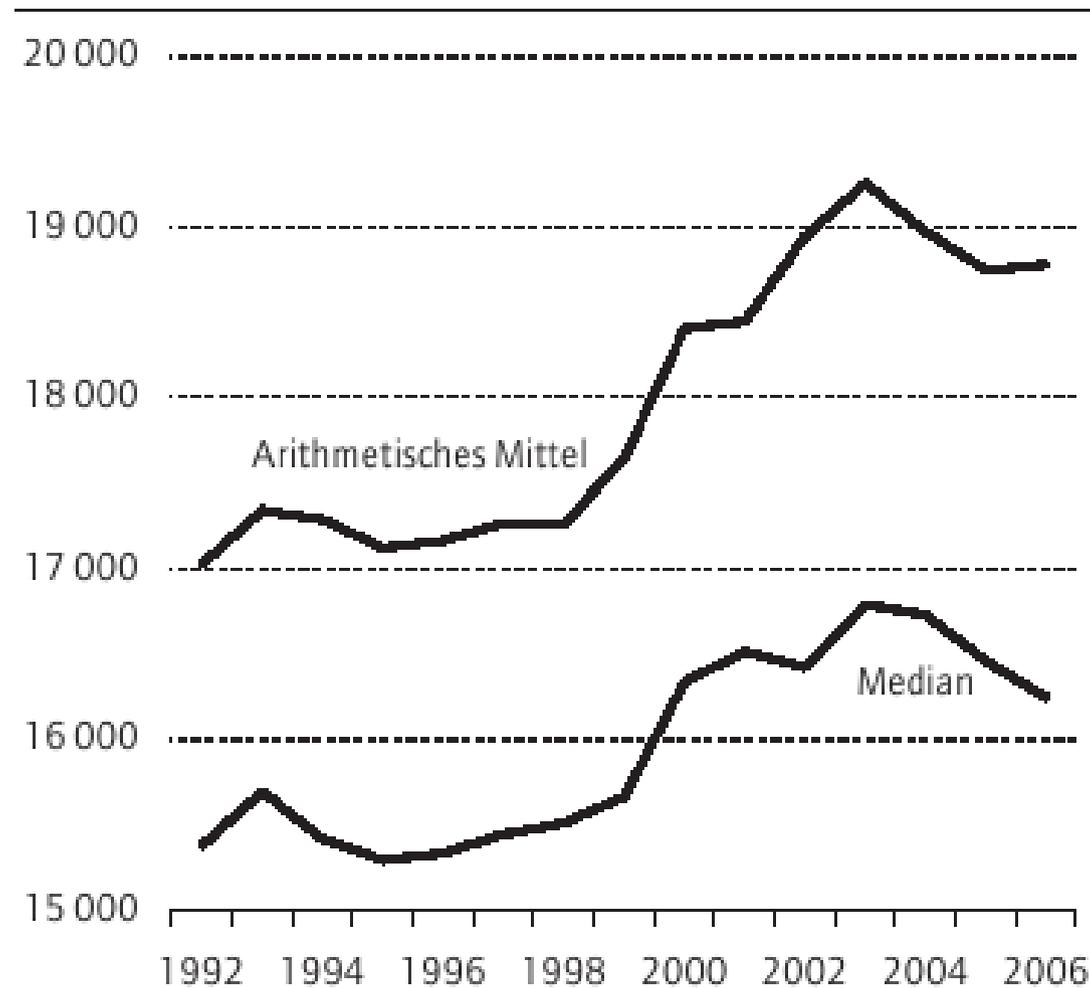


Quelle: DIW, Zahlen gerundet

AFP

Entwicklung der Realeinkommen in Deutschland 1992 bis 2006

In Euro

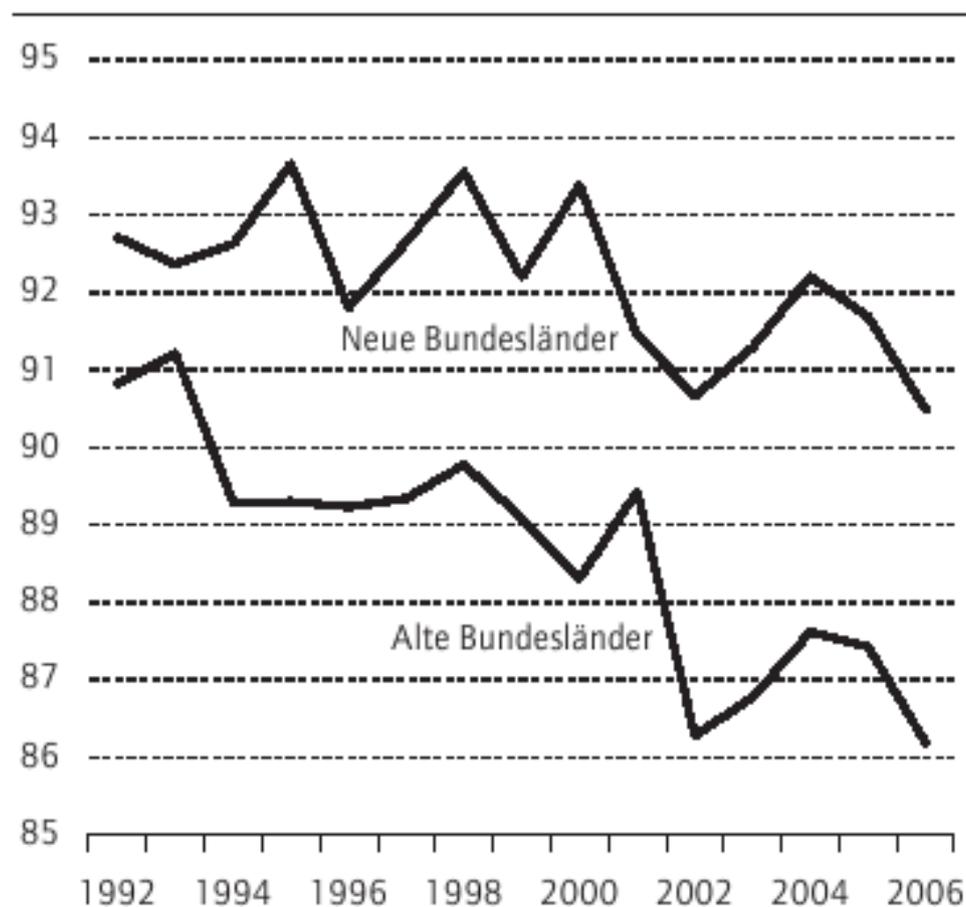


Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres in Preisen von 2000.

DIW Berlin 2008

Relation zwischen Median und arithmetischem Mittel der Haushaltsnettoeinkommen nach Region 1992 bis 2006

In Prozent

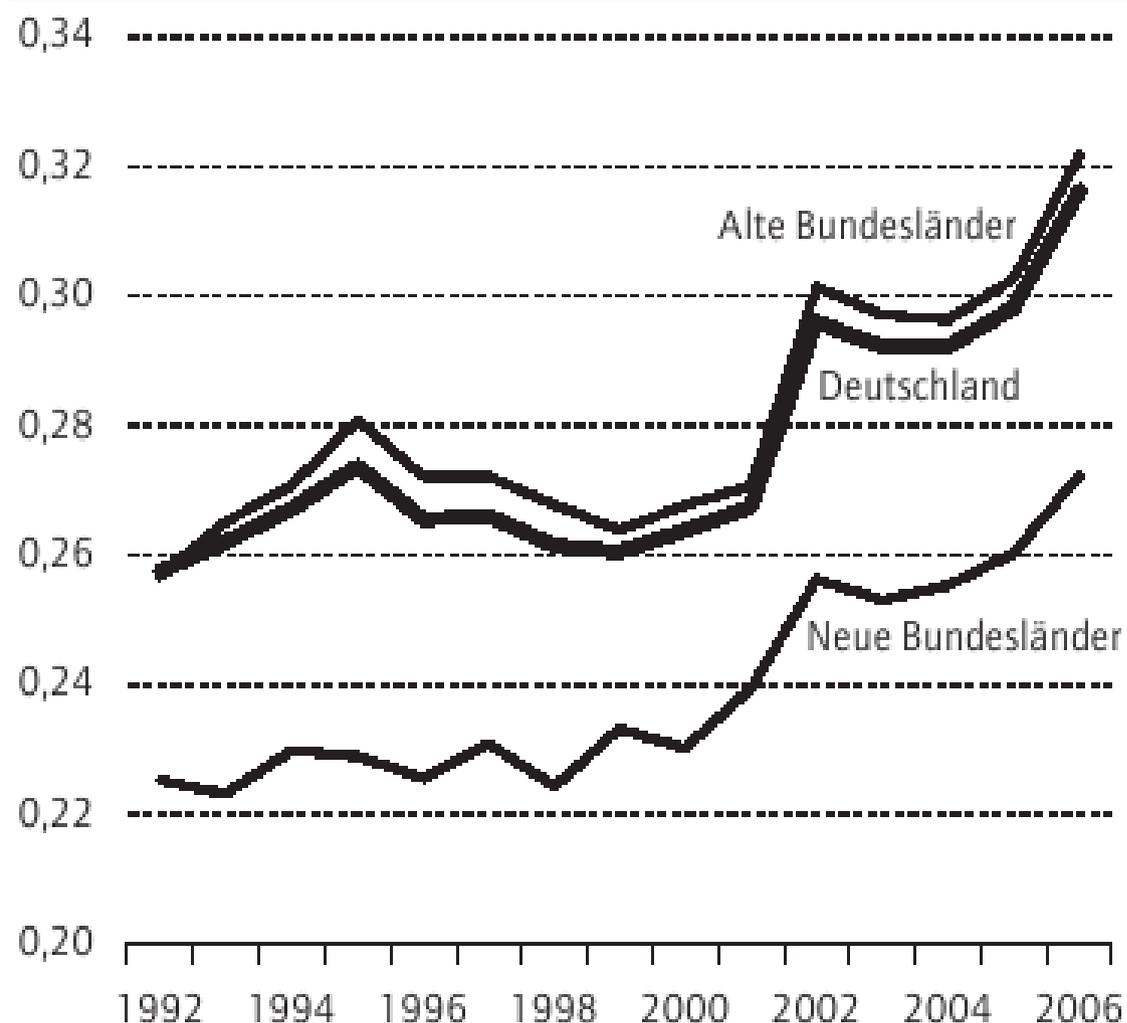


Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.

DIW Berlin 2008

Einkommensungleichheit in Deutschland 1992 bis 2006

Gini-Koeffizient



Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten,
retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete
Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.

DIW Berlin 2008

Die 10 besten Rohstoffe^{*)} (ergänzt)

01/2001 - 08/2006

Jahr	Rohstoff	Rendite in %
	Blei	+325% (seit 2004)
1.	Kupfer	+315%
2.	Nickel	+378% (seit 2004)
3.	Zink	+288% (seit 2004)
4.	Rohöl	+172%
5.	Silber	+138%
	Kaffee	+133% (seit 2004)
6.	Orangensaft	+130%
7.	Gold	+129%
	Weizen	+125% (seit 2004)
8.	Kakao	+110%
9.	Palladium	+104%
10.	Aluminium	+100%
	Mais	+100% (seit 2004)
11.	Zum Vergleich: DAX	-12,37%

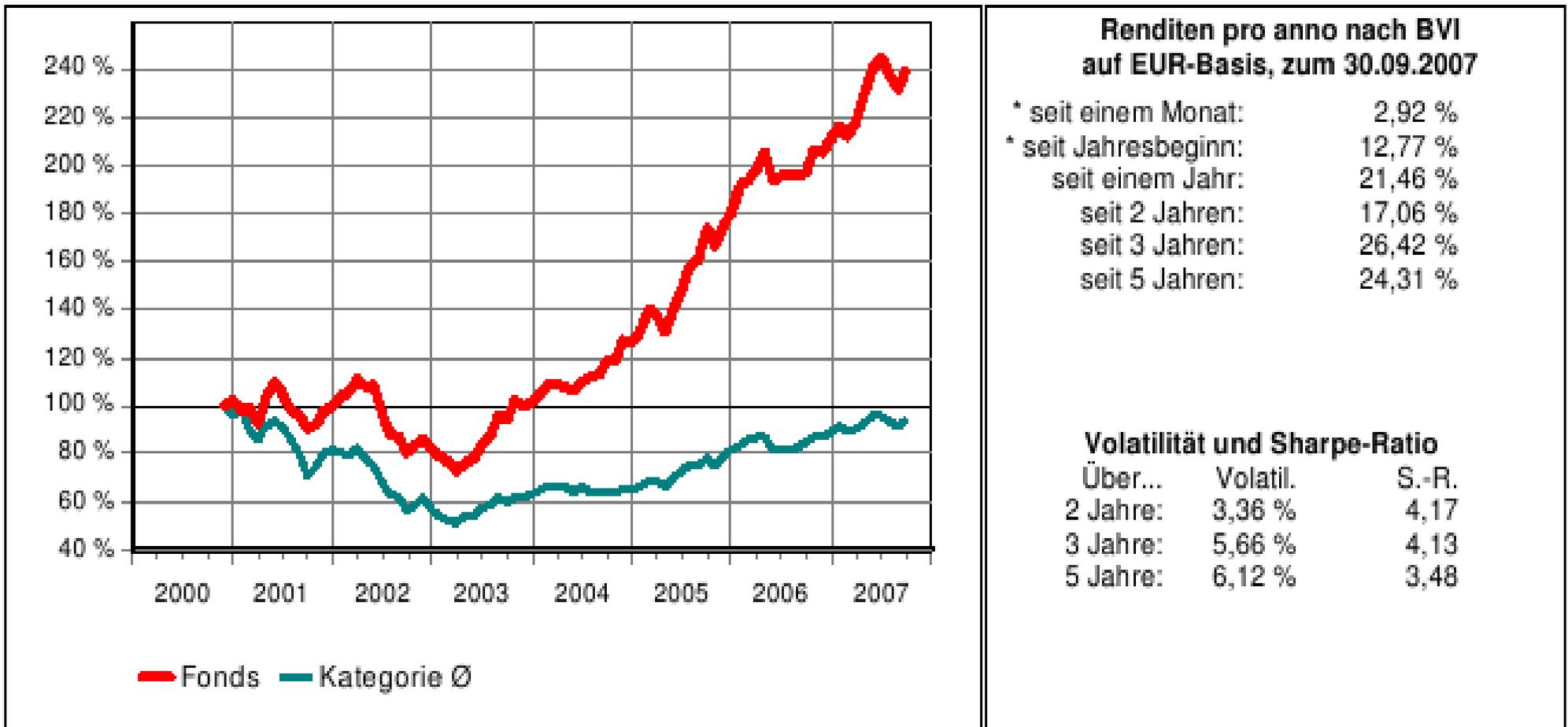
*) http://www.rohstoff-trader.de/rohstoffe_zertifikate.htm



Kategorie :	Aktienfonds International	Währung :	Euro	WKN:	797735
KAG :	M&G International	Thesaurierung :	zum 31.08.	ISIN:	GB0030932676
Depotbank :	JP Morgan Chase Bank, London	Domizil :	Großbritannien	Ausgabeaufschl.:	5,25 %
Zahlstelle:	JP Morgan Chase Bank AG (D)	Geschäftsjahr :	1. Sep. - 31. Aug.	Rücknahmegebühr:	keine
Fondsmanager:	Graham French	Auflegedatum :	17.11.2000	Mindestanlage:	1.000 €
Fondsvolumen :	3,59 Mrd. € (31.08.2007)	Gesamtgebühr:	1,89 %	Sparplan:	ab 75,00 €
Rücknahmepr. :	24,729 € (05.10.2007)			Fonds ist VL-fähig:	nein

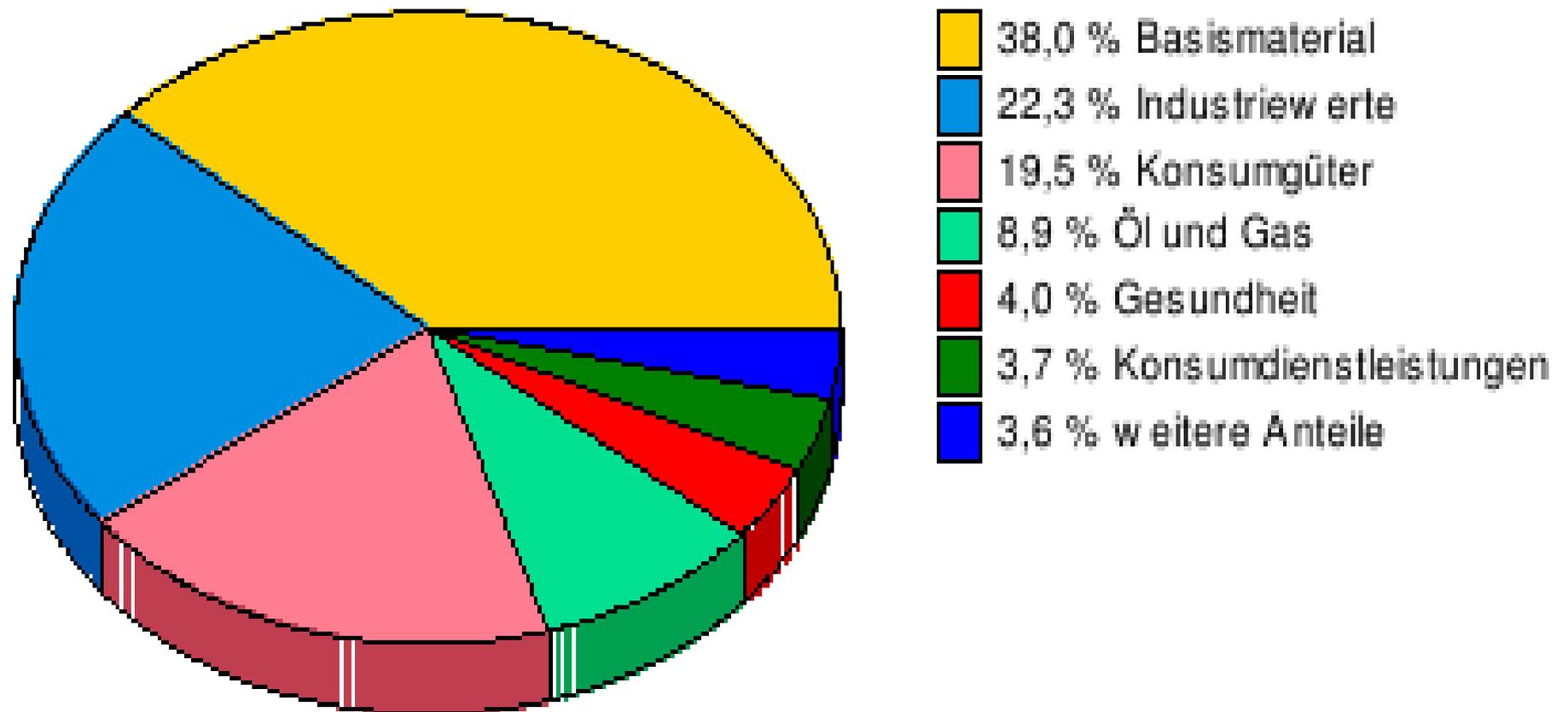
kum. Ergebnis: 239% zum 30.09.2007 (auf EUR-Basis, indiziert auf 100% am 30.11.2000)

* = Veränd. im jew. Zeitraum



Wachstum eines Aktienfonds

Struktur nach Branchen, am 31.08.2007

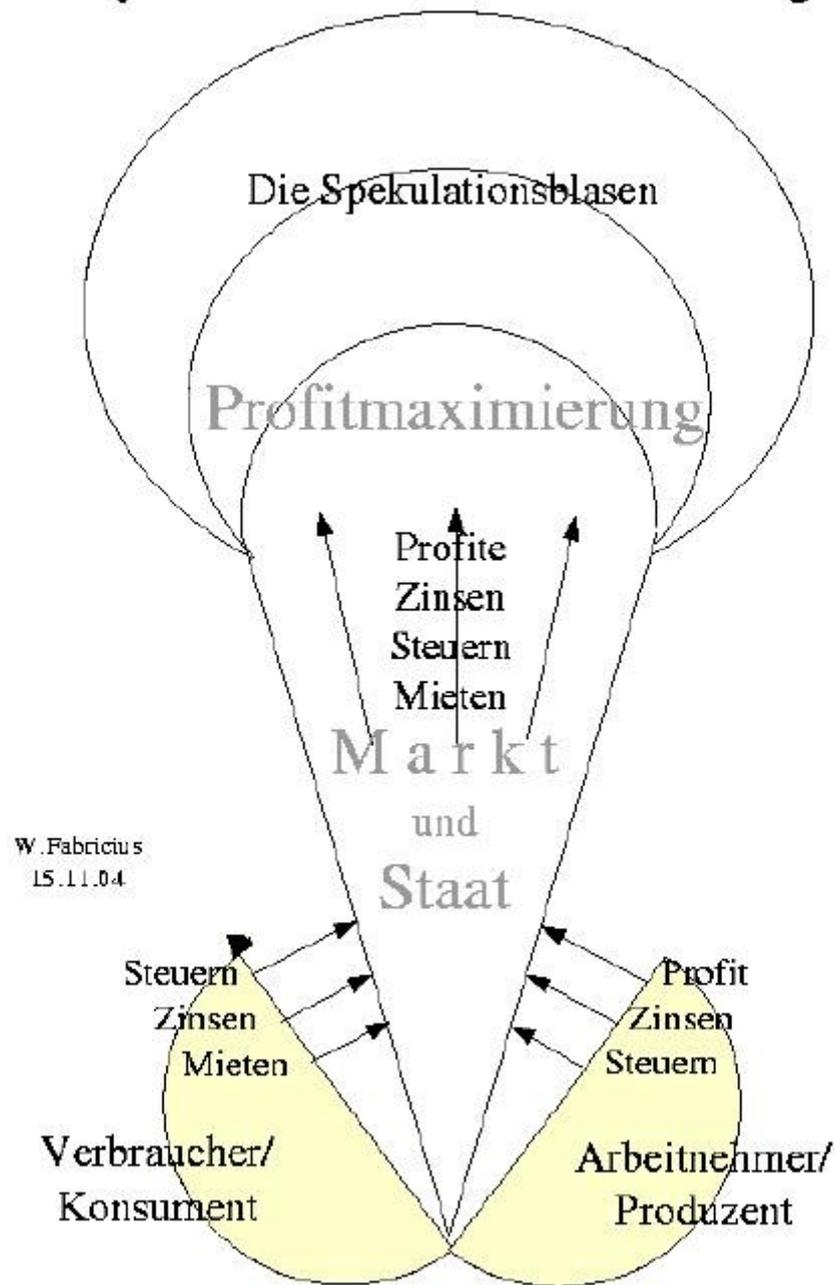


Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik, 2001:

*„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und **bis in den Intimbereich.**“*

Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen.“

Das System der Profitmaximierung



W. Fabricius
15.11.04

Die beiden Teilhälften des durch den Markt gespaltenen Individuums

Milton Friedman: *„Das Gewinnstreben ist das Wesen der Demokratie“*

Noam Chomsky: *„Das Gewinnstreben ist eine auf bestimmten Strukturen basierende, krankhafte Erscheinung unserer Gesellschaften.“*

Jean Ziegler: *„Es gibt drei Totalitarismen: den stalinistischen, den nationalsozialistischen und jetzt TINA.“*

*Noam Chomski – Daniel Mermet: Zum Besten der Beherrschten.
Le Monde diplomatique, August 2007*

MPS-Mitglied Detmar Doering

(Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam)

„Nicht die Arbeit schafft Kapital
(wie die Feinde des Liberalismus
im Gefolge von Marx behaupten),
sondern das Kapital schafft die Arbeit.

Der Kapitalismus verschafft damit
dem Menschen die realen
ökonomischen Möglichkeiten,
seine Freiheiten zu erweitern.“

Erik Nölting weist 1949 darauf hin, dass:
Adam Smith,
Urvater der Liberalen und Neoliberalen, und
sein Gegenpart,
Karl Marx,
sich zumindest
in einem Punkt einig sind:
*„Aller Ertrag ... stammt aus der Arbeit,
die alleinige Quelle aller
wirtschaftlichen Werte ist.“*

Der 3. Band des Kapitals beginnt quasi mit der

$$\text{Formel: } \mathbf{W = c + v + m}$$

W= Warenwert, c=Kapital v=Arbeitskraft und m=Mehrwert wobei c das gesamte eingesetzte Kapital inklusive der gesamten Infrastruktur bis hin zu den Verkehrswegen darstellt und andererseits wiederum rekursiv die Formel:

$$\mathbf{W = c + v + m}$$

bis zum Anfang der gesamten Wertschöpfungskette repräsentiert, c ist also jeweils ein weiteres $\mathbf{W = c + v + m}$

bis hin zu den eingesetzten Rohstoffen.

Entscheidend ist damit allein der jeweilige Anteil von

v = Arbeitskraft und m = Mehrwert, also

Arbeitsertrag versus Kapitalertrag

Wertschöpfungskette

$$W = c + v + m$$

$$\uparrow$$
$$W' = c + v + m$$

$$\uparrow$$
$$W'' = c + v + m$$

$$\uparrow$$
$$W''' = c + v + m$$

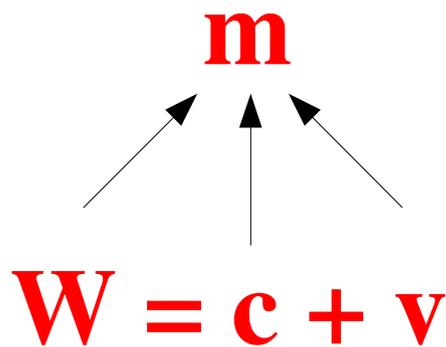
$$\uparrow$$
$$W'''' = c + v + m$$

$$\uparrow$$
$$W'''' = c + v + m$$

Auf der untersten Ebene stellt c den Rohstoff Erde, Erdöl, Metall, Kohle etc. dar. Eingesetzt wird immer wieder Arbeitskraft, von der allerdings auf jeder Ebene der Mehrwert abgezogen wird. Vom Anfang bis zum Ende der Wertschöpfungskette streitet sich also der Anleger – weil er angeblich c geliefert habe - mit dem Arbeitnehmer (v) um den Anteil (m) am Arbeitsergebnis. Der Konsument (W) jedoch muss alles finanzieren. 61

Permanente Enteignung des Arbeitnehmers und des Konsumenten

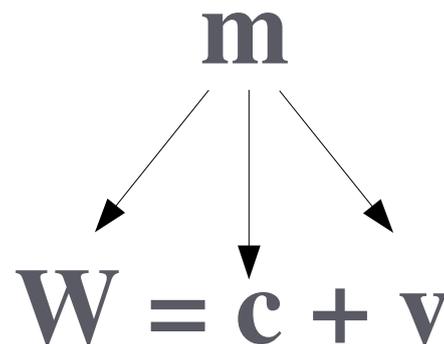
Statt ihn dem Lohn und/oder der Infrastruktur zuzuschlagen bzw. ihn von den Preisen abzuziehen wird der Mehrwert „m“ wird auf allen Produktionsebenen von den Kapitaleignern abgezweigt .



A diagram illustrating the flow of value. At the bottom, the equation $W = c + v$ is written in red. Three arrows point upwards from this equation towards the letter 'm' at the top, which is also in red. This represents the value of the product being added to the total value.

$$W = c + v$$

m

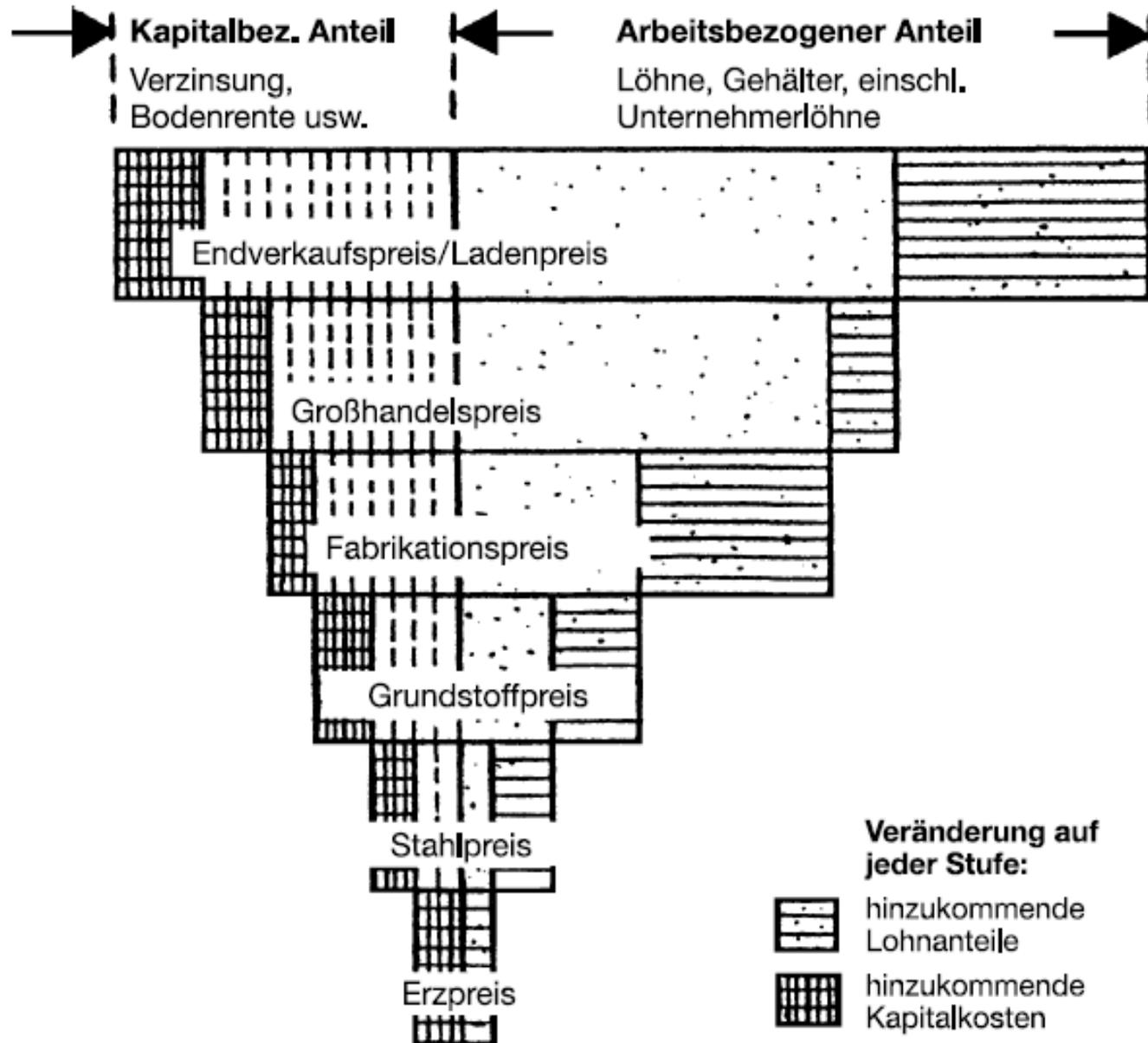


A diagram illustrating the flow of value. At the top, the letter 'm' is written in grey. Three arrows point downwards from 'm' towards the equation $W = c + v$ at the bottom, which is also in grey. This represents the value of the product being subtracted from the total value.

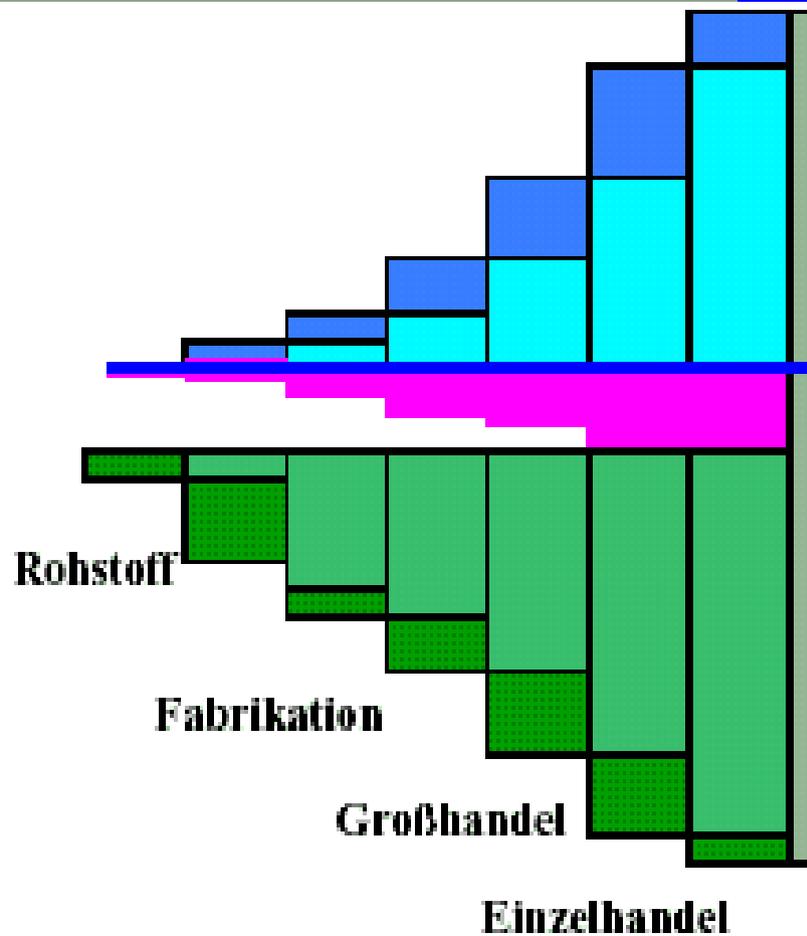
m

$$W = c + v$$

Akkumulation der kapital- und arbeitsbezogenen Kosten am Beispiel eines Stahlproduktes mit fiktiven Größen



Der Kunde ist König, aber auch Schuldner, Steuerzahler und Arbeitgeber.



40 % Kapitalertrag (Zinsen/Mieten/Pacht)

13 % Steuern (indirekt)

47 % Arbeitsertrag (mit Unternehmerlohn)

Akkumulation der Kapital- und Arbeitskosten zuzüglich Steuern im

2002

Endverbraucherpreis

„Es kann keinen Frieden auf Erden
geben, ehe wir nicht die Forderung
unserer Zeit erfüllen und den großen
ewigen Fluch unserer Rasse beenden
und **jedem Arbeiter den vollen
Verdienst seiner Arbeit** verschaffen.“

Abraham Lincoln, ehemaliger Präsident der USA

Marx und Engels im Kommunistischen Manifest (1848):

*„Ist die Ausbeutung des Arbeiters
durch den Fabrikanten*

*so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn
bar ausgezahlt erhält, so fallen*

die anderen Teile der Bourgeoisie

über ihn her, der

Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher

usw.“

*„Ich habe bisweilen den Eindruck,
dass sich die meisten Politiker immer noch
nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie
bereits heute unter der Kontrolle der
Finanzmärkte stehen und sogar von ihnen
beherrscht werden.“*

Hans Tietmeyer,

Präsident der Deutschen Bundesbank

auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 1996:

Finanzmärkte kontrollieren die Politik,

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1996

Der Spiegel führt zu unseren „Beratern“ in Heft 2/2007 aus:

„Nach den geltenden Gesetzen kann niemand einem ausgeschiedenen Abgeordneten verbieten, in der gleichen Branche anzuheuern, für die er zuvor die Paragraphen gemacht hat.“

Ein Abgeordneter sollte wohl schon zu Zeiten seines aktiven Politikerlebens an sein Leben danach denken.

„Selbst Verfassungsgerichtspräsident Papier sah sich deshalb unlängst gezwungen, von einer neuen Qualität der Einflussnahme zu warnen.

Die Lobbyisten, so Papier, entwickelten sich zu einer 'fünften Gewalt' im Staate.“

Die Namen der Hauptakteure:

- der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD),
- der ehemalige Grünen-Abgeordnete Matthias Berninger,
- der ehemalige SPD-Abgeordnete Klaus Lennartz,
- der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU),
- Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD),
- der frühere Chef der Bundesagentur für Arbeit und Ex-Landesminister von Rheinland-Pfalz, Florian Gerster (SPD),
- der ehemalige Regierungssprecher von Altkanzler Helmut Kohl Friedhelm Ost (CDU),
- Caio Koch-Weser, Finanzstaatssekretär (parteilos),
- Wilhelm Schmidt, Fraktionsgeschäftsführer (SPD),
- Werner Müller, Wirtschaftsminister (parteilos),
- Siegmur Mosdorf, Parl. Staatssekretär (SPD)

Peter Drucker

(Urvater der Managementtheorie, 1989):

Die Erzielung von Gewinn ist
nicht nur eine falsche,
sondern auch eine irrelevante
Aufgabe des Managers

"Companies make shoes not money",
Unternehmen stellen Schuhe her,
nicht Geld.

Shareholder-value-Theorie von Jensen und Meckling:

„Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten, denn jeder Dollar, den die Manager in Arbeit, Umwelt und öffentliche Belange stecken, nimmt den Aktionären das Recht, über ihr Eigentum zu entscheiden und "ihre" Gewinne etwa in andere Unternehmen anzulegen, die ihnen rentabler erscheinen.

Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre!“

Gabor Steingart

Spiegel Online 22.09.2006

„Will er [der Westen] nicht an jedem Handelstag als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurück überweisen.“

Mont Pelérian Society (MPS)

1947 in Mont Pelérian, Schweiz, von 17 amerikanischen und 22 europäischen neoliberalen Ökonomen (u.a. Eucken, Friedman, Hayek, Hunold, Mises, Popper, Röpke, Stigler) gegründet und als Verein in den USA eingetragen.

Umfasst etwa 1000 Mitglieder und 100 Think-Tanks weltweit.

1974-2002: Nobelpreise für 8 MPS-Mitglieder.

Ab 1975 unterwerfen Hayek und Friedman als Berater Pinochets Chile einer neoliberalen Radikalkur, errichten eine 'gesunde soziale Marktwirtschaft' und bezeichnen dies als 'gelobtes Land'.

1979: Experten-Austausch zwischen Thatcher und Chile.

1980: Durch Reagan Neoliberalismus auch in den USA.

Endgültige Implementierung in Europa über Giscard d'Estaing, Vorsitzender des Europäischen Konvents, der MPS-Mitglied ist.

In Deutschland verhilft dem Neoliberalismus das Schröder-Blair-Papier und die Agenda 2010 zum Durchbruch.

Hedgefonds

Geldmaschinen für die Superreichen, Banken, Versicherungen und Pensionskassen (Riester-Rente!) im Halbschatten von Bankgeheimnis, Offshoreplätzen und Treuhandfirmen. Sie betreiben Devisengeschäfte, Terminspekulationen, Rohwarengeschäfte, Aktienspekulation, Handel mit Kreditbriefen aller Art und anderen Derivaten.

Volumen der Derivate weltweit: **340 Billionen Dollar¹⁾**.

Weltbruttoinlandsprodukt: **42 Billionen Dollar¹⁾**.

Kerngeschäft: Plünderung der realen Ökonomie durch Ausweidung von Unternehmen, Sonderausschüttungen an die Kapitaleigner, Rückkauf von Aktien, erzwungene Kreditaufnahme und Ausschüttung, Filetierung und Zerschlagung.

Rentenfonds

Die Erwerbstätigen in Amerika besaßen bereits 1976 über Pensions-Fonds mehr als ein Drittel des Eigenkapitals der amerikanischen Wirtschaft.

Dieser Anteil sollte nach Drucker bis zur Jahrtausendwende über zwei Drittel betragen.

Außerdem kontrollierten 1976 die Pensions-Fonds die 50 größten Unternehmen in allen „nicht-produzierenden„ Bereichen wie im Bank- und Versicherungswesen, im Nachrichtenwesen und Transportgewerbe.

Peter F. Drucker: The Unseen Revolution, 1976

Deutsch: Die unsichtbare Revolution. Econ 1977, Knauer 1979

Der Anfang vom Ende des Neoliberalismus:

„Mehrere Billionen Dollar haben internationale Fonds eingesammelt – bei den Reichen der Welt, aber auch bei Normalbürgern, die für ihr Alter vorsorgen, oder bei Banken und Versicherungen, die wiederum das ihnen anvertraute Geld mehren wollen. Rund um den Globus suchen sie nach Anlagechancen, sie spekulieren mit Währungen und Rohstoffen, Anleihen und Aktien. Sie nehmen ganze Volkswirtschaften in die Zange – und zunehmend auch deutsche Unternehmen. ... Aber wie soll ein nationaler Staat internationale Finanzströme regulieren?“

Henner Lüttich in manager magazin vom 23.04.2004:

Gewichtung der Standortfaktoren

von 1207 Regionen in den alten und neuen EU-Ländern

1. Gesamtarbeitskostenbelastung: Gewicht 25%, davon wiederum:

1.1. Arbeitnehmerentgelte in der Industrie: Gewicht 40%

1.2. Produktivität in der Industrie: Gewicht 40%

1.3. Arbeitszeit in der Industrie: Gewicht 20%

2. Unternehmenssteuern: Gewicht 20%

3. Verkehr: Gewicht 15%, davon wiederum:

3.1. Autobahnnähe: Gewicht 33,3%

3.2. Flughafennähe: Gewicht 33,3%

3.3. Bahnanschluss: Gewicht 33,3%

4. Diverse Kostenbereiche: Gewicht 15%, davon wiederum:

4.1. Gaspreise: Gewicht 50%

4.2. Strompreise: Gewicht 50%

5. Arbeitskräfte: Gewicht 12,5%, davon wiederum:

5.1. Beschäftigte in der Industrie: Gewicht 56%

5.2. Arbeitslosenquote: Gewicht 44%

6. Regionale Attraktivität: Gewicht 12,5%, davon wiederum:

6.1. Kriminalität: Gewicht 50%

6.2. Korruption: Gewicht 50%

Klassische Industrie: Die 20 besten Regionen Europas

Rang	Land	Region	Arbeitnehmerentgelte ¹	Produktivität ²	Arbeitsstunden ³	Unternehmenssteuern ⁴
1	Estland	Põhja-Eesti	392	15626	1768	0
2	Estland	Kesk-Eesti	392	15626	1768	0
3	Estland	Lääne-Eesti	392	15626	1768	0
4	Estland	Lõuna-Eesti	392	15626	1768	0
5	Estland	Kirde-Eesti	392	15626	1768	0
6	Irland	Dublin	2901	87963	1916	12,5
7	Irland	Mid-East	2901	87963	1916	12,5
8	Irland	South-East	2901	87963	1916	12,5
9	Irland	Mid-West	2901	87963	1916	12,5
10	Irland	South-West	2901	87963	1916	12,5
11	Polen	Jeleniogorsko-walbrzyski	741	27943	1850	19
12	Polen	Centralny Slaski	809	25097	1850	19
13	Irland	Border	2231	47980	1916	12,5
14	Irland	West	2231	47980	1916	12,5
15	Polen	Poludniowoslaski	809	25097	1850	19
16	Irland	Midland	2231	47980	1916	12,5
17	Tschechien	Moravskoslezsky	566	28238	1785	24
18	Tschechien	Ustecky	544	27303	1785	24
19	Ungarn	Gyor-Moson-Sopron	533	30411	1755	18
20	Litauen	Vilniaus (Apskritis)	405	18322	1744	15
669	Westdeutschl.	Esslingen	3365	54137	1601	38,7
670	Westdeutschl.	Stuttgart	3365	54137	1601	38,7
833	Ostdeutschl.	Leipzig	2168	31371	1601	38,7
856	Ostdeutschl.	Berlin-Ost	3197	44626	1601	38,7

Durchschnittswerte jeweils für Beschäftigte in der Industrie: 1 in Euro pro Monat; 2 Bruttowertschöpfung in Euro pro Jahr; 3 pro Jahr. 4 in Prozent.

Die angegebenen Kriterien sind nur eine Auswahl des gesamten Katalogs. Weitere Informationen zu Standortstudie und Methode finden Sie [hier](#).

Quelle: Contor GmbH.

Hochtechnologie: Die 20 besten Regionen Europas

Rang	Land	Region	Arbeitnehmerentgelte ¹	Produktivität ²	Arbeitsstunden ³	Unternehmenssteuern ⁴	Beschäftigtenanteil ⁵
1	Irland	Mid-East	2707	112913	1880	12,5	0,0788
2	Irland	Dublin	2707	112913	1880	12,5	0,0788
3	Irland	South-East	2707	112913	1880	12,5	0,0788
4	Irland	Mid-West	2707	112913	1880	12,5	0,0788
5	Irland	South-West	2707	112913	1880	12,5	0,0788
6	Irland	Border	2179	57253	1880	12,5	0,0806
7	Irland	West	2179	57253	1880	12,5	0,0806
8	Irland	Midland	2179	57253	1880	12,5	0,0806
9	Estland	Põhja-Eesti	369	14552	1773	0	0,0941
10	Estland	Kesk-Eesti	369	14552	1773	0	0,0941
11	Österreich	Rheintal-Bodenseegebiet	2748	54559	1750	25	0,1299
12	Österreich	Linz-Wels	2857	62155	1750	25	0,1180
13	Österreich	Steyr-Kirchdorf	2857	62155	1750	25	0,1180
14	Großbritannien	Hallon and Warrington	3329	81295	1872	30	0,0898
15	Ungarn	Fejer	622	28885	1751	18	0,1281
16	Estland	Kirde-Eesti	369	14552	1773	0	0,0941
17	Ungarn	Veszprem	622	28885	1751	18	0,1281
18	Österreich	Salzburg und Umgebung	2725	60833	1750	25	0,0789
19	Österreich	Graz	2758	58599	1750	25	0,0928
20	Großbritannien	West Cumbria	3329	122431	1872	30	0,0523
443	Westdt.	Bremen	3726	62350	1586	38,7	0,1063
471	Westdt.	Ostalbkreis	3469	52364	1586	38,7	k.A.
491	Westdt.	Esslingen	3469	52364	1586	38,7	k.A.
594	Ostdt.	Merseburg-Querfurt	2294	37155	1586	38,7	k.A.
610	Ostdt.	Magdeburg	2294	37155	1586	38,7	k.A.
660	Ostdt.	Stendal	2294	37155	1586	38,7	k.A.

Durchschnittswerte jeweils für Beschäftigte im Bereich Hochtechnologie:

1 in Euro pro Monat; 2 Bruttowertschöpfung in Euro pro Jahr; 3 pro Jahr.

4 in Prozent. 5 Bevölkerungsanteil der Beschäftigten im Hightech-Bereich.

Die angegebenen Kriterien sind nur eine Auswahl des gesamten Katalogs. Weitere Informationen zu

Standortstudie und Methode finden Sie [hier](#).

Quelle: Contor GmbH.

Dienstleistung: Die 20 besten Regionen Europas

Rang	Land	Region	Arbeitnehmerentgelte ¹	Arbeitsstunden ²	Unternehmenssteuern ⁴	Arbeitslosen-zahl ⁵	Beschäftigten-anteil ³
1	Estland	Põhja-Eesti	489	1836	0	30700	0,2492
2	Estland	Lõuna-Eesti	489	1836	0	20700	0,2492
3	Estland	Lääne-Eesti	489	1836	0	9400	0,2492
4	Estland	Kesk-Eesti	489	1836	0	8000	0,2492
5	Estland	Kirde-Eesti	489	1836	0	23200	0,2492
6	Lettland	Kuzeme	352	1879	15	66300	0,2638
7	Lettland	Riga	352	1879	15	31900	0,2638
8	Slowakei	Bratislavskykraj	582	1792	19	24600	0,4327
9	Polen	Szczecinski	568	1893	19	81000	0,1928
10	Slowenien	Podravska	1042	1727	25	15900	k. A.
11	Slowenien	Goriska	1042	1727	25	1900	k. A.
12	Polen	Centralny Śląski	595	1893	19	139100	0,1828
13	Lettland	Zemgale	352	1879	15	20200	0,2638
14	Polen	Południowoslaski	595	1893	19	91000	0,1828
15	Polen	Jeleniogorsko-walbrzyski	606	1893	19	167100	0,1881
16	Polen	Radomski	881	1893	19	87000	0,2511
17	Slowenien	Pomurska	1042	1727	25	6000	k. A.
18	Polen	Ciechanow-skoplocki	881	1893	19	69000	0,2511
19	Polen	Lodzki	589	1893	19	87000	0,1690
20	Slowenien	Osrednjeslovenska	1042	1727	25	12400	k. A.
348	Westdt.	Berlin-West	2518	1660	38,7	129900	0,3748
360	Westdt.	Hamburg	2705	1660	38,7	56700	0,5008
456	Westdt.	Bremen	2535	1660	38,7	24300	0,4425
478	Ostdt.	Berlin-Ost	2518	1660	38,7	87800	0,3748
483	Ostdt.	Leipzig	2088	1660	38,7	35000	0,3218
540	Ostdt.	Delitzsch	2088	1660	38,7	10000	0,3218

Durchschnittswerte jeweils für Beschäftigte im Bereich Dienstleistung:
 1 in Euro pro Monat; 2 pro Jahr; 3 Bevölkerungsanteil der Beschäftigten.
 4 in Prozent. 5 absolute Zahl der Arbeitslosen aus der amtlichen Statistik.

Die angegebenen Kriterien sind nur eine Auswahl des gesamten Katalogs. Weitere Informationen zu Standortstudie und Methode finden Sie [hier](#).

Quelle: Contor GmbH.

Ausbeutungsinstrumentarien

- Arbeitsentgelt
- Steuern
- Sozialversicherung
- Zinsen
- Miete

Arbeitsentgelt

Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen entsprechen deutlich erkennbar dem Status und der Ausbildung des Lohn- oder Gehaltsempfängers.

Die unteren 30% der Lohn- und Gehaltsgruppen sind nicht in der Lage, Rücklagen bzw. Eigentum zu bilden. Selbst bei den mittleren 40% wird dies zunehmend schwieriger. Die „Sparquote“ betrifft nahezu vollständig nur die obersten 30% der Haushalte, die mehr oder weniger leistungslosen Kassen ohne Bedarf.

Die sogenannten Lohnnebenkosten

21% Arbeitgeberbeitrag
= 50% des SV-Beitrags

21% Arbeitnehmerbeitrag
= 50% des SV-Beitrags

Steuern +
Solidaritätszuschlag

Arbeitnehmerentgelt

Bruttolohn/-gehalt

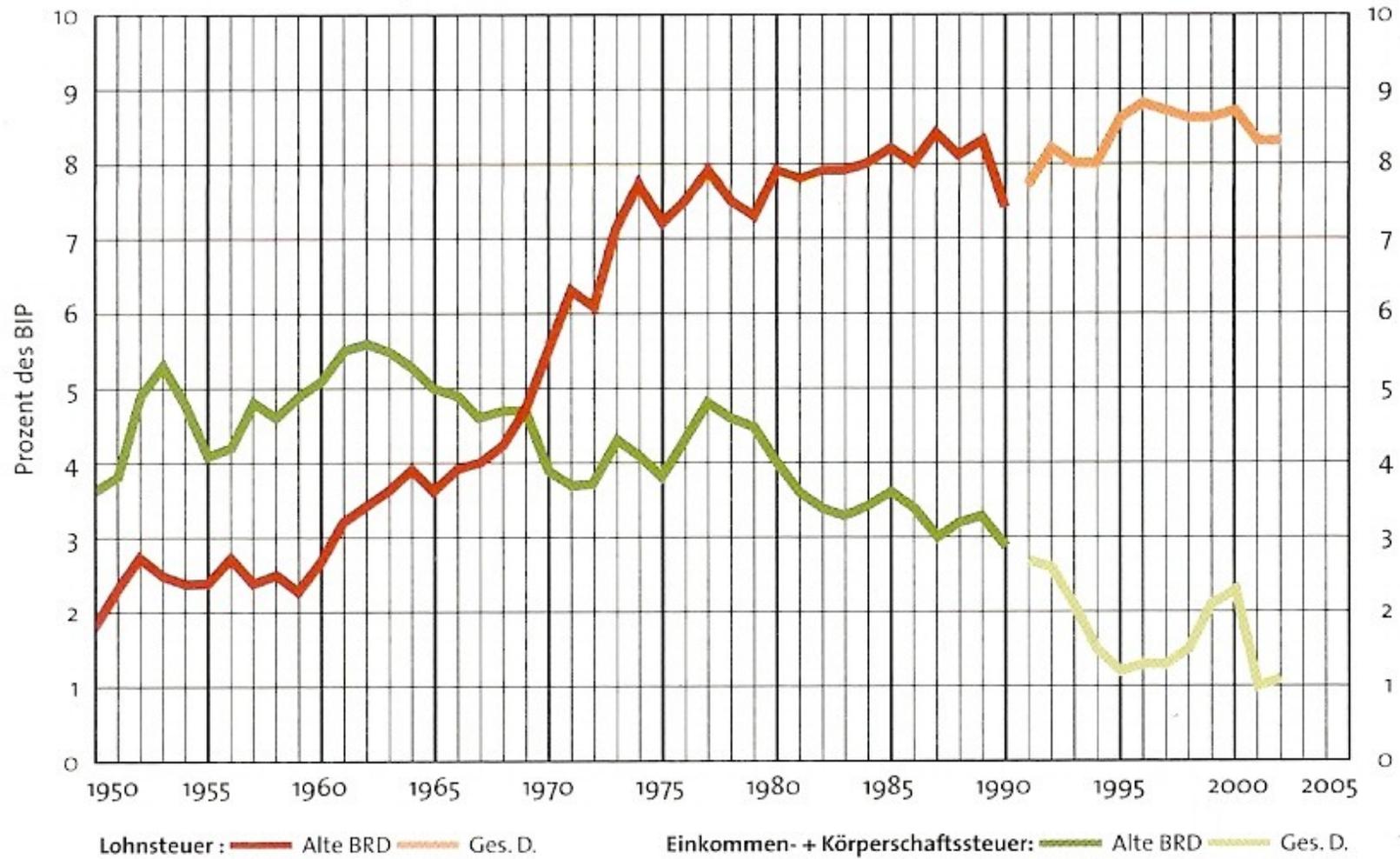
Auszahlungsbetrag - Nettolohn/-gehalt

Arbeitnehmerentgelt nach Europarecht:
Artikel III-108 (2) des Entwurfs des Vertrags über eine Verfassung für Europa: *Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.*

Steuern

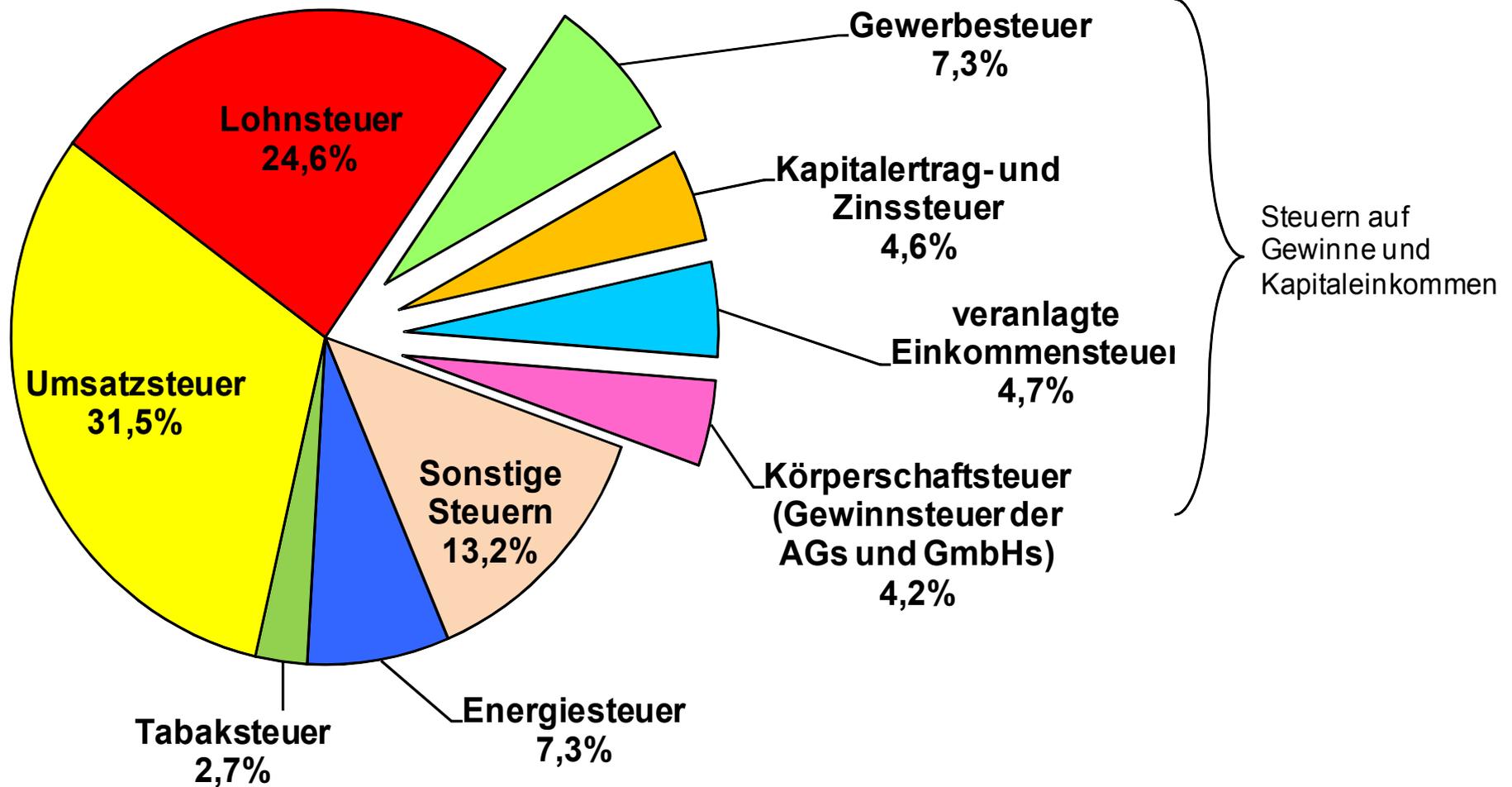
Die Lohnsteuerbelastung stieg von 1960 bis 2003 von 6,3% auf 18,8%, die Belastung auf Gewinn- und Vermögenseinkommen sank dagegen von 20% auf 5,7%. **Somit entwickelte sich die Steuerlastverteilung in Deutschland bezüglich der Lohnsteuerpflichtigen von 11,8% 1960 auf 32,8% 2002, während sie bei den Einkommensteuerpflichtigen im gleichen Zeitraum von 31,1% 1960 auf 1,7% 2002 fiel.** Zusätzlich verschärft sich diese Situation durch die indirekten Steuern (Mehrwert-, Umsatz-, Mineralöl-, Tabak-, Branntwein-, Kaffee-, Stromsteuer). Mit der Lohnsteuer zusammen hatten die **abhängig Erwerbstätigen 1960 nur 37,5%, aber im Jahr 2002 bereits 79,2% der Staatsfinanzen zu tragen**, während die Beteiligung der **Gewinn- und Vermögenseinkommen** an den Staatsfinanzen in diesem Zeitraum von **34,7% auf 12,2%** sank [Schäfer 2004].

Grafik D Steuerquoten



Wer finanziert den Staat?

Anteil der Steuerarten am Gesamtsteueraufkommen 2007



Quelle: Steuerschätzung November 2007

Sozialversicherungen:

Der Sozialstaat wurde falsch konstruiert. Die Sozialversicherungen wurden – entgegen den Vorstellungen von Wilfried Schreiber, dem Urheber des Umlageverfahrens, das eigentlich den deutschen Sozialstaat prägen sollte und alle Erwerbstätigen, also auch Freiberufler und Selbstständige aller Art einbeziehen sollte - mit Versicherungspflichtgrenzen und Beitragsbemessungsgrenzen versehen, die Einkommensschwache eindeutig benachteiligen. Zudem sollten nach Schreiber auch Kinder zwingend Teil des Drei-Generationen-Vertrags sein, das heißt, neben der Rentenkasse war auch eine Kinderkasse vorgesehen, doch Adenauer strich als 80-jähriger die Kinderkasse mit der flapsigen Bemerkung: „Kinder kriegen die Leute immer“ (Spiegel 12/2004).

Jetzt gibt es sogar Zuzahlungen, die die Einkommensschwachen zusätzlich stärker treffen. Kopfpauschalen verschärfen diese Situation noch weiter [Borchert 2005].

Die Spitzenbelastung der Beiträge zu den Sozialversicherungen beträgt 42% des Bruttolohns bzw. etwa 35,4% des Arbeitnehmerentgelts. Insgesamt wurde die **Beitragsbelastung der Bruttolöhne** im Mittel **von 9,4% 1960 auf 16,3% 2003** angehoben, während die **Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen** nur **von 3,0% 1960 auf 3,3% 2003** stieg [Schäfer 2004].

Mackenroth-These

"Nun gilt der einfache und klare Satz, dass aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muss. Es gibt keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Fonds, keine Übertragung von Einkommensteilen von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen Sinne – es gibt gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand."

Gerhard Mackenroth: Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, 19.4.1952

Zinsen

Die deutschen Unternehmen sind im Mittel 3 mal höher – über 4 Billionen Euro – verschuldet als der Staat. Die Zinsen für diese Schulden können, wenn sie nicht durch Rationalisierung aufgefangen werden, letztendlich nur in den Verbraucherpreisen landen. Im Mittel über alle Produkte und Dienstleistungen werden deshalb in Deutschland, bezogen auf das insgesamt ausgegebene Geld, mit steigender Tendenz bereits 40% Zinsen bezahlt.

Miete

In Deutschland werden für Wohnen pro Jahr mit steigender Tendenz (2006: 315 Mrd. Euro) ausgegeben. Kaum jemand macht sich bewusst, dass sich diese Ausgaben zu 70-80% aus Zinsen zusammensetzen, denn nur 20-30% sind Betriebs-, Instandhaltungs- und Renovierungskosten.

Diese Zinsen fließen zu einem erheblichen Teil ungehindert in die global operierenden Fonds bzw. die Finanzmärkte.

Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken

Gegenstand der Nachweisung	2003	2004	2005
----------------------------	------	------	------

in jeweiligen Preisen, Mrd. EUR

Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	186,90	189,97	194,67
Bekleidung und Schuhe	66,39	66,66	65,54
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	289,23	295,89	305,48
Einrichtungsgegenstände, Geräte für den Haushalt	87,47	88,85	88,60
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	200,00	206,94	209,06
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,48	117,07	117,05
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	65,09	65,13	65,41
Übrige Verwendungszwecke	207,10	213,57	216,08
Konsumausgaben der priv. Haushalte im Inland	1217,66	1244,08	1261,89

© Statistisches Bundesamt Deutschland 2005

Aktualisiert am 22. Februar 2006

	Konsumausgaben privater Haushalte insgesamt Mrd. EUR	darunter für:			nachrichtlich: private Konsumausgaben ²⁾ je Einwohner EUR
		Nahrungsmittel , Getränke und Tabakwaren Mrd. EUR	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe Mrd. EUR	Verkehr und Nachrichtenübermittlun g Mrd. EUR	
2005	1 261,89	194,67	305,48	209,06	16 100
2004	1 244,08	189,97	295,89	206,94	15 900
2003	1 217,66	186,90	289,23	200,00	15 600
2002	1 201,14	183,96	281,67	198,97	15 400
2001	1 194,03	179,04	279,25	195,94	15 300
2000	1 149,69	172,38	266,46	186,35	14 800

1975	292,97	66,66	56,73	38,62	4 900
1974	267,12	62,40	51,25	32,71	4 500
1973	248,67	59,69	46,16	31,90	4 100
1972	227,86	55,53	40,19	30,18	3 800
1971	206,56	51,10	36,49	27,39	3 500
1970	186,43	47,46	33,36	24,07	3 100

Mythos von der Chancengleichheit

Die Politische Klasse ist dabei,
sich in Gedanken, Worten und Taten
vom gemeinen Volk zu entfernen.

*Michael Hartmann: Eliten und Macht in Europa –
Ein internationaler Vergleich.
Campus-Verlag, Frankfurt am Main, 2007*

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist ausgehebelt:

- Art. 20 Abs.1: *Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **demokratischer und sozialer Bundesstaat**.*
- Art. 20 Abs. 4: ***Gegen jeden**, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das **Recht zum Widerstand**, wenn andere **Abhilfe** nicht möglich ist.*

Wie könnte Abhilfe aussehen, wie Widerstand?

Gegenstrategien der Besitzenden:

- Krieg
- Wiedervereinigung und Osterweiterung
- Steigerung der Produktivität
und des Wirtschaftswachstums
- Vollbeschäftigung
- Verlängerung der Arbeitszeit
- Senkung der „Lohnnebenkosten“
und Lohnstückkosten
- Erhöhung der Mehrwertsteuer etc.

Krieg

In der **Kundenzeitschrift „Sparkasse“** des deutschen Sparkassenverbandes erschien im **Dezember 1988** der Nachdruck eines Artikels, der bereits **1891**, in der gleichen Zeitschrift erschienen war. Dort hieß es:

„Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.“ ... „Es müssten die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Kapitalien erschlossen werden.“

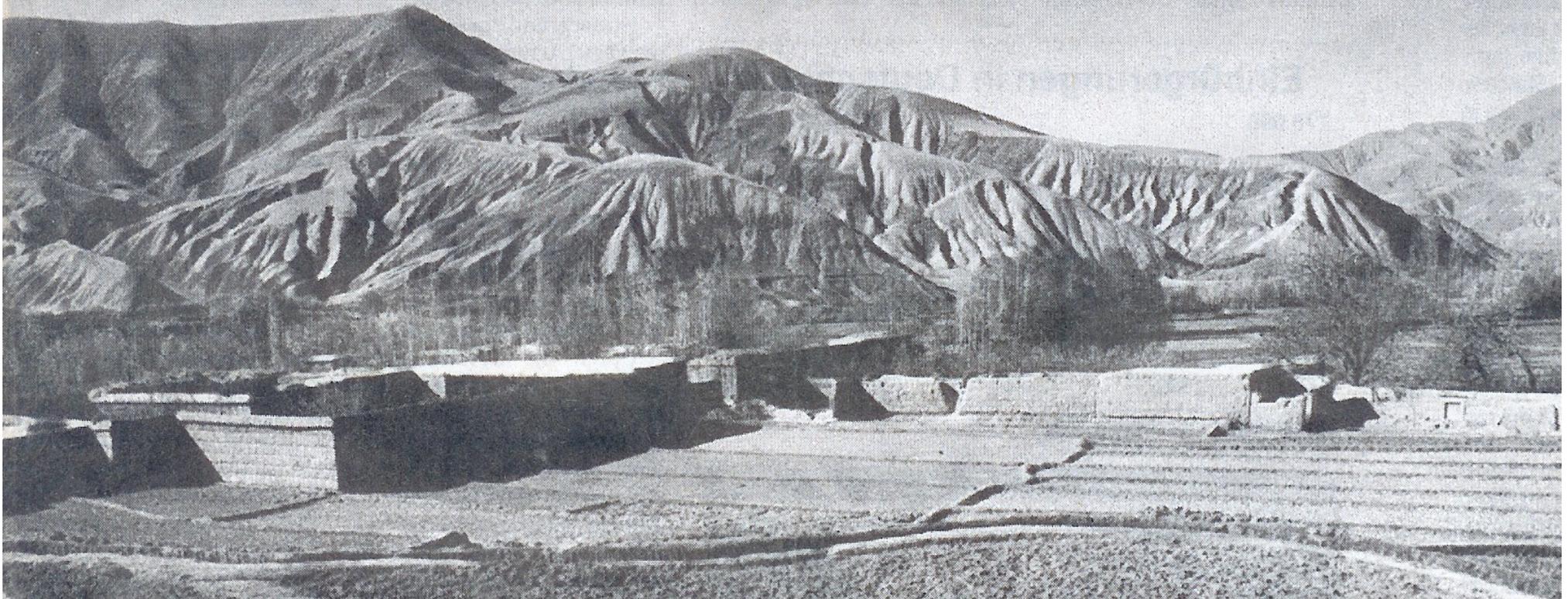
Doch da auch das zu einer Umkehr des Zinstrends nicht ausreichen würde, schließt der Artikel mit den folgenschweren Sätzen:

*„So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. **Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten** durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.“*

Wie wir wissen, hat sich ein solcher Krieg im letzten Jahrhundert zweimal realisieren, ja sogar weltweit ausdehnen lassen!

Deutschlands bedrohtes Gebirge: der Hindukusch

**Verfassungsgericht erklärt Tornado-Einsatz in Afghanistan für rechtes.
Begründung: Die Nato-Grenzen reichen im Zweifel bis zu den Taliban**



„Rüstung bedeutet ökonomisch den Abzug zinsdrückenden Kapitals vom Markt. Und da die Rüstungsindustrie nicht für den Markt produziert, bedeutet Rüstung die Trockenlegung zinsbedrohender Kapitalüberschüsse auf Kosten der Steuerzahler.“

Hans Fabricius, »Telos«, Dezember 1966

Ohne den Irak-Krieg wäre der
Ölpreis auf über 140 Dollar
gestiegen

Alan Greenspan, Spiegel 39/2007

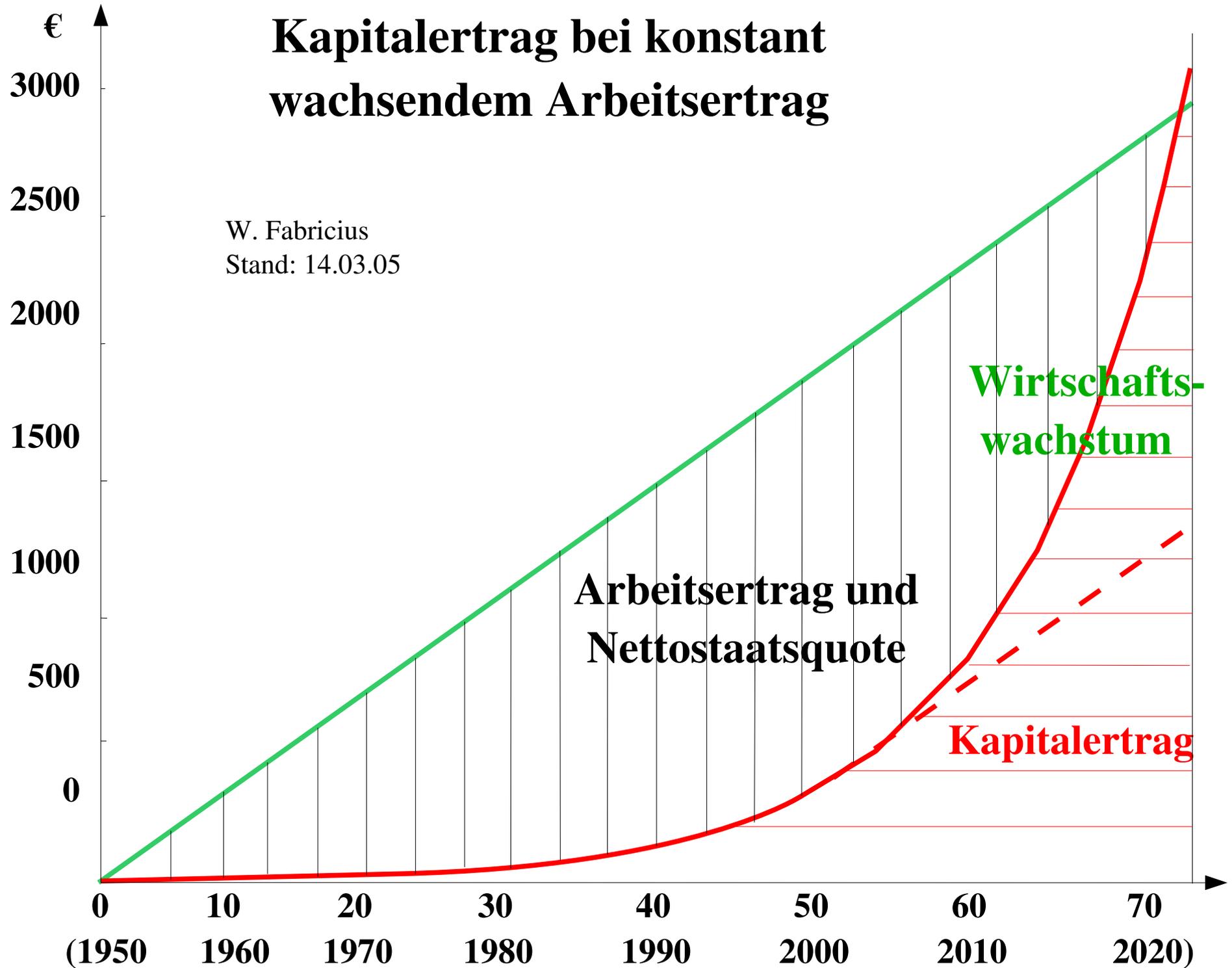
Ahlener Programm der CDU (1947):

*"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine **Neuordnung von Grund auf** erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann **nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes** sein.*

*Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem **Recht und der Würde des Menschen** entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den **inneren und äußeren Frieden** sichert."*

Kapitalertrag bei konstant wachsendem Arbeitsertrag

W. Fabricius
Stand: 14.03.05



Netto-Kapitalrendite

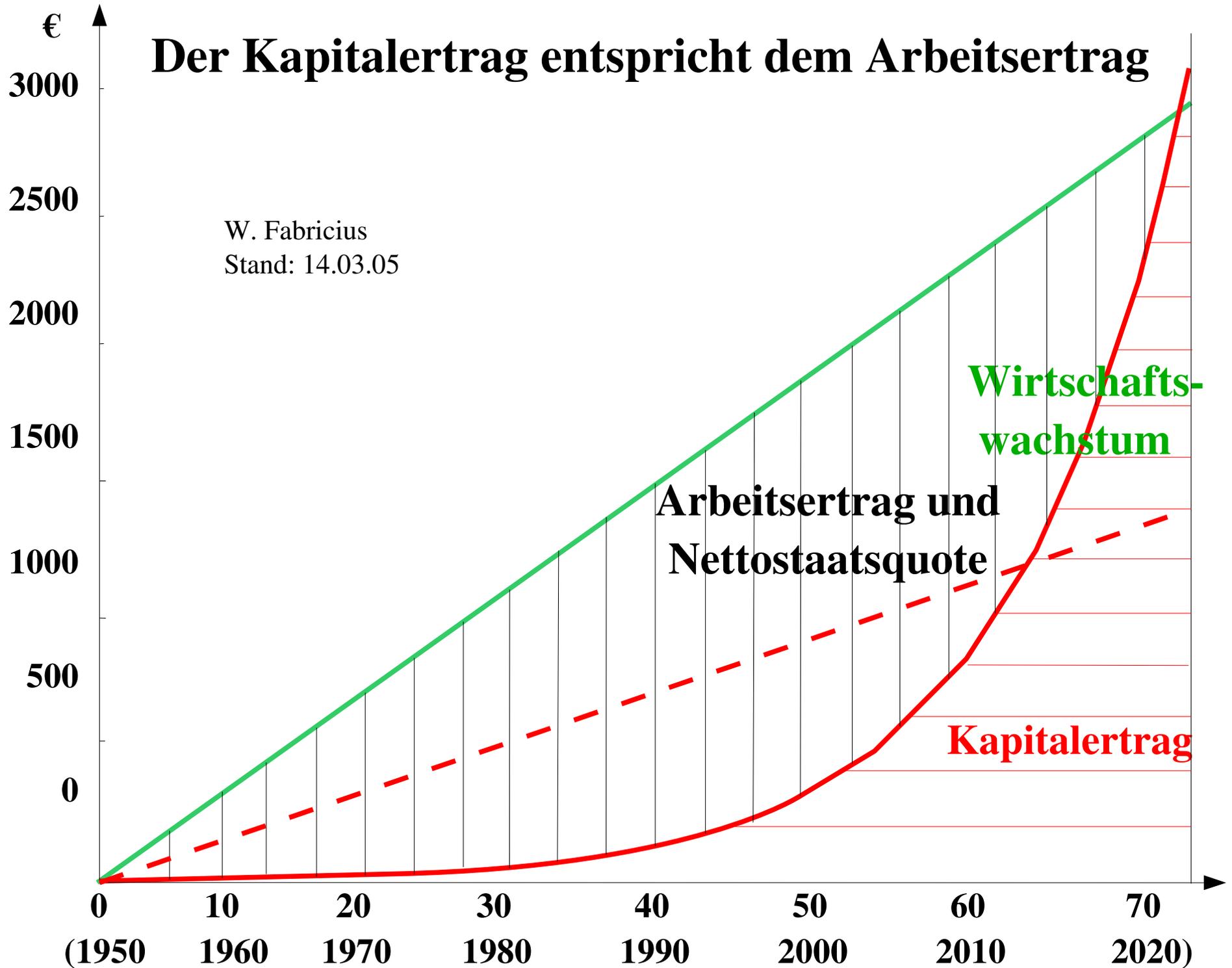
*(bis 1991 Westdeutschland, ab 1991
Deutschland)*



Jahr	Nettokapitalrendite in %	
	Westdeutschland	Deutschland
1971	12,6	
1972	11,7	
1973	10,8	
1974	9,2	
1975	8,6	
1976	10,0	
1977	9,2	
1978	9,6	
1979	9,5	
1980	7,5	
1981	6,2	
1982	6,1	
1983	8,0	
1984	8,5	
1985	8,5	
1986	9,7	
1987	9,9	
1988	10,3	
1989	10,4	
1990	11,3	
1991	10,8	11,4
1992		10,2
1993		9,2
1994		10,1
1995		10,8
1996		10,4
1997		11,0
1998		11,4
1999		10,6

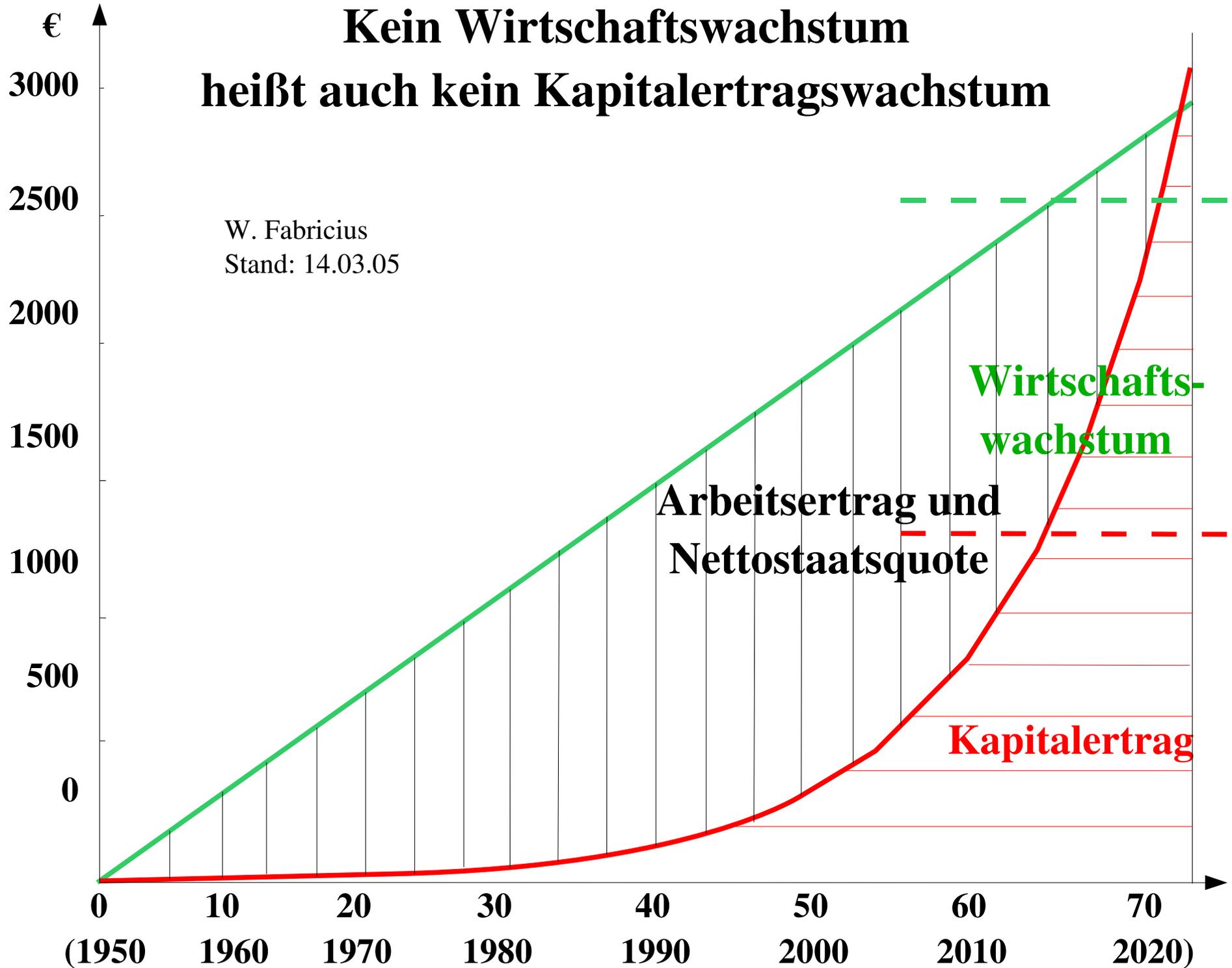
Der Kapitalertrag entspricht dem Arbeitsertrag

W. Fabricius
Stand: 14.03.05



Kein Wirtschaftswachstum heißt auch kein Kapitalertragswachstum

W. Fabricius
Stand: 14.03.05



Informationsgesellschaft nach W. Coy et al., 2000:

Jahr Anteil der Abiturienten des laufenden Jahrgangs:

1870	1%
1960	8,8%
1990	33,8%

Jahr Anteil der Studenten des laufenden Jahrgangs:

1870	0,5%
1900	2%
1930	3%
1960	4,2%
1990	23,2%

1900: Allgemeine Schulpflicht vom 7. - 14. Lebensjahr

1908: Zulassung von Frauen zum Studium

1990: Die Anzahl der Studenten übersteigt erstmals die Anzahl der Lehrlinge



[Web](#) [Bilder](#) [Groups](#) [Verzeichnis](#) [News](#)

Profitminimierung

Suche

[Erweiterte Suche](#)
[Einstellungen](#)

Suche: Das Web Seiten auf Deutsch Seiten aus Deutschland

Web

Ergebnisse 1 -3 von ungefähr 4 Seiten auf Deutsch für Profitminimierung . (0,12 Se

Meinten Sie: [Profitmaximierung](#)

[EndedteinflussIV](#)

... Verhältnis zwischen europäischem Unternehmer und melanesischem Arbeiter nehmen, insbesondere wenn eine Änderung in einer Profitminimierung resultieren konnte ...

www.uni-bayreuth.de/departments/neueste/EndedteinflussIV.htm - 41k [im Cache](#) - [Ähnliche Seiten](#)

[GESPRÄCH im November 1996 zwischen Bohne und Nico](#)

... Mansito zum Umgang mit BSE: "Man muß dazu eine kaltblütige Haltung einnehmen, um keine ungünstigen Marktreaktionen (sprich: Profitminimierung) zu provozieren ...

www.hohnest.de/Satire/satire.htm - 30k - [Zusätzliches Ergebnis](#) [im Cache](#) - [Ähnliche Seiten](#)

[the Project Antipop Network](#)

... Umweltschutz wird von der WorldTradeOrganization effektiv verhindert, da es Profitminimierung bedeuten würde, Umweltauflagen zu gehorchen....

schlabberbacke.piranho.com/main.html - 13k - [Zusätzliches Ergebnis](#) [im Cache](#) - [Ähnliche Seiten](#)

Um Ihnen nur die treffendsten Ergebnisse anzuzeigen, wurden einige Einträge ausgelassen, die den 3 bereits angezeigten Treffern sehr ähnlich sind.

Sie können bei Bedarf [die Suche unter Einbeziehung der übersprungenen Ergebnisse wiederholen](#)

Meinten Sie: [Profitmaximierung](#)

Gegenstrategien der Besitzlosen:

- Verfassungsklage
- Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Regiogeld
- Aneignung
- FoodCoops
- Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften
- Tauschringe
- Solidarische Ökonomie

Verfassungsklage

„Wir leben in einem Land, in dem der Brutto- wie Netto-Kapitalertrag seit rund drei Jahrzehnten weitaus schneller wächst als die Wirtschaft. Dies ist Un-Recht, Arbeit-(nehmer) und Kapital-(eigner) sind vor dem Gesetz nicht gleich. Dies ist Zerrüttung unserer Sozialordnung.

Die Antwort auf meine Petition beim Deutschen Bundestag - Aktenzeichen: Pet 2 / 14 / 15 / 8272/ 046748 - gab dieser Sichtweise unter dem Blickwinkel der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zwar recht, verwies aber diese Eingabe zur weiteren Beratung an das Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland.

Dort versandete der Vorgang in der Bürokratie. Zurück blieb ein Bürger mit massiven Zweifeln am heutigen Funktionieren unserer Demokratie.“

Enteignung und Vergesellschaftung

Grundgesetz, Artikel 14:

(3) Eine **Enteignung** ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.

Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.

Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Grundgesetz, Artikel 15:

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der **Vergesellschaftung** durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der **Gemeinwirtschaft** überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb

Entscheidend hierbei ist, dass der

Haushalt als Unternehmen

juristische Person werden kann,

die ihre Reproduktionskosten

von der Steuer absetzen kann.

Eine natürliche Person ist dazu leider

nicht in der Lage.

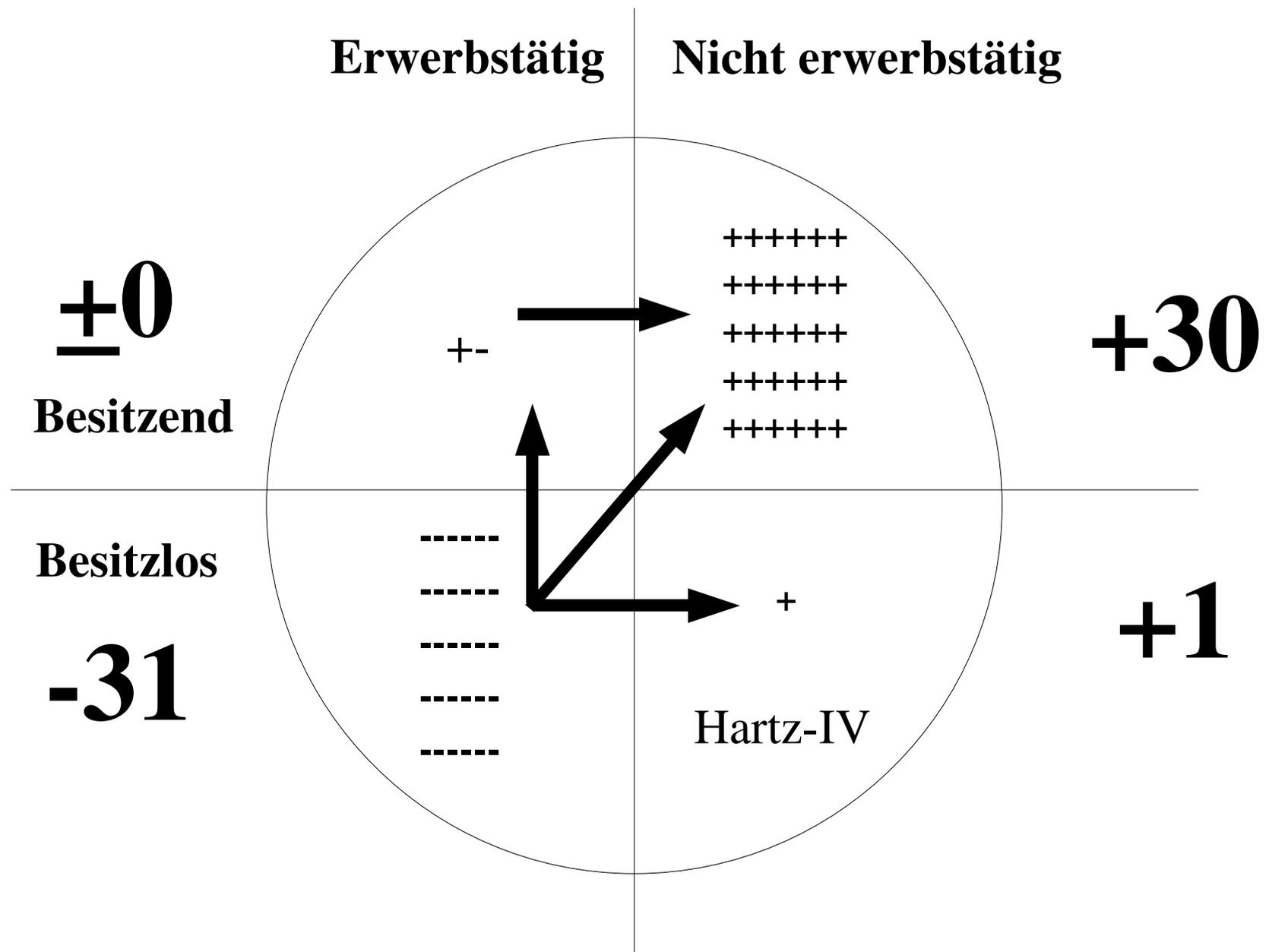
Bedingungsloses Grundeinkommen

- Auf welcher Ebene soll das Grundeinkommen angelegt sein: national, europäisch oder global?
- Was geschieht mit Asylanten?
- Gibt es eine Krankenversicherung?
- Wie sieht das Übergangskonzept aus?
- Soll mit dem bedingungslosen Grundeinkommen das leistungslose Einkommen der Kapitaleigner legitimiert werden?
- Jedes leistungslose Einkommen schlägt sich letztlich immer in den Produktkosten bzw. den Preisen nieder.
- **Ein Einkommen von 800 Euro pro Monat entspricht bei 5%iger Verzinsung einem Vermögen von etwa 200.000 Euro, bei 3%iger Verzinsung etwa 300.000 Euro.**

Hartz-IV macht nur 1,1% des
Bruttoinlandsproduktes
(BIP) aus.

Was geschieht mit den
„restlichen“ 98,9% des BIP
Die Kapitalerträge machen
bereits das 30-fache
von Hartz-IV aus.

Bundesrepublikanisches Umverteilen



Aristoteles (384-322, Politeia, 5. Buch)

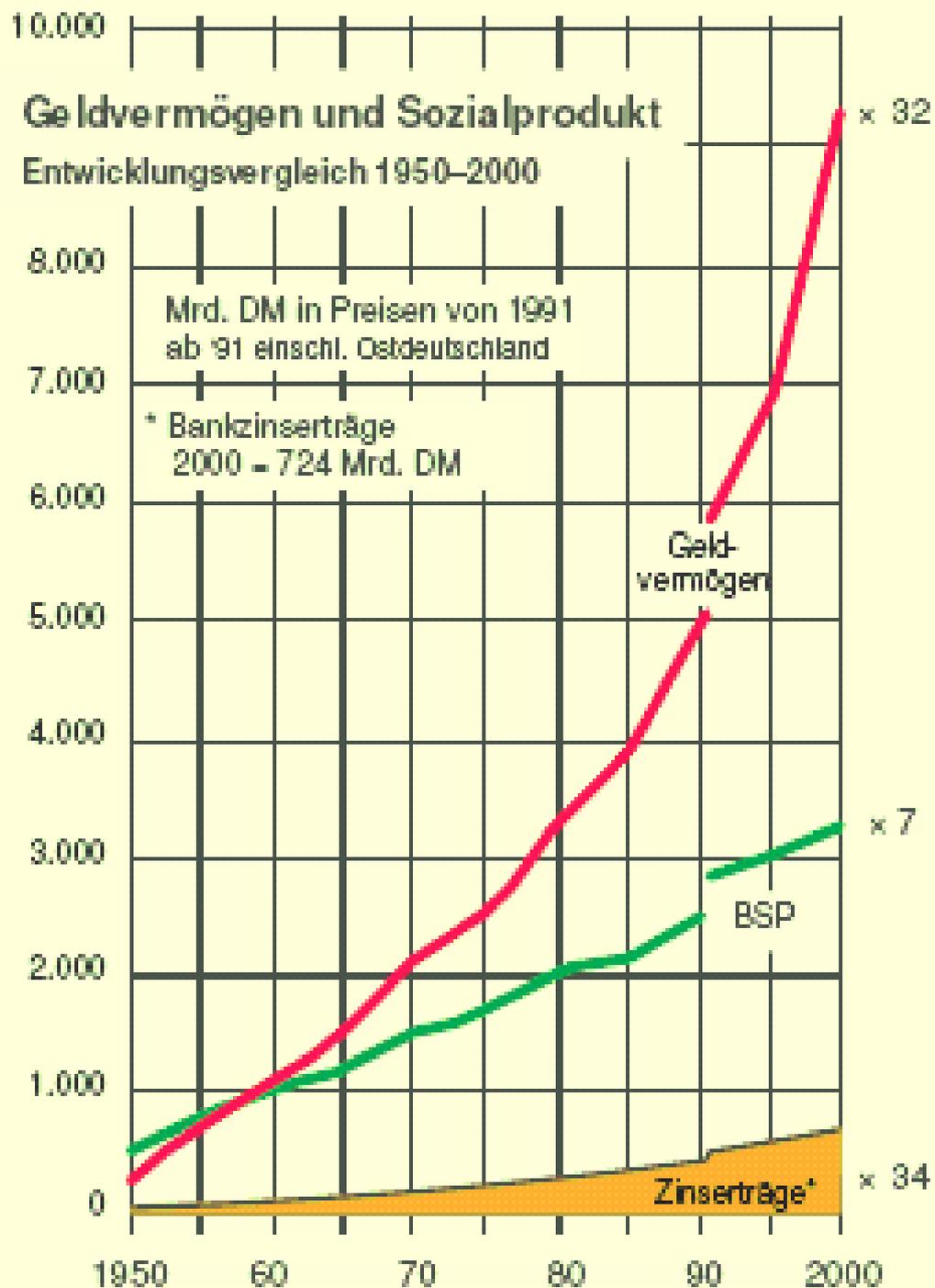
"Man muß dafür sorgen, daß der Gegensatz der Reichen und Armen sich möglichst ausgleicht oder daß der Mittelstand wächst."

"Namentlich muß man bedacht sein, durch die Gesetze die Verhältnisse so zu regeln, daß niemand aufkommen kann, der allzu übermächtig ist durch Anhang oder Reichtum; und gelingt dies nicht, so muß man solche Leute ins Ausland verbannen."

Aneignung

Was man sich vorher nicht hat wegnehmen lassen, braucht man sich hinterher nicht anzueignen.

Wenn wir über alle Werte, die wir in den letzten 50 Jahren geschaffen haben, gemeinschaftlich verfügen könnten, bräuchten wir uns um die nächsten 50 Jahre keine Sorgen zu machen.



Tauschringe

Die Berliner Tauschringe existieren fast in jedem Stadtteil. Sie verstehen sich als unabhängige Selbsthilfeeinrichtungen zur Entwicklung der erweiterten Nachbarschaftshilfe und der sozialen Ökonomie. Berliner Tauschringe verfolgen gleichermaßen soziale und wirtschaftliche Zielsetzungen, sind aber weder soziale Einrichtungen im traditionellen Sinne, noch beabsichtigen sie, ein neues wirtschaftliches Modell oder “Ersatzwährungen” zu kreieren.

<http://trb.tauschring-mitte.de//content/section/5/44/>

FoodCoops und

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG)

Verbraucher schließen sich im Lebensmittelbereich mit Erzeugern zusammen, um sich kostengünstig ökologisch angebaute landwirtschaftliche Produkte zu beschaffen.

Eine der ersten wurde 1982 in Berlin als Verein gegründet und hatte 850 Mitglieder. Sie war aus dem Ökodorf in der Kurfürstenstraße hervorgegangen und arbeitete mit 3 niedersächsischen Öko-Bauern zusammen. Sie löste sich 1989 mit dem Fall der Mauer auf.

Klaus Novy stellt fest (1985):

Etwa um 1900 tritt ein Strategiewechsel
der großen Schutzorganisationen der
Arbeiterschaft ein:

vom abwehrenden Schutz
zum aufbauenden Wirtschaftskampf,
von der Kritik am Kapitalismus
zur „positiven Ökonomie“
sozialer Bewegungen.

Robert Kurz 2001:

„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich. ...

*Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die **gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion** auf einer höheren Entwicklungsstufe **wiederherzustellen**, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen.“*

Gustav Landauer 1913 fordert den

„aktiven“ Generalstreik:

„Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld?

Ihr habt Papiere?

Ihr habt Maschinen, die leer stehen?

Esst sie auf, tauscht sie untereinander,

verkauft sie euch gegenseitig -

macht was ihr wollt!

Oder - arbeitet! Arbeitet wie wir.

Denn Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr

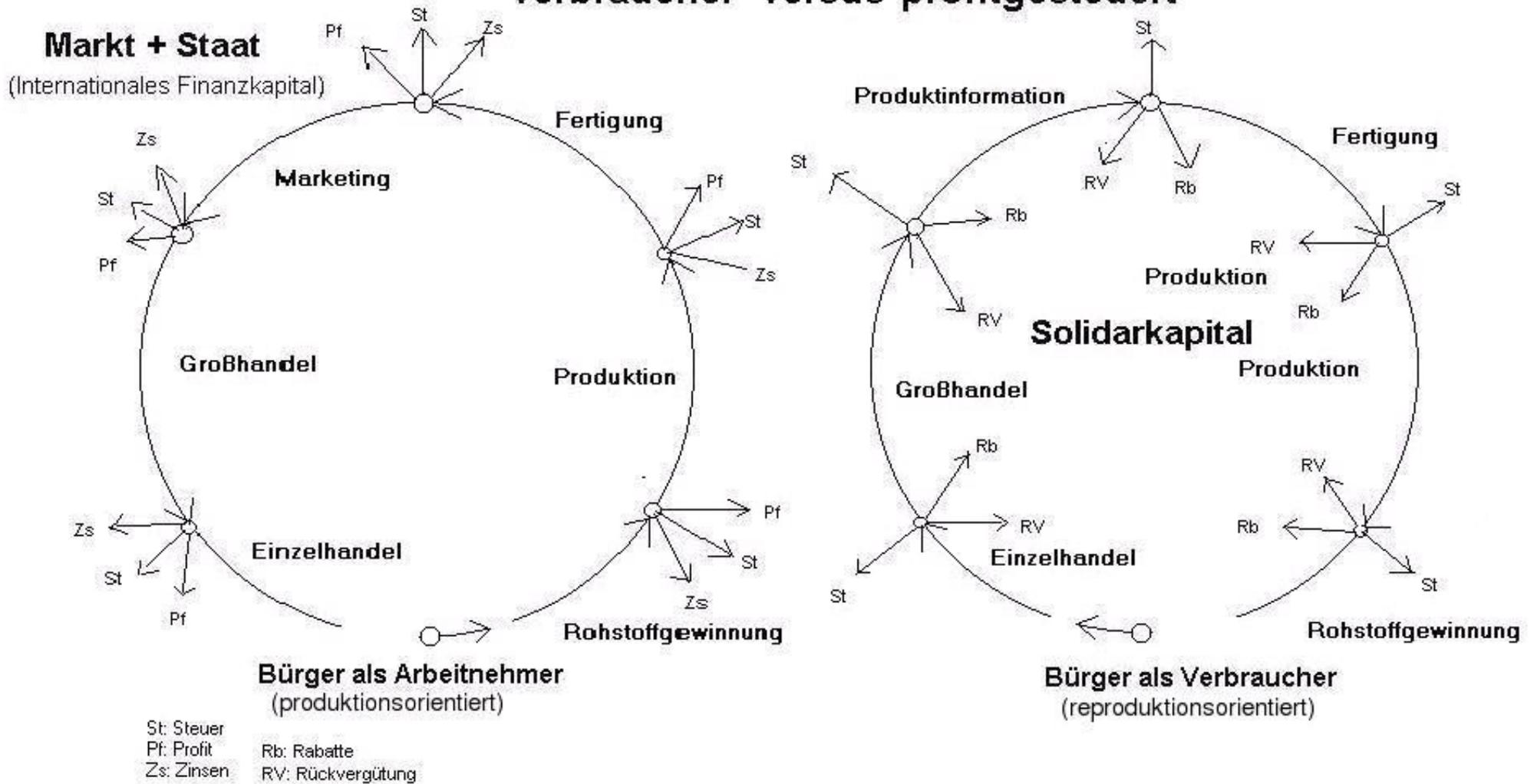
bekommen.

Die brauchen wir für uns selbst.“

„Es kann keinen Frieden auf Erden
geben, ehe wir nicht die Forderung
unserer Zeit erfüllen und den großen
ewigen Fluch unserer Rasse beenden
und **jedem Arbeiter den vollen
Verdienst seiner Arbeit** verschaffen.“

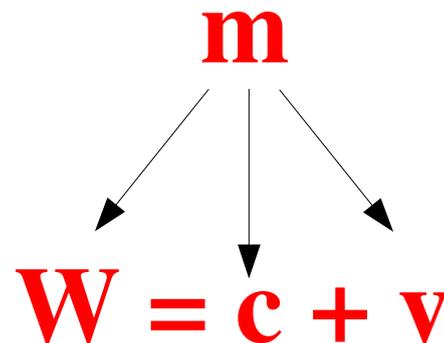
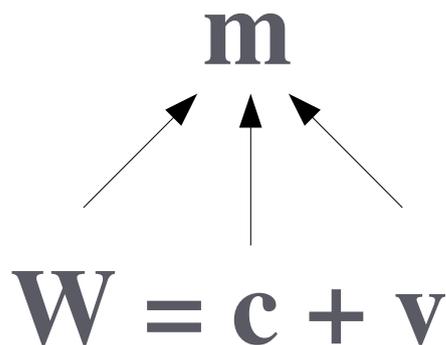
Abraham Lincoln, ehemaliger Präsident der USA

Regie über die Produktion - verbraucher- versus profitgesteuert



Permanente Enteignung des Arbeitnehmers und des Konsumenten

Der Mehrwert „m“ wird für die Kapitaleigner von einer Ebene der Wertschöpfungskette zur nächsten gesperrt und auf Infrastruktur, Arbeitsentgelt und Preise nach Bedarf verteilt.



Wertschöpfungskette ohne „Wertschöpfung“ für Anleger

$$W = c + v$$

$$\uparrow$$
$$W' = c + v$$

$$\uparrow$$
$$W'' = c + v$$

$$\uparrow$$
$$W''' = c + v$$

$$\uparrow$$
$$W'''' = c + v$$

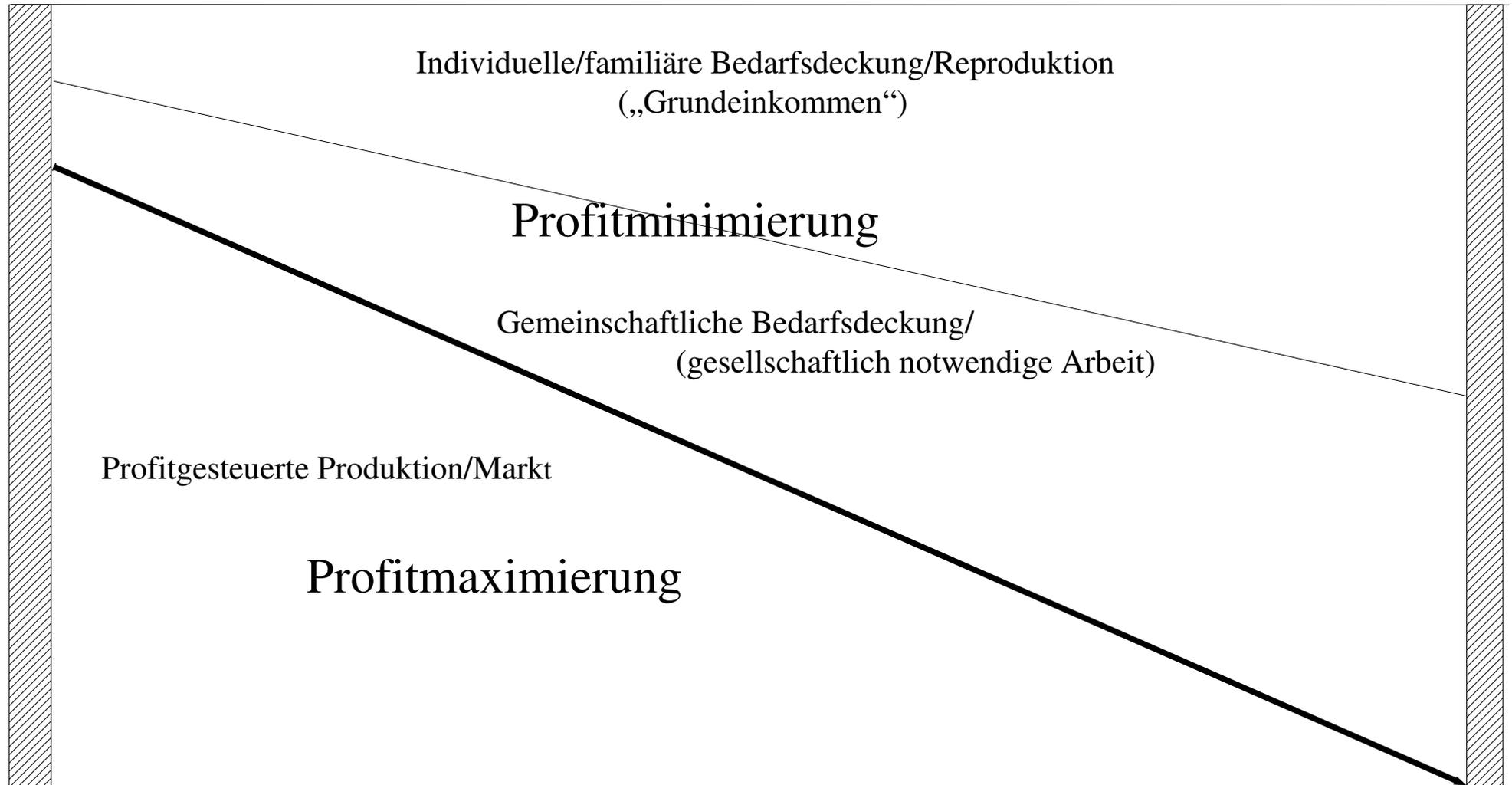
$$\uparrow$$
$$W'''' = c + v$$

Auf den jeweiligen Produktionsebenen wird kein „Mehrwert“ mehr abgezogen, sondern dem Lohn und/oder der Infrastruktur zugeschlagen bzw. von den Preisen abgezogen. Die Infrastruktur wird von Verbrauchern als Solidarkapital verwaltet. Über Löhne und Preise wird von Konsumenten und Produzenten gemeinsam entschieden.

Entökonomisierung der Gesellschaft

2.4 Bio. EUR
BIP+„Schwarzarbeit“

2.4 Bio. EUR
BIP+„Schwarzarbeit“



2005

126

W. Fabricius, 25.08.2004

2055

Gründung und Entfaltung der Genossenschaften

- 1820 gründete der Industrielle Robert Owen „Kommunistische Siedlungen“
- 1832 „Die Redlichen Pioniere von Rochdale“ eröffneten ihren ersten Laden, der 2 Jahre wider geschlossen werden musste
- 1844 eröffneten „Die Redlichen Pioniere von Rochdale“ ihren zweiten Laden mit überarbeiteten Konept
- 1845 erfolgten erste Gründungen von Konsumvereinen in Sachsen
- 1848 Scheitern der Revolution und politische Reaktion bis 1860
- 1867: Verabschiedung des Genossenschaftsgesetzes
- 1871: Konsumvereine hatten 250.000 Mitglieder, Umsatz von 57 Mio. RM
- 1892: SPD verbietet ihren Mitgliedern die Mitwirkung in Genossenschaften und auferlegt ihnen, ihren Gründungen entgegenzutreten
- 1894: Gründung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) in Hamburg
- 1903: Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK)
- 1905: Genossenschaften haben 1 Million Mitglieder
- 1910: Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen
- 1918-22: Beitrittswelle von etwa 1 Million Mitgliedern
- 1930: 3,5 Millionen Mitglieder, mit Familie etwa 10 Millionen versorgte Personen

Genossenschaftsstruktur

General-/Mitgliederversammlung
(Vertreterversammlung)

Vorstand/Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Genossenschaftsverband

Genossenschaftsprinzipien

- **Identitätsprinzip**
- **Barzahlung**
- **offene Mitgliedschaft**
- **Demokratieprinzip**
- **Förderprinzip**
- **Rückvergütung**
- **Beschränkte Kapitalverzinsung**
- **Bildungsarbeit**
- **Politische und konfessionelle Neutralität**

1910 wurde auf dem **Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress** in Kopenhagen u.a. beschlossen:

*„In Erwägung, dass die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern **unmittelbare materielle** Vorteile bieten können, sondern dass sie berufen sind,*

- die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum **wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern,***
- die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheit zu **erziehen** und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,*

*erklärt der Kongress, dass die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeit herbeiführen kann, doch eine **wirksame Waffe im Klassenkampf** sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrück-baren Zieles – der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches – führt und dass die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.*

Der Kongress fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken ...

Landauer 1913 über Genossenschaften:

*„Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum
zusammengetan haben, schon*

*eigene Fabriken, Großbäckereien, Schlächtereien, eine
Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen Dampfern.*

*Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken,
Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben ihre
Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit; Kredit ist
wirtschaftliche Macht ... die Arbeitgeber sind die
Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und
beides sind dieselben Personen, und es gibt keine
Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr.“*

Das Geld der „Kundschaft“

Warum übergeben die „kleinen Leute“ ihr Geld (z.B. die Riester-Renten-Sparer ihre bereits angesparten 80 Milliarden Euro) direkt oder indirekt anonymen Fonds, die dann als Heuschrecken ihre Löhne drücken oder gar ihren Arbeitsplatz wegrationalisieren?

(Heute kontrollieren Pensionsfonds 60 Prozent der Anteile an den tausend größten unternehmen der USA¹⁾)

Wäre es nicht besser für sie, ihr Geld in regionalen solidarwirtschaftlichen Projekten - zumindest der Daseinsvorsorge (Wohnung, Kleidung, Lebensmittel, Wasser, Energie, Bildung, Kultur, Mobilität etc.) - anzulegen, die in ihrer eigenen Einflussosphäre von ihnen mitgestaltet werden können und eine Reduzierung der Kosten des täglichen Bedarfs erlauben?

Pensionskassen und -fonds

Dr. Axel Hesse (SD-M) im Auftrag von Swisscanto

Die 2. Säule der betrieblichen Altersvorsorge gewinnt in Deutschland zunehmend an Bedeutung, insbesondere seit Inkrafttreten des Altersvermögensgesetzes (AVmG) 2002, welches Arbeitnehmern einen Anspruch auf Entgeltumwandlung einräumt.

157 Pensionskassen (PKs) und 24 Pensionsfonds (PFs) verwalteten **2005** ein Anlagevermögen von **82 Milliarden Euro**.

Die zehn größten PKs hatten daran einen Anteil von etwa 64%. Die Direktanlage in Aktien ist im internationalen Vergleich unbedeutend, stattdessen werden Eigenkapitalbeteiligungen zu rund 34% in Investmentanteilen angelegt. Eine wichtigere Rolle kommt festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen zu, welche einen Anteil von ca. 57% ausmachen. A.T. Kearney prognostiziert, dass die Vermögenswerte in der gesamten betrieblichen Altersvorsorge bis **2030 auf 4 Billionen Euro** anwachsen werden.

Ursprüngliche Genossenschaftstypen

- Wohnungsgenossenschaften (Victor Aimee Huber)
- Konsumgenossenschaften (Eduard Pfeiffer)
- Genossenschaftsbanken (G. S. Liedtke)
- Landwirtschaftliche Genossenschaften
(Friedrich-Wilhelm Raiffeisen)
- Handwerker-genossenschaften
(Hermann Schultze-Delitsch)
- Produktivgenossenschaften (Ferdinand Lasalle)

Zusätzliche Genossenschaftstypen:

- Einkaufsgenossenschaften
- Maschinenringe
- Wassergenossenschaften
- Energiegenossenschaften
- Verkehrsgenossenschaften
- Dienstleistungsgenossenschaften

Die Besonderheit der Konsumgenossenschaften

bestand darin, dass sich nichtbesitzende lohnabhängige Konsumenten zusammenschlossen und durch die Einlage vieler kleiner Beiträge Kapital zum Nutzen gemeinsamer Interessen einsetzten. Je mehr Konsumenten gewonnen werden konnten, desto höhere Preisnachlässe konnten beim Einkauf erzielt werden.

Wenn dann von den Konsumgenossenschaften die Produktion eines ganzen Betriebes abgenommen wurde, konnten durch die Übernahme dieses Betriebes weitere Einsparungen erzielen. So wurde in kleinen Schritten der profitmaximierende Markt vom Konsumenten aus seinem eigenen Umfeld verdrängt.

Ursprung der Konsumgenossenschaften:

1832 gründeten die Weber in Rochdale die *Rochdale Friendly Cooperative Society* und eröffneten ein Jahr später einen Genossenschaftsladen, der jedoch 2 Jahre später wieder geschlossen werden musste, aber 1844 von 28 Mitgliedern mit einem überarbeiteten Konzept erneut eröffnet wurde.

1848 hatte die Konsumgenossenschaft 140 Mitglieder, 1860 waren es bereits 3.500.

Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation*) (Geburtsort des Genossenschaftswesens).

Franz Oppenheimers "Transformationsgesetz" von 1894

Produktivgenossenschaften waren (und sind) im Gegensatz zu den Verbraucher-/Konsumgenossenschaften in zweierlei Hinsicht zur Schließung verurteilt:

1. Da sie sich auf dem profitorientierten Markt behaupten mussten, waren sie den immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wie jeder andere Betrieb unterworfen. In einer Wirtschaftskrise konnte sich die Geschäftsführung aber nicht von ihren Mitarbeitern, die ja auch Mitglieder waren, trennen. Die Mitglieder aber hatten, da der Betrieb ihre einzige Einnahmequelle war, wenn sie „arbeitslos“ wurden, zusätzlich zum fehlenden Einkommen auch noch die Betriebskosten am Hals und standen sich schlechter als die „regulären“ Arbeitslosen. Sie mussten in praktisch allen Fällen nach relativ kurzer Zeit schließen.

2. Sollten sie eine Krise überlebt und endlich Geld in den Kassen haben, wollten sie dieses keinesfalls mit weiteren Mitgliedern teilen. Sie tendierten vielmehr dazu, statt neue Mitglieder anzuwerben, Angestellte zu beschäftigen, die sie heuern und feuern konnten und hatten damit zwei unterschiedliche Mitarbeitergruppen („Eigentümer“ und Angestellte) mit den entsprechenden Auseinandersetzungen.

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? (1899):

“Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein *Zwitterding* dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d.h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustößen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst.”

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? (1899):

Daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie auf einem Umwege den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise aufhebt, indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. Als solches Hilfsmittel dient ihr eben der *Konsumverein*.

Produktivgenossenschaften

„Über den *Käufergenossenschaften*
steht der berühmte sogenannte
»genossenschaftliche Geist«,
über den *Verkäufergenossenschaften*
der ebenso berühmte
»kapitalistische Geist«“

Franz Oppenheimer 1929

Produktivgenossenschaften

Wenn ... nur einzelne Bäckereien [Betriebe] in Belegschaftshand übergehen und sich dann, den Marktzwängen ausgesetzt und mit wenig Kapital ausgestattet, in der kapitalistischen Ökonomie mit einer prekären Randexistenz begnügen müssen, dann ist das nicht nur nicht revolutionär, sondern es untergräbt möglicherweise auch die reformistischen Errungenschaften der sozialen Mindestsicherung und der gewerkschaftlich erkämpften Mindestlöhne.

Irmgard Schlosser/Bodo Zeuner

Wohnungsgenossenschaften:

Deutschland:

- Gemeinnützige Baugesellschaft (seit 1848)
- Hamburger Produktion (seit 1899)
- Charlottenburger Genossenschaft
- Bremer Höhe

Ausland:

- El Hogar Obrero (Argentinien, seit 1905)

Der Berliner Senat hat 2004 für 2 Milliarden Euro 65.000 GSW-Wohnungen an den amerikanischen Rentenfonds Cerberus verkauft. Das sind etwa 30.000 Euro pro Wohneinheit.

Wenn diese Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten worden wären, hätte selbst ein Harz IV-Empfänger mit seinen 360 Euro Wohngeld pro Monat (2/3 Schuldendienst, 1/3 Betriebskosten, Renovierung, Instandhaltung) diese Summe bei 5%-iger Verzinsung nach spätestens 15 Jahren getilgt. Nach dieser Zeit hätte der Senat dann die Wohngeldzahlungen um 2/3 reduzieren und damit Steuergelder sparen können. So aber fließt dieses Geld jetzt in amerikanische Rentenkassen und ist für Bürger und „ihre“ Stadt für immer verloren.

Ferdinand Lasalle:

„Was nützen unter heutigen
Verhältnissen billige
Arbeiterwohnungen?

Nichts, als dass sie,
wenn allgemein gewährt,
den Lohn herabdrücken.“

Konsumgenossenschaften:

Deutschland:

- Coop Schleswig-Holstein
- Konsum Berlin
- Konsum Leipzig
- Konsum Dresden

Ausland:

- **Schweiz:** Migros
- **Venezuela:** Cecosesola

Konsumgenossenschaften sind
Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher,
entstanden aus dem Willen der Konsumenten,
unter Ausschaltung des privatwirtschaftlichen
Profitstrebens das Prinzip echter
Bedarfsdeckungswirtschaft zu realisieren
und den Menschen und seinen
Versorgungsanspruch in den Mittelpunkt
des Wirtschaftsgetriebes zu rücken.

Erik Nölting 1949

Gottlieb Duttweilers, 1942, Begründer von
MIGROS (1,99 Millionen Mitglieder):

*„Das Kapital unserer Genossenschaften,
der Franken und das geistige Kapital,
soll in sozialer Richtung wirken.*

*Es soll stets für die Schwachen - und das ist
die grosse Mehrheit - gegen die Starken,
die ihre Macht missbrauchen, entstehen:
gegen Truste, gegen gewalttätige Verbände,
gegen alle Gewaltanwendung
von Kapital und Koalition.“*

Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara

1967 gegründet als Transportunternehmen mit letztlich
127 Bussen

1979 Konkurs, führt zum Umdenken in den Organisations-
grundsätzen

Heute arbeiten in 22 Stadtteilbasiskooperativen und
45 Produktions- und Versorgungskooperativen 2.000 Menschen
für 40.000 aktive Cooperatistas miteinander, ohne dass ein
Vorstand oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet.
Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation und Konsens.
Die Produktionsstätten liegen in einem Umkreis von 160 km
um Barquisimeto. Wöchentlich werden rund 50.000 Familien
mit rund 700 t Früchte und Gemüse versorgt.

Ein eigenes Gesundheitszentrum versorgt monatlich
10.000 Menschen. Mit über 140.000 assoziierten Mitgliedern
soll ein neues erweitertes Gesundheitszentrum errichtet werden.

Lenin: Über das Genossenschaftswesen, Januar 1923:

... nun wird vieles von dem, was an den **Träumereien** der alten Genossenschaftler phantastisch, ja sogar romantisch, ja **abgeschmackt** war, zur ungeschminkten Wirklichkeit.

... Man blickt bei uns auf die Genossenschaften von oben herab und begreift nicht, welche außerordentliche Bedeutung diese Genossenschaften haben, erstens von der prinzipiellen Seite her gesehen (das **Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen des Staates**), zweitens unter dem Gesichtspunkt des Übergangs zu neuen Zuständen auf einem Wege, der möglichst einfach, leicht und **zugänglich für den Bauern** ist.

... **Wenn der Genossenschaftler in ein Dorf** kommt und dort einen **Genossenschaftsladen** errichtet, so ist die **Bevölkerung, strenggenommen, daran nicht beteiligt**, gleichzeitig aber wird sie, vom eigenen Vorteil geleitet, schleunigst versuchen, sich daran zu beteiligen.

Genossenschaftsbanken:

Volks- und Raiffeisenbanken

Sparda-Bank

Ökobank

GLS-Bank

Apotheker- und Ärztebank

Indien:

Grameen Bank?

(genossenschaftsähnliche Züge)

Einkaufsgenossenschaften:

Lebensmittel:

- Edeka (mit Netto, Spar etc.)
- Rewe (mit MiniMal etc.)

Internetproviding:

- InternetSpezialisten (ISP eG)
- Hostsharing

Wassergenossenschaften:

- Die älteste und größte Deutschlands:
Emschergenossenschaft
- Die erste in den neuen Bundesländern:
Wassergenossenschaft Hartau
- Die erste die Investoren entzogen werden sollte:
Wassergenossenschaft Ellerhoop

Entwicklung der Trinkwasser und Abwasserpreise in Berlin seit 1. 1. 2000

	Wassertarif je m³	Schmutzwasser- entgelt je m³	Niederschlagswasser- entgelt je m²/Jahr
1. 1. 2000	3,45 DM	3,86 DM	1,75 DM
1. 6. 2000	3,45 DM	3,86 DM	2,93 DM
1. 1. 2001	3,45 DM = 1,764 €	3,86 DM = 1,974 €	2,42 DM = 1,237 €
1. 1. 2002	1,764 €	1,974 €	1,237 €
1. 1. 2003	1,764 €	1,959 €	1,292 €
1. 1. 2004	1,971 € (11,7%)	2,329 €	1,407 €
1. 1. 2005	2,069 € (17,3%)	2,452 €	1,479 €
1. 1. 2006	2,158 € (22,3%)	2,465 € (24,8%)	1,533 € (23,9%)

Wasserabsatz in Berlin:

	1992	1994	1996	1998	2000	2001	2002	2003	2004
Einwohner Berlin (Millionen)	3,47	3,47	3,46	3,40	3,33	3,39	3,39	3,39	3,39
Absatz gesamt (Mio m ³)	270	246	229	217	212	209	207	214	201
Absatz Haushalte	174	169	161	156	152	153	149	157	144
Absatz Gewerbe und Industrie (Mio m ³)	40,0	31,3	26,5	23,9	23,0	21,9	23,0	22,1	26,6
Absatz Sonstige (Mio m ³)	54,0	43,4	38,7	34,3	33,5	31,0	31,5	31,3	27,2
Absatz Umland (Mio m ³)	2,4	3,0	2,8	3,1	3,2	3,1	3,2	3,8	3,1
Haushaltsnutzung pro Person und Tag (l/Ed)	138	134	128	127	126	124	121	127	117
Gesamtnutzung pro Person und Tag (l/Ed)	214	195	181	170	172	167	165	170	160

Tarife 2006

Der Wasserpreis beträgt	2,158 €/m ³
Umsatzsteuer 7%	0,151 €/m ³
brutto	2,309 €/m³
Das Schmutzwasserentgelt beträgt	2,465 €/m³

Gesamt	4,774 €/m³
Das Niederschlagswasserentgelt beträgt	1,533 €/m²/a

Veröffentlicht im Amtsblatt von Berlin, Nr. 64 vom 30. 12. 2005

Genossenschaft zum Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe

Die Rückkaufsumme sollte anstandshalber die Kaufsumme von **1,687 Mrd. Euro** nicht übersteigen und könnte von den Bürgern Berlins folgendermaßen finanziert werden: Auf jeden der 1,878 Mio. Berliner Haushalte würde ihrem anteiligen Verbrauch von **68%** entsprechend ein Betrag von **618 Euro** entfallen.

Dieser Betrag würde als Geschäftsanteil in eine Genossenschaft eingezahlt. Die Bürger Berlins wären damit Anteilseigner der Genossenschaft und damit auch Teileigentümer der Wasserwerke.

Falls ein Darlehen aufgenommen werden muss, könnte die Genossenschaft bei Bedarf die Bürgerschaft übernehmen. Bei einer **Verzinsung von 5% pro Jahr** müssten dann **über 14,5 Jahre** von jedem Haushalt **monatlich 5 Euro** aufgebracht werden.

Die Geschäftsanteile für Arbeitslose könnte als Kautions die Stadt übernehmen.

Der Wasser-/Abwasserpreis: Der Wasser-/Abwasserpreis setzt sich aus den Produktionskosten und der Rendite zusammen. Über den Wasserpreis wurden 2005 bei einem Verkauf von 198,9 Mio m³ Wasser 928 Mio. Euro eingenommen. Die ausgeschüttete **Rendite betrug 212 Mio. Euro**, das sind etwa 22,84%. Ohne diese Rendite hätte der **Wasserpreis statt 4,66 Euro nur 3,60 Euro pro m³** betragen. Pro Haushalt wäre das bei dem durchschnittlichen Verbrauch von 72,84 m³ pro Jahr eine Einsparung von 77,65 Euro pro Jahr. Bei einem Rückkaufpreis von 60 Euro pro Haushalt und Jahr hätte die **Einsparung noch 17,65 Euro** betragen.

Die Konsumgenossenschaften und das Dritte Reich

Die Mittelständler forderten die sofortige Auflösung der "marxistischen" Konsumgenossenschaften, was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte also schrittweise auf mehreren Ebenen:

- Das 1933 bereits erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den handelsüblichen Rabattwert von 3%,
- es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,
- bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,
- Neugründungen wurden verboten,
- eine Konzessionspflicht wurde eingeführt,
- Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt,
- die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat war dann nur noch reine Formsache.)
- in Pressekampagnen wurde der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftlern persönliche Bereicherung vorgeworfen,
- 1934 Erlass des Kreditwesengesetzes
- Einlagen mussten ausbezahlt werden,
- das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien,
- das Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben wurde in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

Genossenschaften in der BRD

Jahrgang		1960		1980		2000	
Typus		Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %
Kredit- und Banken	Unternehmen	11.676	43,0	4.267	36,5	2.053	22,9
	Mitglieder*	3.855	39,3	9.105	69,1	14.834	
Ländliche Waren-, Verwertungs- u. Dienstleistungen	Unternehmen	12.025	44,3	5.227	44,8	3.961	41,2
	Mitglieder*	2.016	20,5	1.555	11,8	970	
Gewerbliche u. Dienstleistung	Unternehmen	1.447	5,3	804	6,9	1.422	15,1
	Mitglieder*	257	2,6	232	1,8	260	
darunter Produktiven.	Unternehmen	(?) 50		28			
	Mitglieder						
Verkehrsgenossenschaften	Unternehmen	72	0,3	71	0,6		
	Mitglieder*	18	0,2	14	0,1		
Konsumgenossenschaften	Unternehmen	272	1,0	94	0,8	46	0,5
	Mitglieder*	2.585	26,3	665	5,0	880	
Wohnungsbaugenossenschaften	Unternehmen	1.653	6,1	1.217	10,4	2.002	20,3
	Mitglieder*	1.081	11,0	1.613	12,2	2.953	
Genossen. insgesamt	Unternehmen	27.145		11.680		7.000	
	Mitglieder*	9.812		13.184		20.000	

(*)=in 1000

Quelle: Deutsche Genossenschaftsbank (1984). Statistischer Teil und Deutsche Zentralbank (2000).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, 2004:

„In der Europäischen Union gibt es mindestens 300.000 Genossenschaften, die 2,3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Genossenschaften gibt es in allen Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union (EU) und allen Kandidatenländern. Sie beeinflussen das tägliche Leben von über 140 Millionen Bürgern, die Mitglieder von Genossenschaften sind.“

Genossenschaften weltweit

Weltweit:	800 Millionen Mitglieder
Europa (25):	140 Millionen Mitglieder
Deutschland:	22 Millionen Mitglieder
USA:	100 Millionen Mitglieder
Indien:	200 Millionen Mitglieder
Japan:	70 Millionen Mitglieder

Neoliberalisierung des Genossenschaftsgesetzes

Novellierung 18. August 2006

- Senkung auf drei Gründungsmitglieder
- auf eine Nachschusspflicht muss hingewiesen werden
- statt postalischer Einladung: Einladung über die Mitgliederzeitung
- Zulassung juristischer Personen als investierende Mitglieder
- Genossenschaften unter 20 Mitgliedern brauchen keinen Aufsichtsrat
- Nur natürliche Personen können Organmitglieder werden
- Satzungsänderungen für die eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich ist, können nicht mehr durch eine Vertreterversammlung vorgenommen werden
- Genossenschaften mit bis zu 20 Mitgliedern wird ein Ein-Personen-Vorstand ermöglicht
- Stimmrecht auf der Generalversammlung auch schriftlich oder elektronisch
- Erlaubnis für den Prüfverband, im Einzelfall auch externe Prüfer einzusetzen

Johannes Agnoli:

„Können Menschen in ein menschlicheres System hineinwachsen, wenn sie dies nicht vorher erfahren und betrieben haben? Eine Organisation, die sich die Emanzipation zum Ziel setzt, muss in der Lage sein, im Vorlauf zu diesem Ziel selber die Emanzipation zu verwirklichen. Eine Organisation, die, um die Emanzipation zu erzielen, sich eine hierarchische Struktur gibt, wird unmöglich dieses Ziel erreichen. Gerade die Geschichte der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zeigt das.“

... kamen wir zu dem Ergebnis,
dass sich das Soziale Netz auf
eine einzige Schlaufe reduzieren
lässt.

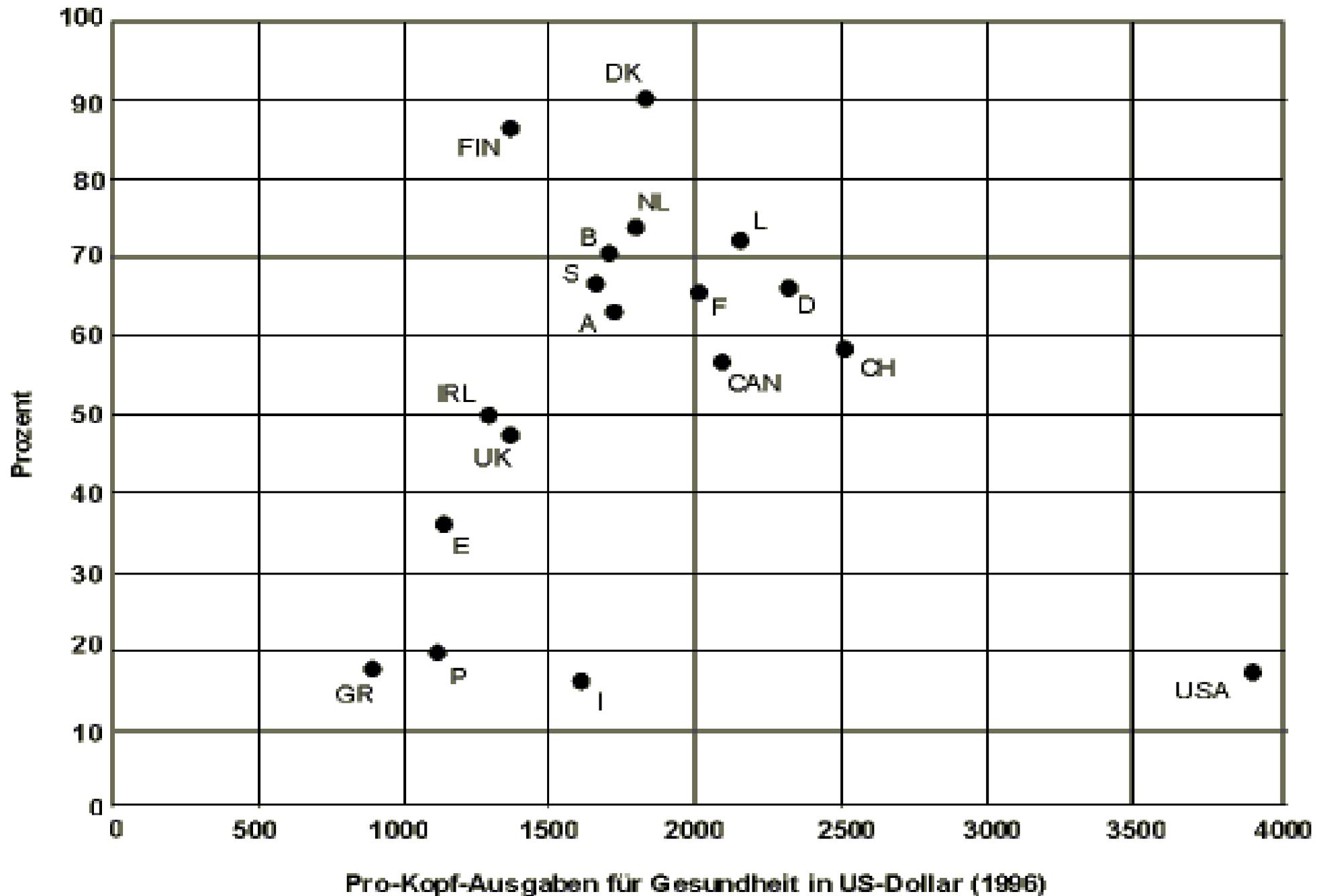


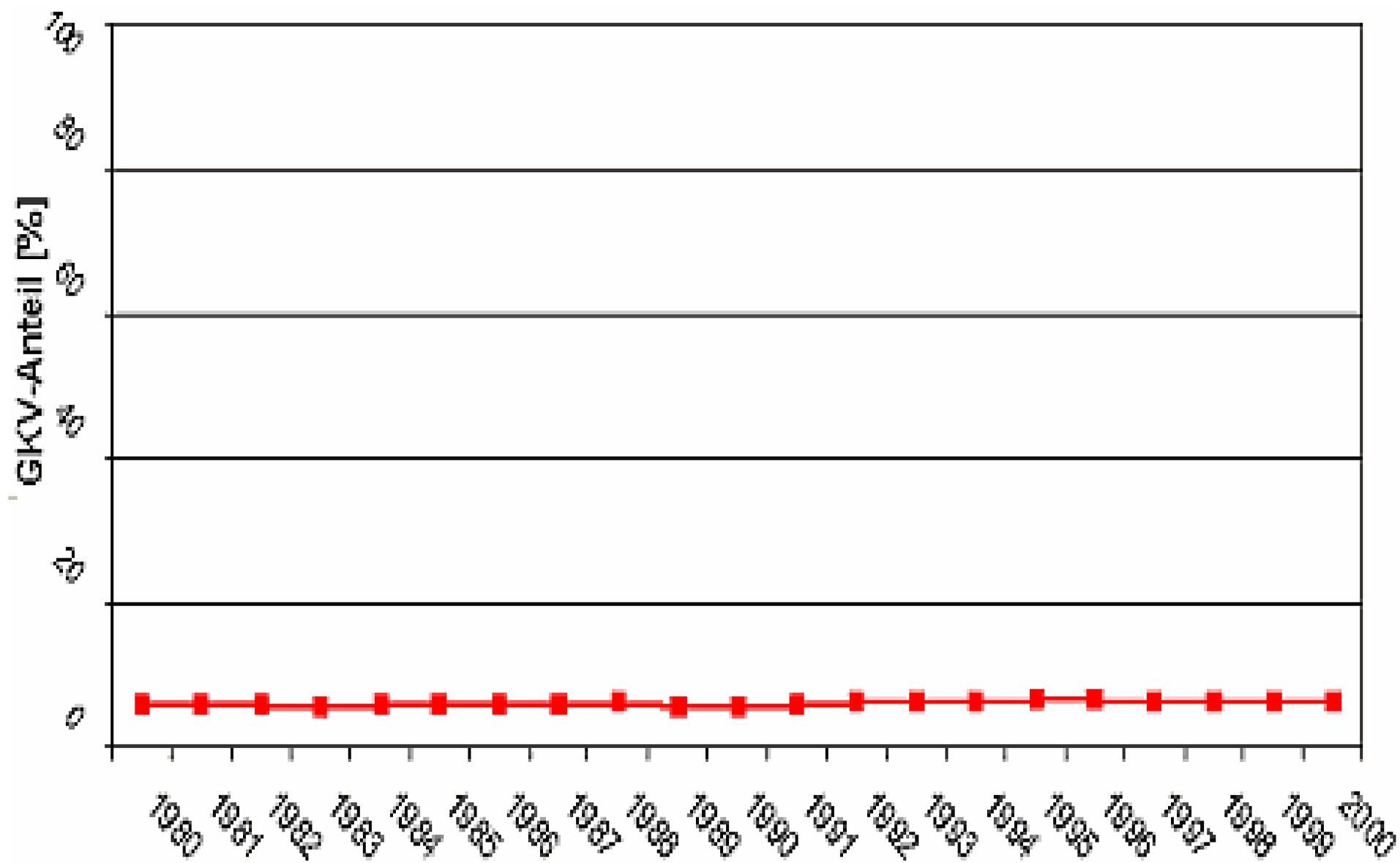
Das Märchen von der ungesunden Bevölkerungspyramide

Die folgende Graphik zeigt den Anteil der Kinder, der erwerbstätigen Bevölkerung und der Senioren über einen Zeitraum von 100 Jahren:



Quelle: Statistisches Bundesamt (BTX)





	Bruttoinlandsprodukt [Mio.DM]	GKV-Leistungsausgaben [Mio. DM]	GKV-Anteil am Bruttoinlandsprodukt
1980	1.472.040	85.956	5,84%
1985	1.823.180	108.704	5,96%
1990	2.426.000	134.238	5,53%
1995	3.523.000	228.815	6,49%
1996	3.586.000	236.423	6,59%
1997	3.660.600	231.350	6,32%
1998	3.773.600	234.935	6,23%
1999	3.861.200	240.975	6,24%
2000	3.961.600	246.323	6,22%

Markt und Staat

Polanyi lehnt ... nicht den Markt schlechthin ab und ist weit davon entfernt, den Staat in der Rolle des idealen Organisators der sozialen und gesellschaftlichen Dienstleistungen sehen zu wollen, wie das in der Antiglobalisierungsbewegung zunehmend der Fall zu sein scheint. Der Staat hat sich wahrhaftig nicht als besonders effizient erwiesen, weder in seiner stalinistischen noch in seiner sozialdemokratischen Erscheinungsweise.

Gabriele Herbert

Nationalstaaten

Die modernen bürgerlichen Nationalstaaten als potentiellles Gegengewicht zum Kapitalismus (miss-)zuverstehen und nicht als sein integraler Bestandteil, verweist auf ein Staatsverständnis, das im Nationalstaat eine an sich neutrale Instanz sieht, derer sich alle gleichermaßen bedienen können, um ihre Interessen zu verwirklichen.

Aus BUKO-Kritik an Attac, 2000

Mont-Pelérin-Society (MPS)

1947 in Mont Pelérin, Schweiz, von 17 amerikanischen und 22 europäischen neoliberalen Ökonomen (u.a. Eucken, Friedman, Hayek, Hunold, Mises, Popper, Röpke, Stigler) gegründet und als Verein in den USA eingetragen.

Umfasst etwa 1000 Mitglieder und 100 Think-Tanks weltweit.

1974-2002: Nobelpreise für 8 MPS-Mitglieder.

Ab 1975 unterwerfen Hayek und Friedman als Berater Pinochets Chile einer neoliberalen Radikalkur, errichten eine 'gesunde soziale Marktwirtschaft' und bezeichnen dies als 'gelobtes Land'.

1979: Experten-Austausch zwischen Thatcher und Chile.

1980: Durch Reagan Neoliberalismus auch in den USA.

Endgültige Implementierung in Europa über Giscard d'Estaing, Vorsitzender des Europäischen Konvents, der MPS-Mitglied ist.

In Deutschland verhilft ihm das Schröder-Blair-Papier zum Durchbruch

Friedrich August von Hayek, MPS, 1981:

„Eine freie Gesellschaft benötigt moralische Bestimmungen, die sich letztendlich darauf zusammenfassen lassen, dass sie Leben erhalten:
nicht die Erhaltung aller Leben,
weil es notwendig sein kann, individuelles Leben zu opfern, um eine größere Zahl von anderen Leben zu erhalten.“

Gerhard Schwarz, MPS

(Chef des Wirtschaftsressort der Neuen Zürcher Zeitung, 1997):

"Die zentrale Sorge der Mont Pèlerin Society gilt ... der
Perversion des Wohlfahrtsstaates.

Er stellt für die meisten Mitglieder die aktuelle Herausforderung
überhaupt dar. 1947 kämpften die MPS-Mitglieder
gegen die Kontrolle der Güterproduktion,
heute kämpfen sie gegen die
Kontrolle der Einkommensverteilung.

Beide stellen gleichermaßen
gravierende Eingriffe in die Freiheit

dar. Und die Idee der Einflussnahme auf die Einkommensverteilung ...
ist so tief in das Bewusstsein der westlichen Staaten eingedrungen, dass
der Übergang von der Wohlfahrtsdiktatur ...
zu einer freien, deregulierten Gesellschaft ...

als fast so schwierig erscheint wie der Übergang vom Plan zum Markt."

„Für Henry Everling [vor und nach dem zweiten Weltkrieg Vorstand der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften] war die freie Gemeinwirtschaft ein Sektor der Gesamtwirtschaft, der von dem privatwirtschaftlichen Sektor scharf abgegrenzt war. Für ihn war das auf Gewinn ausgerichtete Unternehmen und das dem Verbraucher dienende gemeinwirtschaftliche Unternehmen ihrem Wesen nach grundsätzlich verschieden, ja entgegengesetzt.“

Erwin Hasselmann 1971

Solidarwirtschaft gleich Privatwirtschaft?

„Für Walter Hesselbach [Vorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft] dagegen gilt es als sicher, dass sich die Grenzlinien zwischen Gemeinwirtschaft und Gewinnwirtschaft schon weitgehend verwischt haben. Nicht nur die Methoden, auch die Ziele der gewinnorientierten Kapitalgesellschaften und der großen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen nähern sich seiner Meinung nach immer mehr an.“

Erwin Hasselmann, 1971

Georg Christoph Lichtenberg:

» Was jedermann für
ausgemacht hält,
verdient am meisten
untersucht zu werden«